Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll 14/20**
14. Wahlperiode 22.01.97

20. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 22. Januar 1997

Aktuelle Stunde

Strompreiserhöhung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 1276, 1287
Reinhard Sager (CDU) 1278, 1284
Friedrich-Carl Wodarz (SPD) 1279, 1286
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.) ... 1281
Anke Spoorendonk (SSW) 1281
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie 1282, 1286
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 1284

Regierungserklärung zur aktuellen Haushaltssituation des Landes

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie 1287
Dr. Ottfried Hennig (CDU) 1291, 1324
Ute Erdsiek-Rave (SPD) 1297
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 1300
Wolfgang Kubicki (F.D.P.) .. 1303, 1321, 1327
Anke Spoorendonk (SSW) 1307
Heide Simonis, Ministerpräsidentin 1309
Thomas Stritzl (CDU) 1314, 1326
Günter Neugebauer (SPD) 1317
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 1320
Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten 1323
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 1329

Lage der Polizei und innere Sicherheit in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/246
Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/456

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister 1329, 1345
Wolfgang Kubicki (F.D.P.) 1330, 1348
Peter Zahn (SPD) 1334
Meinhard Füllner (CDU) 1337
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 1342
Anke Spoorendonk (SSW) 1343
Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß 1348

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.03 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Dies ist die erste Tagung im neuen Jahr, deshalb darf ich Ihnen allen persönlich – und auch für Ihre politische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – alles Gute und gutes Gelingen wünschen.

Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Gerckens. Ich muß Ihnen mitteilen, daß er auf der Herfahrt einen Autounfall hatte, bei dem es zu einem Totalschaden seines Wagens kam; ihm persönlich ist zum Glück nichts passiert. Wir werden sehen, ob er im Laufe des Tages eintrifft. Sonst ist niemand erkrankt. Beurlaubt ist Herr Minister Walter wegen dienstlicher Verpflichtungen in Bonn.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte, 8, 9 und 24. Weiter müssen wir die Tagesordnungspunkte 30, Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform", und 35, Rückführung von Verwaltungsaufgaben, von der Tagesordnung absetzen, weil der Innen- und Rechtsausschuß dazu noch nicht zu abschließenden Ergebnissen gekommen ist. Zu den Tagesordnungspunkten 3, 14, 31 und 34 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Hochschulthemen, Tagesordnungspunkte 5, 17, 20 und 29; die Punkte 25 und 12, Ausländerrecht, sowie die Punkte 36 und 37, Abfallpolitik.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 9. Tagung.

Mir ist außerdem mitgeteilt worden, daß sich die Fraktionen darüber verständigt hätten, den Tagesordnungspunkt 4, dessen Aufruf für Donnerstag vorgesehen war, mit dem Tagesordnungspunkt 18 zu tauschen. – Ich sehe Kopfnicken; dann ist das so beschlossen.

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18.00 Uhr tagen. – Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße auf der Tribüne unsere Gäste, Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer der Gustav-Johannsen-Skole Flensburg. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Thema der Aktuellen Stunde ist die „Strompreiserhöhung in Schleswig-Holstein", Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Es ist besonders gemein, daß man in einer Aktuellen Stunde gerade zu einem Thema frei reden soll, bei dem es um viele Paragraphen und Zahlen geht. – Ich werde mein Bestes geben.

Die ersten Nachrichten über ein Strompreiserhöhungsbegehren konnten wir Mitte September der Presse entnehmen, nämlich daß die Schleswag so etwas beabsichtigt. Aktuell wurde das ganze dann durch einen Beitrag des „Schleswig-Holstein-Magazins", dem zu entnehmen war, daß der Antrag an die Behörde gestellt worden ist. Mich interessiert, wann das geschehen ist. Viel gewichtiger ist aber, daß die Recherchen der Reporter ergeben haben, daß das Strompreisniveau in **Dänemark** auf einem wesentlich niedrigeren Stand ist als bei uns.

Im Zusammenhang mit diesem Antrag sind zwei Fragen zu stellen. Zum einen, ob die Windenergie wirklich die Mehrkosten verursacht; das war auch schon

(Detlef Matthiessen)

Gegenstand verschiedener Debatten hier im Hause. Zum anderen geht es darum, über den Charakter der Preisaufsicht nachzudenken.

Zum Thema **Windenergie** möchte ich folgendes sagen: Es geht da nicht um Mehrkosten, sondern um Umsätze, die nicht getätigt werden und die dadurch bedingten verminderten Gewinne. Deshalb kann man nicht von Kosten reden.

Im übrigen stellt sich die Situation sehr viel differenzierter dar. Die Schleswag stützt ihre Begründung auf theoretische Berechnungen und Annahmen. Wir meinen, daß ein zuverlässiges Ergebnis nur durch die zeitgleiche Messung von Stromerzeugung und Stromverbrauch zu erzielen ist, in die auch die hohen Preise der Spitzen- und Mittellasttarife einfließen. Der Windstrom verursacht keine Verluste, denn der Verkaufspreis, den die Schleswag ihrem Haushaltskunden abverlangt, liegt bei 27,14 Pf und der Preis für Windstrom nach dem Stromeinspeisungsgesetz beträgt 17,2 Pf. Es gibt also immer noch eine Gewinnspanne von 10 Pf, mit denen die Schleswag gut leben kann.

Eine andere Situation besteht, wenn der Windstrom in großen Windparks erzeugt wird und in Mittellastennetze, also auf der 60-KV-Ebene oder in Übertragungsnetze über der 100-KV-Ebene, eingespeist wird. Diese unterschiedlichen Szenarien muß man differenziert erfassen und betrachten, um überhaupt zu einer qualifizierten Beurteilung der Mehrkosten des Windstromes zu kommen.

– Ich entdecke den Kollegen Sager nicht!

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Doch! Der ist später gekommen! – Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

– Da ist er!

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, fahren Sie bitte in Ihrem Redebeitrag fort. – Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich hoffe, daß ich in meiner Argumentation deutlich gemacht habe, daß es sich nicht um Mehrkosten handelt, die durch die Windenergie entstehen.

Beim zweiten Punkt, der **Preisaufsicht**, geht es um folgendes: Es spielen drei Gesetze eine Rolle: §§ 103 und 103 a des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die Bundestarifordnung Elektrizität und § 7 des Energiewirtschaftsgesetzes. Da wird von der Preisaufsichtsbehörde offenbar erstmalig – wenn man der Fernsehsendung folgen darf – der Stromlieferungsvertrag zwischen PreussenElektra und Schleswag angefordert. Ich muß sagen, daß es mich ziemlich erstaunt, daß die Preisaufsicht bisher in Unkenntnis dieses Vertrages ausgeübt werden konnte, zumal auch der Rechnungshof in seinen Bemerkungen 1995 die Stromaufsicht mit Recht ziemlich kritisiert hat. Andererseits hat es die Behörde auch nicht einfach, einem Riesenapparat gegenüberzustehen und mit einem doch sehr kleinen Personalkörper komplexe wirtschaftliche Beurteilungen vornehmen zu müssen.

Ich hoffe, da kommt jetzt frischer Wind rein. Wir möchten der Preisaufsichtsbehörde insbesondere nahelegen, nach § 7 Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes zu prüfen, ob es strompreisgestalterisch möglich ist, der Schleswag und der PE vorzuschreiben, in der beantragten Höhe der Preiserhöhung den Einkaufspreis, den Vorlieferantenpreis, absenken zu lassen. Ansonsten ist es mir völlig unverständlich, daß sich der Strompreis in Dänemark zwar auf der Endverbraucherstufe auf gleichem Niveau bewegt, in den Verteilerbezügen jedoch um mehr als 4 Pf niedriger liegt

(Glocke des Präsidenten)

und die Verteilungskosten in erheblicher Größenordnung differieren, nämlich zwischen 10 Pf bei uns und 2,5 Pf in Dänemark.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Beenden Sie bitte Ihren Redebeitrag, Herr Abgeordneter!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. – Leider kann man das alles nur annähernd beurteilen, nämlich durch Rückrechnung aus den Bilanzen der Schleswag.

Ich denke, es muß frischer Wind in die Preisaufsicht. Daß sich ganz Schleswig-Holstein durch das Abführen von ungefähr 1 Milliarde DM Monopolrente außerhalb der Landesgrenzen über Jahrzehnte das Fell über die Ohren ziehen läßt, ist mir unverständlich. Es wird vielleicht vor dem Hintergrund etwas verständlicher, daß ein politischer – –

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits seit einer Minute abgelaufen. Bitte formulieren Sie Ihren letzten Satz!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident. – Diese merkwürdige Toleranz der Politik gegenüber den großen Stromriesen läßt sich nach meiner Meinung nur durch eine elendige Verquickung zwischen Politik und Stromwirtschaft erklären, für die es auch hier im Lande Beispiele mit namhaften Kommunalpolitikern, Ex-CDU-Landräten oder auch einem Ex-Mini-

(Detlef Matthiessen)

sterpräsidenten gibt, die sich jetzt alle in Lohn und Brot bei den großen Konzernen befinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Mich wundert es bei der wirtschaftlichen Beurteilung der Energiekosten nicht mehr, wenn Herr Matthiessen sagt, mit 17,3 Pf werde der Windstrom vergütet und für 23 oder 24 Pf abgegeben, was dazwischenliege, sei Gewinn. Wer Umsatz gleich Gewinn rechnet, der muß zu falschen Ergebnissen kommen. Das liegt auf der Hand.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es verwundert uns sehr, daß sich die Grünen, die doch für alle möglichen Verteuerungsarten der Energie stehen, hier heute morgen als Anwalt der Stromkunden in Schleswig-Holstein zu profilieren versuchen. Steuern, Abgaben, Ihr Koalitionspapier, der ausstiegsorientierte Gesetzesvollzug, Ihr Wunsch nach einer höheren Einspeisevergütung, Ihr Wunsch, 1200 MW deutlich zu überschreiten – das alles läuft doch ganz konkret auf höhere **Strompreise** hinaus, Herr Matthiessen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da tun Sie heute morgen so, als müßten Sie sich als Anwalt gegen eine kommende Strompreiserhöhung profilieren.

Da muß man noch etwas bemerken: Die Grünen haben jetzt einen eigenen Staatssekretär für Energie, und die Landesregierung hat mit Herrn Möller einen Energieminister. Normalerweise müßten doch eigentlich Informationen genug auf Ihrer Seite vorhanden sein. Haben Sie überhaupt kein Vertrauen in die Entscheidung der eigenen Landesregierung, wenn es um den Strompreiserhöhungsantrag geht, Herr Matthiessen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun wird uns gesagt, der dänische Strom sei viel billiger. Ja, hat denn die Schleswag nur schlechte Kaufleute? Taugt der Aufsichtsrat in Rendsburg nichts? Was ist denn mit der **Energieaufsicht** des Staatssekretärs und des Energieministers? Funktioniert das alles nicht? – Ihr Antrag, aufgrund des Berichts des „Schleswig-Holstein-Magazins" eine Aktuelle Stunde durchzuführen, ist ein einziger Mißbilligungs- und Mißtrauensantrag gegen die eigene Landesregierung, Herr Matthiessen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es stellt sich doch wirklich die Frage, ob der angesprochene dänische Großkonzern ELSAM eine dauerhafte Kapazität zur Grundlastversorgung in Schleswig-Holstein liefern könnte, ganz davon zu schweigen, daß Sie die Frage ausklammern, daß sich ELSAM in **Dänemark** überwiegend auf Kohlekraftwerke stützt und dort billige Importkohle mit niedrigeren Umweltstandards als bei uns verfeuert wird.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Windenergie haben die nicht, Herr Sager?)

In der Entstickung und in der Entschwefelung erreichen die Dänen den Standard, der in Deutschland zwingend vorgeschrieben und realisiert ist, frühestens im Jahre 2000. Auch das wissen Sie.

Wenn die Kapazität nicht zur Verfügung stehen kann und in Dänemark eventuell zusätzliche Kraftwerkskapazitäten errichtet werden müssen, frage ich Sie nach der Arbeitsplatzsicherung in Schleswig-Holstein, Herr Matthiessen. Wir wollen **Arbeitsplätze** hier bei uns, in **Schleswig-Holstein** sichern – das ist unser Auftrag –, nicht in Dänemark.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das einzig Erhellende an dem Bericht des „Schleswig-Holstein-Magazins", der für Sie Anlaß zur heutigen Aktuellen Stunde ist, ist doch, daß sich der Staatssekretär für Energie – dafür möchte ich ihn einmal ausdrücklich loben – erstmals positiv zur Bonner Gesetzesnovelle zum Energiewirtschaftsrecht bekennt.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann wird er aus der Partei ausgeschlossen!)

Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten einmal aus der Sendung des „Schleswig-Holstein-Magazins" zitieren; Herr Voigt sagt: „Und deswegen setzt die Landesregierung ein starkes Gewicht darauf, daß die von der EU jetzt eingeleitete Energierechtsnovelle tatsächlich zum Zuge kommt."

Es muß also ein Bundesgesetz her – so Herr Voigt –, damit der Wettbewerb erzwungen werden kann. – Genau das wollen wir, Herr Voigt. Das ist richtig. Gut, daß Sie das erkennen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wollen **Wettbewerb**, wir wollen den europäischen Stromverbund, der im übrigen schon längst Realität ist und voranschreitet, Herr Matthiessen. Wir haben ein Baltic Cable als Beispiel dafür. Diese Landesregierung, die ja aus der Atomenergie aussteigen will, schickt sogar Atomstrom nach Skandinavien. Bravo! So schaffen Sie den Ausstieg nicht. Aber auch das ist ein Stromaustausch – wohl wahr –, der durch die Energierechtsnovelle in Wettbewerbsform verstärkt wird. Das ist wichtig, wenn wir in Schleswig-Holstein darauf drängen, wettbewerbsfähige Ener-

(Reinhard Sager)

giepreise dauerhaft zu stabilisieren. Genau das brauchen wir.

Der zweite, genauso wichtige Punkt ist – Sie haben die Windenergie angesprochen, Herr Matthiessen –, daß wir endlich zu einer gerechteren Lastenverteilungbei der **Windenergie** kommen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Dänemark gibt es das nicht oder was? Völlig unvergleichbar?)

Darauf drängen wir. – Die Systeme sind nicht vergleichbar. Sie müssen sich einmal das dänische Stromsystem angucken, Herr Matthiessen! Was dort an Steuern und Abgaben zur Strompreisbildung herangezogen wird, ist überhaupt nicht vergleichbar mit der Strompreisbildung in unserem Land. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das ist der Punkt! Wir wollen eine Energiesteuer!)

Weil gleich die Glocke ertönen würde und die Anzeige hier Null ist, sage ich abschließend: Wir setzen uns als CDU politisch dafür ein, daß das Stromeinspeisungsgesetz geändert wird, damit wir zu einer gerechteren Lastenverteilung bei der Windenergie kommen. Diese beiden Punkte sind notwendig für wettbewerbsfähige Strompreise in Schleswig-Holstein.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt zunächst einmal ausdrücklich, daß wir dieses aktuelle Thema behandeln,

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

denn oft werden aktuelle Themen mit Verzögerung behandelt.

Seit Jahren polemisiert die Schleswag gegen die **Windkraft**, insbesondere gegen die damit verbundene Pflicht zur Abnahme und Zahlung eines erhöhten Strompreises. Herr Sager, in einem Punkt sind wir uns wahrscheinlich einig: Auch die von der SPD geführte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind der Ansicht, daß wir die klimaschonende Erzeugung von Energie nicht allein einem Versorger aufbürden dürfen. Von daher ist es konsequent – Sie haben auch darauf hingewiesen –, daß wir die Landesregierung weiter unterstützen und daß die im Juni eingebrachte Gesetzesinitiative zur Präzisierung des Strompreises realisiert wird. Der regionale Energieversorger sollte demnach nicht mehr als 5 % seines Stromes nach dem Stromeinspeisegesetz vergüten müssen. Die darüber liegenden Mehrkosten werden dann von dem vorgeschalteten Stromlieferanten getragen. Ich denke, in diesem Punkt sind wir uns wahrscheinlich einig.

Das derzeitige Vorgehen der Schleswag lehnen wir allerdings ab, da wir erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit einer Strompreiserhöhung haben. Die Schleswag berichtet – ich spreche jetzt nicht von Umsätzen, sondern von Jahresüberschüssen – immer ganz stolz über die **Geschäftsergebnisse**. So stieg der Jahresüberschuß von 33 Millionen DM im Jahr 1985 auf 54,6 Millionen DM im Jahr 1995.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei welchem Umsatz ?)

Wenn Sie Anleger sind, Herr Kayenburg, dann freuen Sie sich: Sie bekommen bei der Schleswag eine Dividende von 20 %. Es kann sich kaum um ein hungerleidendes Unternehmen handeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Presseerklärungen weist die Schleswag immer wieder darauf hin – ich zitiere –, daß die „Kostenbelastung durch Vergütung von Windenergie unerträglich" sei, daß „Arbeitsplätze bei der Schleswag abgebaut" werden, daß die „Energie in Schleswig-Holstein so teuer" sei und daß die „Betriebe abwandern" würden.

Hier wird ein ganz übles Spiel gespielt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von Herrn Möller, dem Aufsichtsratmitglied!)

– Herr Kubicki, vielleicht auch von Ihnen. Betriebe sind meist Sonderabnehmer, für die gesonderte und günstige Tarife gelten. In einer Übersicht des Bundesverbandes der Energieabnehmer wird die Schleswag in einem bundesweiten Vergleich zwischen 50 EVU an Platz 11 geführt. Sie ist also etwas abgerutscht – von Platz 10 auf Platz 11.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sitzt Herr Möller nicht im Aufsichtsrat?)

Diese Zahlen sind zwar sehr positiv, aber in der gleichen Presseerklärung wird darauf hingewiesen: Wenn wir die Windkraft nicht hätten, dann könnten wir unsere Arbeitspreise für Sondervertragskunden noch einmal um 5 % senken.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört! Hört!)

– Ja, ja. Gleichwohl ist die Schleswag einer der günstigsten Versorger. Ich wiederhole: Auch wir sind der Ansicht, man sollte das Stromeinspeisungsgesetz ändern.

Was die Wirtschaftlichkeit anbelangt, möchte ich sagen: Das von Herrn Matthiessen zitierte Energiewirtschaftsgesetz zielt darauf ab – ich zitiere wieder –, „den notwendigen öffentlichen Einfluß in allen Angelegenheiten der öffentlichen Energieversorgung zu

(Friedrich-Carl Wodarz)

sichern und volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern".

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer ist denn Eigentümer der Schleswag?)

Wenn Sie von Arbeitsplätzen sprechen, dann denken Sie einmal auch an die **Arbeitsplätze**, die durch die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist doch ein nicht mehr wegzudenkender Wirtschaftsfaktor. Etwa 1500 Arbeitsplätze hängen direkt von der Nutzung der Windenergie ab. Daß aus Ihrer Partei gegen die Windenergie polemisiert wird, verstehe ich überhaupt nicht, denn für viele Landwirte und für Kommunen ist die Windenergie eine zusätzliche Einnahmequelle.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn von der Schleswag eine Kampagne gegen die Windenergie gefahren wird, ist das ebenfalls volkswirtschaftlich schädlich.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jawohl! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Nach dem Gesetz ist die Schleswag verpflichtet – der § 7 Abs. 1 ist schon zitiert worden –, die Energiekaufpreise wirtschaftlich zu gestalten. Wenn die Schleswag bei der PreussenElektra zu teuer einkauft, dann muß sie einmal zu einem anderen Anbieter wechseln. Die Angebote der dänischen ELKRAFT liegen vor, Herr Sager. Entsprechende Überlegungen gibt es bereits. Übrigens, an der dänischen ELKRAFT ist auch die PreussenElektra beteiligt. Die technischen Übertragungskapazitäten sind vorhanden. Man sollte sich eine Zusammenarbeit einmal überlegen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Noch einen Satz, Herr Präsident! Ich muß noch auf die Unterstellung des Herrn Sager eingehen. – Herr Sager, Sie behaupten, daß wir die Strompreise mit aller Gewalt erhöhen wollen. Wir wollen die Strompreise, wenn sie denn durch eine **Energiesteuer** erhöht werden, mit einer anderen Zielsetzung erhöhen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den Strommultis nicht die Gewinne verdoppeln. Wir wollen diese Energiesteuer für umweltfreundliche Technologien und für die Rettung unserer Umwelt einsetzen. Das ist eine ganz andere Zielsetzung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wodarz, ich finde es etwas überraschend, daß Sie hier von einem üblen Spiel reden. Wenn ich richtig informiert bin, sitzt Herr Minister Möller im Aufsichtsrat der Schleswag. Er gehört auch seit längerer Zeit der Preisaufsichtsbehörde an.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Daß Sie einen solchen Angriff gegen Ihren eigenen Minister fahren, finde ich überraschend.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie von einem nicht hungerleidenden Unternehmen sprechen, Herr Wodarz, dann frage ich mich: Wollen Sie in Schleswig-Holstein eine hungerleidende Schleswag haben? Wie stellen Sie sich das vor? Ich denke, 2000 Arbeitsplätze sind ein gutes Argument für ein funktionierendes Unternehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Matthiessen, ich würde gern etwas zur Frage der **Aktualität** sagen. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, die Aktualität sei dadurch gegeben, daß Sie neue, aktuelle Erkenntnisse aufgrund einer N 3-Sendung vom 14. Januar haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das mag wohl sein!)

Ich bin etwas überrascht. Der Antrag der Schleswag datiert vom 11. November 1996. Dieser Antrag müßte Ihnen eigentlich bekannt sein, zumal Sie einen eigenen Staatssekretär im Energieministerium haben. Worauf basiert also die Aktualität?

Wenn ich richtig informiert bin, gibt es ein Schreiben von Herrn Rechtsanwalt Tönjes, Mitglied der Grünen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein guter Mann!)

Dieses Schreiben datiert vom 4. Januar 1997. Die Frage der Aktualität ist meiner Ansicht nach damit eindeutig negativ beantwortet. Daß Sie auf eine Fernsehsendung zurückkommen müssen, Herr Matthiessen, verstehe ich nicht. Wir könnten uns ja dem-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

nächst auch über aktuelle Dinge unterhalten, die in der Sendung „Lindenstraße" vorgekommen sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Konrad Nabel [SPD]: Aus der Sendung können Sie noch manches lernen!)

– Herr Nabel, selbst wenn ich von der „Lindenstraße" noch etwas lernen könnte, kann ich mir nicht vorstellen, daß wir über diese Sendung in einer Aktuellen Stunde im Parlament sprechen sollten.

Einmal abgesehen von der Frage der Aktualität, die ich eindeutig negativ beantwortet habe, geht es hier um den berühmten Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, ich möchte die Abgeordneten bitten, etwas aufmerksamer zuzuhören.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Sie können die Verhältnisse der **Strompreisbildung** in Schleswig-Holstein, in **Deutschland** und in **Dänemark** schlicht und einfach nicht miteinander vergleichen. Herr Sager hat schon die zusätzlichen Lasten, die hier in Deutschland von den Unternehmen getragen werden müssen, und die Umweltauflagen, die finanziert werden müssen, angesprochen. Diese – das wissen Sie auch, Herr Matthiessen und Herr Wodarz – werden in Dänemark schlicht und einfach durch Steuern aufgebracht.

Ich will einmal auf das Thema **Umsatz** und **Gewinn** zu sprechen kommen. Bei Ihrer Rechnung haben Sie bedauerlicherweise völlig vergessen, daß zwischendurch auch noch **Investitionen** getätigt werden müssen. Diese Investitionen müssen von jemandem bezahlt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In Dänemark – auch das wissen Sie – werden Investitionen staatlich bezuschußt, was in Deutschland nicht der Fall ist. Es handelt sich also um einen Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen, mit dem Sie uns hier verschonen sollten.

Herr Wodarz und Herr Matthiessen, wir sind dabei, das **Energiewirtschaftsrecht** sehr intensiv zu beraten, und sind in diesem Bereich zu großen Teilen zu einer Übereinstimmung gekommen. Ich frage Sie allen Ernstes, ob Sie einen sich andeutenden Konsens wieder zerstören wollen, indem Sie heute dieses Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf den Tisch bringen. Ich halte das für nicht besonders sinnvoll.

Eine letzte Bemerkung zum Thema **Windkraft**! Selbst wenn Sie bestreiten, daß die Kosten der Windkraft für die Schleswag in der Höhe entstehen, sind wir sicherlich doch einig darüber, daß über das Stromeinspeisungsgesetz – das haben Sie letztens auch schon gesagt – überhöhte Preise gezahlt werden. Wir sind uns bei der Beratung des Energiewirtschaftrechtes einig darüber gewesen, daß das Stromeinspeisungsgesetz in der derzeitigen Form nicht mehr in die Landschaft paßt und mit Sicherheit geändert werden muß. Dann wird sich natürlich bei den Preisen etwas ändern.

Auch ich habe mich gewundert – wie Herr Sager –, daß Sie hier offensichtlich für niedrigere Strompreise eintreten. Ich habe Sie bisher immer so verstanden, daß Sie eher dafür plädieren, die **Strompreise** zu erhöhen, und zwar mit dem Argument, daß dann Strom gespart werde

(Zuruf – Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch richtig!)

und daß das der richtige Weg sei. Deshalb kann ich überhaupt nicht verstehen, daß Sie plötzlich wollen, daß die Strompreise gesenkt werden.

Wenn Sie **Dänemark** mit **Deutschland** vergleichen, erinnere ich daran, daß zum Beispiel in **Frankreich** – dieses Beispiel haben Sie offensichtlich bewußt nicht gewählt – die Strompreise wesentlich niedriger sind als hier, nur daß sie dort aus der von Ihnen nicht geliebten Kernkraft kommen. Wenn wir Vergleiche anstellen, sollten wir alles heranziehen und nicht so einseitig sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Diskussion um die Strompreise in Schleswig-Holstein hat gezeigt, daß – es ist eine aktuelle Diskussion – nicht nur, wie von der Schleswag behauptet, die **Windenergie** mehr Kosten verursacht, sondern auch der Strom, den die Schleswag von der PreussenElektra bezieht.

Wir wissen, daß Strom in **Dänemark** billiger ist. Dazu will ich mehr nicht sagen. Man könnte näher auf einen Vergleich eingehen. Tatsache ist: Die Strompreise in Dänemark sind niedriger als hier. Wir wissen auch, daß die dänischen Stromproduzenten den Strom für 7 Pf für eine Kilowattstunde statt für 11 Pf anbieten können. Wenn das so stimmt – davon gehe ich aus –, kann man der Schleswag nur raten, den Vertrag mit der Preussag neu zu verhandeln, um zu niedrigeren Preisen zu gelangen.

Ich meine, wir müßten das in einem größeren Zusammenhang betrachten. Es geht ja nicht zuletzt – auch das ist schon angesprochen worden – um die Novellierung des Energierechts und das Stromeinspeisungsgesetz. Der Energieminister hat sich mehrfach dazu geäußert. Er hat sich auch dazu geäußert, daß er die Belastungen, die aus den Bestimmungen des Stromeinspeisungsgesetzes entstehen, in Zukunft anders verteilt haben möchte. Die Schleswag hätte mit

(Anke Spoorendonk)

dieser Erhöhung auf jeden Fall warten können, bis die Entscheidungen hierüber getroffen worden sind. Sonst könnte man der Meinung sein, daß das Ganze etwas mit Erpressung zu tun hat.

Wir vom SSW – auch das haben wir immer wieder zum Ausdruck gebracht – sind für mehr **Wettbewerb** auf dem Energiemarkt. Voraussetzung muß sein, daß es ein fairer Wettbewerb ist. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, daß dezentrale Energieversorgung, Kraft-Wärme-Kopplungen, regenerative Energieformen und so weiter weiterhin gefördert werden müssen.

Die Diskussion um die Strompreise zeigt, daß **Wettbewerb** Vorteile für den Verbraucher mit sich bringt. Vorteile müssen auch für normale Haushalte herauskommen und nicht nur für Großabnehmer.

Wenn man sich anguckt, was in der Presse über den Verkauf der HEW-Aktien zu lesen war, zeigt sich, daß die großen Energiemonopolkonzerne einen Vorsprung an Kapital haben, daß Wettbewerb – wie es aussieht – zu ungleichen Bedingungen stattfindet. Darum begrüßen wir die Initiative der Landesregierung und der Fraktionen, über den Bundesrat eine Änderung des Gesetzes beziehungsweise Gesetzentwurfs zu erreichen.

Ich fand die Ausschußarbeit zu diesem Punkt sehr konstruktiv. Wir waren uns einig, daß wir, soweit möglich, im Konsens vorgehen wollten. Es gab einen Punkt, in dem wir uns nicht einig waren, nämlich bei der Problemstellung, inwieweit wir immer noch von geschlossenen Versorgungsgebieten – der CDU-/F.D.P.-Antrag sprach von Wettbewerbsmonopolen; das hört sich schon viel negativer an – ausgehen sollten. Wir vom SSW wollen weiterhin die geschlossenen Versorgungsgebiete haben. Wir meinen, daß das für einen fairen Wettbewerb zugunsten der normalen Verbraucher unabdingbar ist. Dennoch begrüßen wir, daß wir im Ausschuß sehr konstruktiv und sachlich miteinander diskutiert haben. Ich hoffe, daß wir das, wenn wir zum Tagesordnungspunkt „Reform der Energiewirtschaft" kommen, hier gemeinsam deutlich machen werden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst feststellen: Die letzte Strompreiserhöhung hatten wir 1992. Sie war überwiegend dadurch begründet, daß wir für alle Gemeinden die Konzessionsabgabe eingeführt haben. Ich halte das für richtig und stehe zu dieser Strompreiserhöhung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Im Jahr 1996 sind die **Strompreise** im Durchschnitt um 2 Pf gesenkt worden. Das hängt zusammen mit dem Wegfall der Ausgleichsabgabe für den Kohlepfennig. Ich will die Diskussion nicht wiederholen. Ich hätte es begrüßt, wenn eine Strompreissenkung um nur 1 Pf stattgefunden hätte und man den übrigen Pfennig genommen hätte, um zum Beispiel die Windenergie und andere regenerative Energien zu fördern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätten wir heute überhaupt keinen Stromerhöhungsantrag auf der Tagesordnung.

Bei dem Empfang der IHK Kiel hat der Vorstandsvorsitzende der PreussenElektra über die Liberalisierung des Strommarktes gesprochen. Er hat gesagt, bei einer völligen Liberalisierung fielen die regenerativen Energien unter den Tisch, und er hielt dann so etwas wie eine Stromsteuer für nicht ausgeschlossen. Das fand ich bemerkenswert.

Nun ist, was die Strompreise angeht, alles relativ. Richtig ist, daß die Strompreise in Deutschland höher sind als in anderen Ländern. Wir haben unterschiedliche Strukturen. Ich will allerdings sagen: Die Gewinne der deutschen Unternehmen sind auch höher als in anderen Ländern. **Dänemark** hat ein ganz anderes, mehr gemeinwirtschaftlich orientiertes Energiesystem. Aber in Dänemark sind die Strompriese niedriger, obwohl es eine Energiesteuer gibt und obwohl es eine CO_2-Steuer gibt.

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

Was **Frankreich** angeht, Frau Aschmoneit-Lücke: Über die hohen Subventionen, die dort der Staat dem Monopolisten gibt, sollten wir hier nicht diskutieren.

Was das Strompreisniveau in Deutschland angeht, liegt Schleswig-Holstein nach dem Stand 1. Juli 1996 im Bundesschnitt bei den Tarifkunden gut. Schleswig-Holstein hat die niedrigsten Strompreise, was Handwerker- und Gewerbebetriebe angeht. Das haben wir ganz bewußt so genehmigt. Schleswig-Holstein liegt, was den Schnitt der Industriekunden, der **Sondervertragskunden**, angeht, an zweitbester Stelle. Nur Hessen liegt besser. Offensichtlich ist es gerade in rot-grünen Ländern möglich, die **Strompreise** sehr niedrig zu halten. Wenn man sich das und das Strompreisniveau in Hamburg ansieht, ist das gerade aus der Sicht der Wirtschaft erfreulich.

Die Schleswag und die anderen Stadtwerke, die von der Schleswag Strom beziehen, haben einen Preiserhöhungsantrag gestellt. Man will den Strompreis zum 1. April 1997 um 4 % anheben. Begründet wird die **Preiserhöhung** ausschließlich mit den Mehrkosten durch das Stromeinspeisungsgesetz, das heißt mit der **Windenergie**. Ich kann jetzt nicht genau aus dem Verwaltungsverfahren berichten. Wir prüfen den Antrag der Schleswag sorgfältig, ob die Mehrbelastungen in der angegebenen Höhe zutreffend sind. Dabei ist in der Tat von Bedeutung, daß wir in den Strom-

(Minister Claus Möller)

lieferungsvertrag mit der PreussenElektra Einsicht erhalten. Das ist uns zugesagt. Wir werden diesen Vertrag bekommen.

Das **Prüfverfahren** wird sehr sorgfältig und kritisch durchgeführt. Dabei wird sich zeigen – das haben wir dem Schleswag-Vorstand gesagt, und zwar nicht nur deswegen, weil sich der Landesrechnungshof zur Preisaufsicht geäußert hat, sondern auch deshalb, weil die Schleswag selbst im letzten Jahr im Wettbewerb gegen Stadtwerkegründungen mit einer zusätzlichen Preissenkung angetreten ist –, ob da nicht irgendwo noch Luft ist. Deshalb prüfen wir diesen Preisantrag besonders sorgfältig.

Die ganze Frage der Erhöhung der Strompreise wäre vom Tisch, wenn der Bundestag am 30. Januar bei seiner Beratung über die schleswig-holsteinische Initiative zur Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes der Maßnahme zustimmte, jedenfalls für die nächsten Jahre die Härteklausel anzuwenden. Dann hätten wir überhaupt keinen solchen Antrag; der Antrag wäre vom Tisch. Ich appelliere noch einmal an die schleswig-holsteinischen Abgeordneten, auch an die aus anderen Parteien, dieser Initiative zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Jetzt zu der Frage: Könnte die Schleswag in **Dänemark** billiger einkaufen? – Ja, nach dem Energieversorgungsgesetz sind die Unternehmen natürlich gehalten, Strom so wirtschaftlich wie möglich selbst zu erzeugen oder zu beziehen. Die Schleswag bezieht den Strom zu schätzungsweise 85 % von PreussenElektra und von anderen – einschließlich Eigenerzeugung – und darüber hinaus nach den Zahlen von 1996 zu 10 % von „Windmüllern". Ein Anteil von mehr als 10 % des Stroms der Schleswag kommt also von den „Windmüllern". Ob es tatsächlich möglich wäre, das Verteilungsvolumen in Schleswig-Holstein zu günstigeren Bedingungen unter Nutzung der vorhandenen Leitungen zu beziehen, kann ich so nicht eindeutig sagen. Richtig ist allerdings, daß PreussenElektra selbst in Dänemark Strom in einem Kraftwerk erzeugt und daß im Jahre 1995 aus Dänemark 4 Milliarden Kilowattstunden importiert worden sind, und davon hat PreussenElektra, wie ich schätze, mindestens 90 % gekauft. Es geht eben darum, diese Mischkalkulation nachzuvollziehen: Wie sind die Kosten bei der Windenergie, wie beim Bezug von anderen und so weiter? Das wird Gegenstand des Preisprüfungsverfahrens sein.

Wenn hier auf alle Möglichkeiten, günstig Strom einzukaufen, abgestellt wird, will ich allerdings auch darauf hinweisen, daß man auch in Schweden billig einkaufen kann – deshalb waren wir für das **Baltic Cable** – und daß man in Norwegen zu bestimmten Zeiten noch billiger einkaufen kann. Nachdem nun die Energieversorgungsunternehmen gesagt haben, daß Brunsbüttel der zentrale Anlandepunkt eines bipolaren Kabels sein soll, wodurch die Umwelt weniger gefährdet würde, sollten wir deshalb sehr sorgfältig darüber diskutieren, ob wir das machen sollten. Ich sehe darin in keiner Weise eine Gefährdung des Ausstiegs aus der Atomenergie. Ein solches Kabel könnte den Ausstieg aus der Kernenergie in Schleswig-Holstein aus meiner Sicht sogar beschleunigen.

(Zuruf von der CDU: Na, na!)

Wir werden auch die Frage prüfen, ob wir den § 7 Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes anwenden und die Schleswag quasi verpflichten, woanders einzukaufen. Das ist eine Bestimmung aus diesem berühmten Energiewirtschaftsgesetz von 1935. In der Frage, ob wir am Ende der Geltungsdauer dieses alten Gesetzes – und es gibt ja, auch hier im Hause, Konsens darüber, daß wir ein neues Gesetz brauchen – diesen Hebel wirksam einsetzen können, bin ich eher skeptisch, aber wir werden das im Zusammenhang mit dem Erhöhungsantrag jetzt prüfen.

Ich denke, die entscheidende Frage ist die, die hier auch schon gestellt worden ist: Die **Liberalisierung des Strommarktes** ist dringend erforderlich, denn es geht nicht an, daß wir in Europa selbstverständlich eine gemeinsame Währung bekommen und einen gemeinsamen Agrarmarkt haben, daß man aber keinen freien Strommarkt hat.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, ich muß Sie auf die Redezeit hinweisen.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Aber ich sage – und darüber wird bei einem anderen Tagesordnungspunkt noch zu diskutieren sein –: Liberalisierung ja, aber gleiche Rechte für alle! So hat Staatssekretär Voigt das im Fernsehen gemeint, als er sich für eine Liberalisierung des Strommarktes ausgesprochen hat. Nicht nur die Schleswag, sondern auch die Stadtwerke Neumünster, Flensburg und Kiel müssen die Möglichkeit haben, gegebenenfalls Strom in Dänemark und in Norwegen günstiger einzukaufen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist der Punkt, und da bleiben wir bei unserer Kritik: Der Gesetzentwurf in der jetzigen Form stärkt nur die großen Monopolisten und schwächt den Wettbewerb, gerade wenn es darum geht, daß sich Stadtwerke oder andere Unternehmen wirklich liberal auf dem Strommarkt in Europa bedienen können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder überraschend, wenn sich die Liberalen zum Verteidiger eines Monopols machen. Es handelt sich hier um ein Monopol, und wie sehr es sich um ein **Monopol** handelt, wird deutlich, wenn man sich allein einmal die Kostenstrukturen und insbesondere die Personalkostenstrukturen der **Energiekonzerne** in Deutschland anschaut. Dabei kommt man nämlich zu dem Ergebnis, daß diese Kosten weit über denjenigen liegen, die bei den Versicherungen üblich sind. Danach kommen die Banken, und dann kommt mit weitem Abstand die restliche Wirtschaft. So etwas können sich nur Monopolunternehmen leisten.

Es ist auch erstaunlich, wenn der **Windenergie** die Schuld an der Stromprpeiserhöhung gegeben wird und wenn dann in der Tat Äpfel mit Birnen verglichen werden; denn man kann nicht neu gebaute Windkraftwerke mit alten, abgeschriebenen Atomkraftwerken oder Kohlekraftwerken vergleichen.

(Beifall bei der SPD)

In Dresden ist gerade ein neues Kohlekraftwerk gebaut worden, und siehe da, was kostet der Strom ab Werk? Er kostet – wohlgemerkt, ab Werk – 18,5 Pf.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Was kostet der Windstrom ab Mühle? Die Produktionskosten liegen zur Zeit bei den neuen Mühlen bei 10 bis 12 Pf, und die Absatzkosten, die die Schleswag zu bezahlen hat, liegen jetzt bei 17 Pf. Somit liegen die Zahlen unter denen aus Dresden. Es ist also eine reine Legende, zu behaupten, Windstrom sei teurer.

Wenn wir über die Kostenstrukturen reden, sagen wir ganz deutlich: Wir sind nicht für eine Senkung der Strompreise, aber wir sind dagegen, daß die **Energiemonopole** ihre riesigen **Profite** privatwirtschaftlich einsacken und damit ihre eigene Politik machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es kann auch nicht sein, daß bei den Energieunternehmen so viele Gewinne auflaufen, daß sie anfangen, sich in das Müllgeschäft, in das Telekommunikationsgeschäft und in andere Sektoren im großen Maße einzukaufen, weil sie nicht mehr wissen, wo sie mit ihren Gewinnen bleiben sollen, während andererseits dem Staat die Gelder für eine effektive Förderung neuer Energien und Technologien fehlen. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß in der Energiewirtschaft ein Wettbewerb in der Weise entsteht, daß diese Monopolgewinne wegfallen und daß der Staat dann die Möglichkeit hat, über entsprechende Energiesteuern sowohl eine vernünftige zukünftige Energiewirtschaft zu fördern als auch im Rahmen einer ökologischen Steuerreform zu einer Senkung der Lohnnebenkosten zu kommen. Denn das ist genau das, was wir in der Wirtschaft brauchen, und es ist auch das, was die kleinen Betriebe fordern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist absehbar – und jede Rechnung zeigt es –, daß eine Versorgung Schleswig-Holsteins mit regenerativen Energien viel mehr **Arbeitsplätze** in diesem Lande bringt als der Bau von Atomkraftwerken, die ja im wesentlichen von auswärtigen Firmen errichtet werden und kaum Arbeitsplätze in diesem Lande bereitstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich schließe also mit der Feststellung: Wir brauchen mehr **Wettbewerb**. Wir brauchen eine ordentliche Kartellaufsicht, die diesen Wettbewerb in diesem Sektor überhaupt erst herstellen kann, gerade im Sektor der Netze. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Energiewirtschaft, die auf regenerative und auf kostengünstige Energien setzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie schon ablesen, Herr Sager, müssen auch die Zahlen stimmen!)

Hier sind doch einige Punkte angesprochen worden, die man so nicht stehen lassen kann. Zunächst einmal ist es ja interessant, daß der Minister, was das „Schleswig-Holstein-Magazin" anbelangt, versucht, den Staatssekretär zu übersetzen. Herr Möller, das, was Ihr Staatssekretär dort ausgeführt hat, ist eindeutig. Er hat sich in diesem Fernsehinterview für mehr **Wettbewerb** im Energiewirtschaftsrecht stark gemacht.

(Minister Claus Möller: Ja, das ist doch richtig!)

Das ist genau das, was wir mit unserem Antrag am Freitag hier einbringen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nichts Neues!)

Bei Ihnen gibt es aber einen Widerspruch, den Sie nicht auflösen. Auf der einen Seite sagen Sie: Wir wollen die **Gebietsmonopole** behalten, und das heißt, daß wir die alten Demarkationsverträge im Grunde genommen aufrechterhalten. – An anderer Stelle fügen Sie wiederum hinzu: Aber die Stadtwerke sollen dann auch in Dänemark einkaufen können. Auch die Gebietsmonopole müssen weg. Wir wollen den vollständigen Wettbewerb. Es gibt keinen halben Wettbe-

(Reinhard Sager)

werb. Dies bitte ich dann auch zu berücksichtigen, wenn Sie für Wettbewerb im Energiewirtschaftsrecht eintreten. Wir wollen den vollen Wettbewerb.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch nicht die Kleinen auf diese Weise kaputtmachen und die Großen überleben lassen! Das ist doch kein Wettbewerb!)

– Alle müssen sich dem Wettbewerb stellen, und warum sollen dann die Stadtwerke mit ihren Erfahrungen in einem Wettbewerb soviel schlechtere Chancen haben? Warum haben Sie eigentlich soviel Angst vor dem Wettbewerb?

(Konrad Nabel [SPD]: Weil dieses Gesetz das so vorsieht! – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihr Gesetz! Das ist so konstruiert!)

Das ist doch die Frage, die man an Sie richten muß.

Ein weiterer Punkt! Herr Möller, nach Ihren Ausführungen muß man ja zu dem Schluß kommen, daß Sie dem **Preiserhöhungsantrag** der Schleswag sehr gern stattgeben werden, wenn Sie uns hier die Rechnung mit der Senkung um 2 Pf aufgrund des Wegfalls des Kohlepfennigs aufmachen

(Ursula Kähler [SPD]: Das war aber eine sehr selektive Wahrnehmung!)

und dann sagen: Hätte doch die Schleswag den Preis nur um 1 Pf gesenkt, dann hätten wir das heute schon! Dann sind wir aber doch am Ende genau bei dieser Rechnung, und dann sagen Sie doch gleich, daß Sie eine große Neigung verspüren – und dies im Ministerium auch vorbereiten –, dem Strompreiserhöhungsantrag der Schleswag stattzugeben. Was soll dann der Antrag der Bündnisgrünen, die diese Landesregierung hier mit stellen?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Sager, nun machen Sie doch einmal klipp und klar eine politische Aussage: Sind Sie als CDU für die Preiserhöhung oder nicht? Das ist doch ganz einfach! Wollen Sie den Schleswig-Holsteinern das Fell über die Ohren ziehen oder nicht?)

– Also, die Formulierung „das Fell über die Ohren ziehen" ist ja wirklich haarsträubend.

(Anhaltende Unruhe)

– Habe ich jetzt noch das Wort?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager!

Reinhard Sager [CDU]:

Danke schön, Herr Präsident! – Wenn ich es richtig sehe, befinden wir uns jetzt nicht in einer Fragestunde, die sich auf Abgeordnete bezieht. Sie haben diese Debatte hier angeregt und versuchen, der Öffentlichkeit zu suggerieren, Sie seien gegen den Strompreiserhöhungsantrag, während Ihre Politik im Gegenteil genau darauf hinausläuft,

(Beifall bei der CDU)

den Strom teurer zu machen. Das ist es doch.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie mit noch so vielen Worten hier nicht zu negieren versuchen.

Es ist auch eine Mär, daß die Windenergielasten nicht zu einer Kostenbelastung für die Schleswag beitragen. 80 Millionen DM Mehrkosten allein im Jahre 1996 aus dem Bezug von **Windenergie** stehen doch zu Buche! Im nächsten Jahr – das heißt im laufenden Jahr 1997 – wird wahrscheinlich sogar die Grenze von 100 Millionen DM überschritten werden. Dies ist doch ein Tatbestand, der nicht wegzuwischen ist. Dann müssen Sie aber ehrlicherweise auch sagen, Herr Hentschel – er ist bedauerlicherweise gerade hinausgegangen –, daß die Schleswag den Windstrom auch zu jeder Zeit abnehmen muß, ob er nun verwendet werden kann oder nicht. Dies ist doch ebenfalls in der Kostenrechnung enthalten. Dies bedeutet 80 Millionen bis 100 Millionen DM, die zusätzlich auf unseren Stromkosten lasten. Deshalb drängen wir so sehr auf die Verteilung.

Die Härteklausel bringt uns – das möchte ich zum Schluß noch sagen, Herr Minister Möller – auch nicht sehr viel weiter, weil sie im Grunde genommen nur darauf hinausläuft, die Kosten dann, wenn sie die 5 % überschreiten, an die PreussenElektra weiterzugeben. Da die PreussenElektra Vorlieferant ist und in der norddeutschen Tiefebene beheimatet ist, bleibt das Problem der Windlasten an uns hängen. Dies aber ist keine sachgerechte Lösung, wenn auch Ihre Initiative ansonsten schon in die richtige Richtung geht, daß wir nämlich zu einer gerechteren Verteilung kommen müssen.

Völlig unbeantwortet ist die Frage, ob auch der dänische Lieferant, der hier so positiv ins Visier genommen wurde, der große ELSAM-Konzern, sich dann ebenfalls an den Lasten aus der Windenergie in Schleswig-Holstein als Vorlieferant wird beteiligen müssen. Dies ist doch ebenfalls eine ganz spannende Frage.

Wenn Sie dies alles einbeziehen, kommen Sie doch zu völlig anderen Preisen als denen, die Sie uns hier heute weismachen wollen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht die PreussenElektra ja auch nicht!)

Das müssen wir hier fairerweise mit zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU – Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz im Tal der Ahnungslosen, richtig! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dort trefft ihr euch ja ständig!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einfach, weil hier doch langsam vieles ein bißchen durcheinandergeht, ein paar Dinge richtigstellen.

Frau Aschmoneit-Lücke, der **Konsens** zum **Stromeinspeisungsgesetz**, wie Sie ihn beschrieben haben, ist richtig, und da gibt es auch keine Differenzen.

Genauso ist auch der **Konsens** zum **Energiewirtschaftsrecht**, wie Sie ihn beschrieben haben – mit dem strittigen Punkt –, richtig. Aber nach meiner Meinung brauchen wir doch über diesen Punkt heute nicht schon zu diskutieren. Wir reden jetzt nicht über die geschlossenen Gebiete, Herr Sager; das können wir am Freitag trefflich machen.

Zum anderen möchte ich hier auch eine Unterstellung zurückweisen. Herr Matthiessen mag es gewesen sein, der vom **Umsatz** gesprochen hat. Insgesamt aber sind die **Gewinne** der Schleswag gestiegen und steigen immer noch. Die Rendite bezieht sich nun aber weiß Gott nicht auf die Umsätze.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Worauf denn sonst?)

Sie sprechen von dem „Aufsichtsratsmitglied Möller", das angeblich für Presseveröffentlichungen verantwortlich sei. Das habe ich hier keineswegs behauptet und wollte es auch nicht unterstellen. Die Arbeitsteilung in der Schleswag ist wohl etwas anders.

Und auch wenn Sie es hier zum drittenmal falsch darstellen, Herr Sager – ich wiederhole es erneut –: Wenn wir für höhere **Strompreise** sind, dann sind wir nicht für höhere Strompreise, um Schleswag, PreussenElektra oder wem auch immer zu einer Verbesserung ihrer Gewinne oder gar einer Verdoppelung zu verhelfen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Ergebnis ist das egal!)

sondern wir wollen dann – wie es Herr Minister Möller, wie es Herr Matthiessen, wie es Herr Hentschel gesagt hat und wie auch ich es vorhin gesagt habe – eine **Unterstützung umweltfreundlicher Technologien** insbesondere in der Energieerzeugung. Dies ist der Punkt. Alles andere – hören Sie doch damit auf – ist billige Polemik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch im Ergebnis egal!)

Und wenn Sie es zum fünftenmal sagen, wird es dadurch nicht richtiger. Wir lassen uns von Ihnen auch nicht so etwas Dümmliches unterstellen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, man kann hier niemandem unterstellen, Herr Sager, daß er hier beantragt hat, daß ELKRAFT den Strom auch verteilen soll. Selbstverständlich wird der Strom – ganz gleich, woher er kommt – entweder durch ein Stadtwerk oder durch die Schleswag verteilt, und dort fällt dann die Einspeisungsvergütung an. Nur hat eben die Schleswag, wenn sie billiger einkauft, geringere Einstandskosten und kann dann die Windenergiemehrkosten, soweit sie anfallen, besser auffangen. Das ist also ein Vergleich wie der von Äpfeln mit Birnen.

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist richtig! – Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun können wir hoffen, daß er das begriffen hat!)

Ich möchte es noch einmal betonen: Das sind zwei Paar Schuhe. Welche **Strompreiserhöhung** ist von den Kosten her unter Einbeziehung der **Windenergie** gerechtfertigt? Das ist die eine Sache. Dies wird sehr sorgfältig geprüft, und dazu muß man auch die Strombezugskosten kennen.

Der zweite Punkt, den ich angesprochen habe – das hat Herr Wodarz eben auch noch einmal gesagt –, ist folgender: Für die Finanzierung zum Beispiel der Windenergiekosten nicht nur in Schleswig-Holstein und nicht nur im Versorgungsgebiet der Preussen-Elektra wäre eine bundesweite **Stromsteuer** möglich gewesen. Dies ist ein Punkt. Wenn wir das Problem der Senkung der Lohnnebenkosten – jedenfalls durch die Beseitigung versicherungsfremder Leistungen – ernsthaft angehen wollen, halten wir eine Anhebung der Energiepreise für sinnvoller als zum Beispiel die Anhebung der Mehrwertsteuer. Das möchte ich Ihnen auch einmal sagen. Darin unterscheiden wir uns allerdings.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich noch einmal auf den konkreten Punkt des Windstromeinspeisungsgesetzes zurück. Ich habe nie gesagt, daß das Stromeinspeisungsgesetz und die Härteklausel die beste Lösung seien.

(Reinhard Sager [CDU]: Aha!)

Deswegen war ich ja für eine Stromsteuer – bis hin zum Vermittlungsausschuß – und dafür, daß man einen Teil abschöpft. Aber in der jetzigen Situation gehe ich davon aus, daß man eine umfassende Regelung – zum Beispiel, wie man die regenerativen Energien oder die Kraft-Wärme-Kopplung fördern will – nur im Rahmen der **Energierechtsreform** hinbekommt. Das dauert dann mit Sicherheit zwei Jahre. Zwei Jahre hat man ja aber auch Zeit, um das EU-Recht in nationales Recht umzusetzen. Für die Zwischenzeit ist das Stromeinspeisungsgesetz mit der

(Minister Claus Möller)

Härteklausel, wie wir sie formuliert haben, für Schleswig-Holstein eine sehr gute Lösung. Sie ist auch für PreussenElektra verkraftbar.

Sie brauchen sich nur einmal anzusehen, was für Preise für das Aktienpaket bei HEW gezahlt worden sind. Da sind doch diese 40 Millionen bis 50 Millionen DM, die auf PreussenElektra zukommen, Peanuts – so drücke ich es einmal aus –, und diesen Betrag können die auch für zwei oder drei Jahre wegstecken, bis wir ein ordentliches Energierecht haben. Das ist jedenfalls meine Meinung.

Ich biete auch – das habe ich auch den „Windmüllern" gesagt – die Bereitschaft an, im Rahmen der Diskussion des Stromeinspeisungsgesetzes am 30. Januar darüber nachzudenken, ob die Einspeisungsvergütungen für die großen neuen Anlagen in sehr windhöffigen Gebieten nicht etwas modifiziert werden können.

Man braucht nur einmal auf unsere Kompromißvorschläge einzugehen. Dann hätten wir überhaupt kein Strompreiserhöhungsproblem in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr erstaunlich!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch ultrakurz. Ich will auf einen Umstand hinweisen. Selbstverständlich ist es unser umweltpolitisches Ziel, den **Verbrauch** über ein hohes **Strompreisniveau** zu drücken. Ich glaube, das ist auch ganz vernünftig.

Herr Sager, wir werden gleich zum wiederholten Male eine sehr schwierige Debatte über die angespannte Lage der öffentlichen Finanzen führen. Wenn Sie sich bitte einmal vor Augen führen, daß die **Staatsquote**, bestehend aus Konzessionsabgabe, Mehrwertsteuer und anderen Steuern, die auf den Strompreis erhoben wird, bei uns ungefähr 6,4 Pf, in **Dänemark** aber 18,09 Pf beträgt, dann dürfte sicherlich auch Ihnen klar werden, daß es in der finanzpolitischen Verantwortung des Landes liegt, alles daranzusetzen, um zu solchen Energiesystemen zu kommen und zu verhindern, daß über unsere Preisaufsicht und unser Stromsystem eine Monopolrente fetter Privatunternehmen genährt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Regierungserklärung zur aktuellen Haushaltssituation des Landes

Ich erteile das Wort dem Minister für Finanzen und Energie, Herrn Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der gesamten Bundesrepublik sind die Steuereinnahmen in der zweiten Jahreshälfte, insbesondere im letzten Quartal 1996, abgestürzt. Herr Waigel kann ein Lied davon singen. Aber die Entwicklung hat auch das Land **Schleswig-Holstein** hart getroffen. Von dem **Defizit** in Höhe von 367 Millionen DM entfallen 211 Millionen DM auf Steuerausfälle. Dieses Defizit muß nach der Landeshaushaltsordnung 1998, es soll aber bereits 1997 zur Hälfte ausgeglichen werden.

Die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung, die die volle Unterstützung der Oppositionsparteien in diesem Hause hat – oder auch nicht; Herr Stritzl hat sich gestern zu einigen Steuerarten geäußert –, hat unser Land 1996 **Steuerausfälle** von fast 1 Milliarde DM gekostet. Wir haben 1996 genau 979 Millionen DM weniger Steuern eingenommen, als im Haushaltsentwurf aufgrund der Steuerschätzungen und Empfehlungen des Finanzplanungsrates veranschlagt worden sind. Erstmals lagen die reinen Steuereinnahmen des Landes vor Länderfinanzausgleich – das ist die Kennzahl für die Steuerkraft eines Landes – mehr als 122 Millionen DM unter denen des Vorjahres. Durch den Länderfinanzausgleich ist die Zahl etwas verbessert worden. Für diese Steuerausfälle mache ich die **Wirtschaftspolitik der Bundesregierung** verantwortlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

CDU/CSU und F.D.P. haben die höchste Arbeitslosigkeit seit Bestehen der Bundesrepublik zu verantworten.

Für diese Steuerausfälle mache ich die **Finanzpolitik der Bundesregierung** verantwortlich. Sie ist völlig konfus und unkalkulierbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese Steuerausfälle mache ich auch die **Steuerpolitik der Bundesregierung** verantwortlich. CDU/CSU und F.D.P. haben die Spitzenverdiener und die Besitzer großer Vermögen immer mehr von der Finanzierung des Staates freigestellt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Claus Möller)

Für 1996 haben wir die Einkommensteuer ursprünglich auf 785 Millionen DM veranschlagt. Tatsächlich sind nur 324 Millionen DM eingegangen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 50 % Sonder-AfA!)

Für 1996 haben wir die Körperschaftsteuer auf 989 Millionen DM veranschlagt. Tatsächlich sind nur 460 Millionen DM eingegangen. Das ist weniger als die Hälfte. Horoskope sind heute treffsicherer als die offizielle Steuerschätzung.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die sie selber machen!)

Deshalb, Herr Oppositionsführer, haben wir im April letzten Jahres eine eigene Steuerschätzung gewagt, die von Steuermindereinnahmen gegenüber der mittelfristigen Planung von mehr als 1 Milliarde DM ausging. Wir haben im Januar, April, Juni und November auf jedes Steuerloch mit **Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen** aktuell reagiert. Wir haben die **mittelfristige Finanzplanung** innerhalb eines Jahres trotz der neuen Koalition um 4,6 Milliarden DM gekürzt. Der Haushaltsentwurf 1997 liegt mehr als 1 Milliarde DM unter der alten mittelfristigen Finanzplanung.

Das Finanzministerium und ich haben im Oktober vor der ersten Lesung des Haushalts 1997 noch einmal die **Steuerentwicklung 1996** und den Haushaltsvollzug sorgfältig analysiert. Es gab von allen Ressorts die Zusage, die globalen Minderausgaben zu erwirtschaften.

Nach einem mäßigen ersten Halbjahr stiegen die Steuereinnahmen im August um 2,5 % und im September um 12,7 %. Es gab also Daten für einen vorsichtigen Optimismus, zumal für das dritte und vierte Quartal alle eine positive Entwicklung des Wirtschaftswachstums prognostiziert haben. Das ist im Vergleich zum ersten Halbjahr auch eingetreten.

Dennoch: Die letzte **Steuerschätzung** im November hat ein Minus von 103 Millionen DM gegenüber der Mai-Steuerschätzung prognostiziert. Tatsächlich waren 211 Millionen DM weniger in der Kasse. Wohl nie zuvor gab es von Monat zu Monat so große Schwankungen der **Steuereinnahmen** wie in diesem Jahr. Allein der üblicherweise gute Steuermonat Dezember brachte ein Minus von 10,6 % gegenüber dem Vorjahr. Dies ist auf zwei Besonderheiten zurückzuführen, über die ich im Finanzausschuß gesprochen habe. Überraschenderweise mußte, nachdem wir in den ersten Quartalen Umsatzsteuer erhalten haben, eine Rückzahlung von 86 Millionen DM geleistet werden; in einem Steuerfall, in dem es um ein großes Volumen ging, ist die Steuerschuld auf Null festgesetzt worden. Ich glaube, die Entscheidung über die Abschaffung der Vermögensteuer – dabei geht es um 9 Milliarden DM; auch darüber haben wir im Finanzausschuß gesprochen – hat zu einem weiteren Boom bei der Flucht in Abschreibungsprojekte geführt, und das alles Ende des Jahres; sonst wäre die Situation in den anderen Ländern nicht genauso.

Neben den Steuerausfällen in Höhe von 211 Millionen DM hatte das Defizit auch andere Ursachen, über die ich den Finanzausschuß und die Öffentlichkeit in der letzten Woche informiert habe. Hierfür trägt die Bundesregierung keine direkte Verantwortung. Aber die Ausgaben, zum Beispiel beim Wohngeld, haben sehr wohl etwas mit der **Sozialpolitik des Bundes** und einer **Verschiebung der Lasten** auf Land und Kommunen zu tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gilt auch für das Betreuungsgesetz, ein Bundesgesetz. Ich freue mich, daß unser Justizminister eine Bundesratsinitiative zur Novellierung dieses Gesetzes gestartet hat.

Zu den Ursachen gehören im einzelnen: 23,8 Millionen DM unvorhersehbare **überplanmäßige Ausgaben** im vierten Quartal; 53 Millionen DM **Einnahmeausfälle** in den Bereichen Justiz, Umweltabgaben und Kirchensteuergebühren, wobei gerade der erste Brocken, der die Justiz betrifft, kaum nachvollziehbar ist. Auch ist nicht zu leugnen, daß wir bei den **Personalkosten** keine Einsparungen in dieser Größenordnung erreicht haben. Das liegt natürlich daran, daß wir den Schulbereich ausgenommen haben. Ich hätte einmal die Opposition hören wollen, wenn ich Mitte des Jahres eine Wiederbesetzungssperre in den Hochschulen verhängt hätte.

Der überproportionale **Abbau von Haushaltsresten** hat ebenfalls zu dem 96er Defizit beigetragen. Die Ressorts – leider haben es noch nicht alle getan – melden gerade in diesen Tagen die genaue Zahl. Wir gehen davon aus, daß neben den Resten in Höhe von 50 Millionen DM, die der Finanzminister zu Beginn des Jahres kassiert hat, weitere Reste in Höhe von etwa 100 Millionen DM abgebaut worden sind. Der Abbau von Resten ist im Prinzip positiv zu bewerten. Parlament und Rechnungshof haben die zu hohen Haushaltsreste der letzten Jahre immer wieder kritisiert. Der Resteabbau hat auch ganz konkret Arbeit und Beschäftigung gesichert. In den verschiedensten Investitionsfeldern, die ich nicht aufführen will, wäre es, hätten wir die Reste gesperrt, zu Bauverzögerungen, zu Baustopps gekommen. Der Resteabbbau hat natürlich auch dazu beigetragen, daß wir Bundesmittel – GA-Mittel, Mittel der Bundesanstalt für Arbeit oder EU-Mittel – haben binden können. Was hätte wohl Herr Austermann gesagt, wenn Schleswig-Holstein nicht alle Bundesmittel abgerufen hätte?

(Holger Astrup [SPD]: Das, was er jedes Jahr sagt!)

Im nachhinein stellt sich die Frage – diese stelle ich auch selbstkritisch –, ob die dezentrale Bewirtschaftung der Haushaltsreste durch die Ressorts, nachdem ich 50 Millionen DM kassiert hatte, im Juni hätte korrigiert werden können oder müssen. Ich habe dar-

(Minister Claus Möller)

aus Konsequenzen für den **Haushaltsvollzug 1997** gezogen: Reste und Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur mit meiner Zustimmung freigegeben werden.

Darüber hinaus wird es Verbesserungen im **Controlling** des Haushaltsvollzugs zwischen Finanzministerium und Fachressorts geben. Bei zunehmender Budgetierung ist gerade dieses Controlling wichtiger denn je. Sie alle wissen: Das Time-lag bei Ist-Listen der Datenverarbeitung und tatsächlichen Mittelbindungen erfordert, daß die Datenverarbeitung zeitnäher erfolgt. Diese Konsequenzen werden für 1997 gezogen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ist angetreten, den politischen Handlungsspielraum des Landes für die Zukunft zu erhalten und die Reformpolitik fortzusetzen. In der Konsequenz bedeutet das sowohl kurzfristige, also noch in diesem Jahr wirksame **Haushaltsentlastungen**, als auch strukturelle Einschnitte, die in den Jahren ab 1998 zu dauerhaften Entlastungen führen müssen.

Einsparungen in Höhe von 185 Millionen DM werden wir im Haushalt 1997 über eine Nachschiebeliste realisieren können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 50 Millionen DM Einsparungen!)

– Ich habe gesagt: **Haushaltsverbesserungen**. Ich weiß, daß es für Sie bei den Haushaltsberatungen nicht einfach ist, mit einer Nachschiebeliste zu arbeiten. Aufgrund der Eckwerte sinkt die Steigerungsrate auf minus 1,8 %. Die Investitionsquote steigt zwar um ein Zehntel, die Personalkostenquote aber leider auch.

Die wesentlichen Posten sind genannt worden. Ich denke, es geht um zwei wesentliche Posten im Verwaltungsapparat selbst. Das heißt: 22,5 Millionen DM zusätzliche **Personalkosteneinsparungen** durch eine flexible Ausweitung der **Wiederbesetzungssperre**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben Sie!)

Ausnahmen sind wieder Schulen und Hochschulen. Erreicht wird dies auch durch Verschiebungen der Beförderungen: Am 1. Januar waren welche möglich; die nächsten sind am 1. Oktober 1997 möglich.

Wir haben die Verbindlichkeit der Personalkosten für die Ressorts festgelegt. Davon kann nur mit Zustimmung des Finanzministers abgewichen werden. Es ist das erste Jahr dieser verbindlichen **Personalkostenfestsetzung**. Ich weiß aus Gesprächen mit Ressortkollegen, daß dieses erste Jahr sicher nicht einfach wird. 31 Millionen DM werden durch Kürzung der **sächlichen Verwaltungsausgaben** eingespart. Auch in diesem Punkt sind die Hochschulen ausgenommen. Bei der Christian-Albrechts-Universität haben wir uns auf ein Budget geeinigt.

21 Millionen DM werden durch **Kürzung nichtinvestiver Ausgaben** eingespart. Das ging durch die Presse. Hierum ist in der Koalition am härtesten gerungen worden.

12 Millionen DM dieser Kürzungen sind konkretisiert, 9 Millionen DM sind noch global. Ich gehe davon aus, daß sie im Laufe der Haushaltsberatungen teilweise noch aufgelöst werden. Ich will nur ein paar nennen: keine Kapitalaufstockung bei SHMF und Stiftung Naturschutz, Verzicht auf Kinder- und Flüchtlingsbeauftragte im Jahre 1997, Anpassung bei der Werfthilfe und ASH beim Mittelabfluß. Dafür verbleiben für ASH immer noch 6 Millionen DM mehr als im Ansatz des Vorjahres.

11 Millionen DM werden durch **Senkung der Zinsausgaben** eingespart. Der zweite Länder-Jumbo war ein guter Erfolg.

20,9 Millionen DM entfallen gesetzmäßig auf den **kommunalen Finanzausgleich**. Das ist kein großes Abwälzen, das ist Gesetz. Gleichwohl verstehe ich die Sorge der Kommunen, die mit 15 % an dem Einbruch der Einkommensteuer beteiligt sind. Sie haben gestern ja zur **Funktionalreform** bei einem fairen Lastenausgleich gesagt. Ich denke, nur unter solchen Bedingungen werden wir zu Erfolgen in der Funktionalreform kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

14 Millionen DM werden durch Aussetzung der Zuführung an den **Pensionsfonds** eingespart. Ich höre schon, was Herr Kubicki nachher dazu sagen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nichts!)

Es bleiben 120 Millionen DM in dieser Rückstellung. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß wir, da wir erstmals über 1 Milliarde DM Versorgungskosten haben, Vorsorge für die Jahre 2010 und folgende treffen müssen.

Ich habe nicht für möglich gehalten, welche Bewegung in die Diskussion des öffentlichen Dienstrechts gekommen ist. Am 29. Januar werden wir im Vermittlungsausschuß darüber entscheiden. Dann werden auch, wie ich meine, konstruktive Gespräche über den Versorgungsbericht geführt. Es gibt verschiedene Modelle. Rheinland-Pfalz hat ein Vorsorgemodell, Herr Kanther hat eines vorgeschlagen, wir haben eines. Wir meinen nicht, nur unser Modell sei der Weisheit letzter Schluß. Vielleicht schafft man aus diesen drei Modellen im Laufe dieses Jahres ein gemeinsames. Dann ist es auch gerechtfertigt, daß wir die weiteren Zuführungen zunächst aussetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

5 Millionen DM werden durch Kürzung der **Bauunterhaltungskosten** eingespart. 30 Millionen DM kommen aus **Grundstücksverkäufen**, die natürlich über den Grundstock laufen. Der Grundstock wird nicht völlig aufgelöst. In dieser Situation werden wir

(Minister Claus Möller)

uns den Grundstock als stille Reserve aber nicht leisten können.

Außerdem wollen wir ein weitgehendes Ausschöpfen der **Kreditaufnahmegrenze** erreichen. Aber allen Unkenrufen zum Trotz: Auch der Haushalt 1996 entsprach der Landesverfassung. Wir sind nicht über die Kreditaufnahmegrenze hinausgegangen. Im Gegenteil: Es sind noch 40 Millionen DM Luft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In diesem Jahr!)

Weitere strukturelle Sparmaßnahmen hat die Koalition fest eingeplant. Sie müssen sorgfältig beraten werden und konnten nicht innerhalb einer Woche übers Knie gebrochen werden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Im zehnten Jahr!)

Beschlossen ist, daß die **Modernisierung der Verwaltung** fortgesetzt wird. Das ist ganz wichtig hinsichtlich der Basis der Aufgabenanalyse und der Aufgabenkritik, die im ersten Halbjahr abgeschlossen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich muß über die Funktionalreform gesprochen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will hier eines noch einmal ganz deutlich sagen: Bei allen richtigen Entscheidungen hinsichtlich der aktuellen Situation im **Hochschulbereich**, die wir im Kabinett getroffen haben und die hoffentlich auch im Landtag getroffen werden, kommen wir um eine von der Ministerin bereits eingeleitete dringende **Strukturreform** in unseren Hochschulen und Hochschulkliniken nicht herum.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, daß hierzu im ersten Halbjahr Ergebnisse vorliegen.

Je schwieriger die Haushaltslage ist, desto wichtiger ist es, daß sich die Strukturen ändern und die Lasten gerecht verteilt werden. Im Jahre 1997 wird nach den Prognosen des Sachverständigenrats und der Forschungsinstitute das reale Wachstum des **Bruttoinlandprodukts** um 2,5 % steigen. Man geht von einer Produktivitätssteigerung um 3 % aus. Im Klartext heißt das: Die Arbeitslosigkeit wird erneut steigen, weil die Bundesregierung nichts Entscheidendes dagegen unternimmt.

Wir wollen jedenfalls unseren Teil dazu beitragen, von der Binnenkonjunktur in Schleswig-Holstein zu retten, was zu retten ist. Deshalb halten wir das Investitionsniveau. Deshalb gehen wir auch an die Grenze der Kreditaufnahme der Landesverfassung.

Ich denke, wir halten trotz dieser Maßnahmen weiterhin an den politischen **Schwerpunkten**, die die Ministerpräsidentin in der **Regierungserklärung** nach der Regierungsneubildung gesetzt hat, fest. Wir sparen die Schulen und Hochschulen nicht kaputt, nicht die Werften und nicht den Umweltschutz, nicht die Polizei, nicht den Wohnungsbau und auch nicht unsere Arbeitsmarktpolitik. Der Schulbereich ist von allen Kürzungen ausgenommen. Man kann es nicht häufig genug sagen: Es gibt wenige Länder, die in diesem und im nächsten Jahr zusätzliche Lehrer einstellen. Wir erwarten allerdings auch einen Beitrag von den Lehrern selbst, für die die Finanzministerin verhandelt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Welche Finanzministerin? – Holger Astrup [SPd]: Bildungsministerin!)

– Ich bitte um Entschuldigung; ich habe mich versprochen. Die Bildungsministerin führt die Gespräche.

Die Einbeziehung der Schulen in die Wiederbesetzungssperre hätte einen Verlust von 230 Lehrerstellen bedeutet. Die zusätzlichen 150 Stellen wären mehr als kompensiert gewesen. Meiner Meinung nach sollten die Lehrer auch wissen, was es bedeutet, wenn sie ausgenommen sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land wird 1997 bei einem negativen Wachstum von 1,8 % des Haushalts im Schulbereich 3 % mehr ausgeben.

Willy Brandt hat einmal gesagt: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Es gibt heute – da will ich nicht mißverstanden werden – keine Alternative zur Haushaltskonsolidierung, zum Schuldenabbau, zur Verwaltungsmodernisierung, zur Funktionalreform und auch immer wieder zur Überprüfung, welche Aufgaben der Staat wirklich selbst machen muß. Die derzeitige Einnahmesituation führt aber direkt zum Thema: **privater Reichtum** und **öffentliche Armut**. Björn Engholm hat immer gesagt: Marmor in jedem Schuhladen, aber in den Schulen blättert der Putz von den Wänden.

Mich treibt es wirklich um, wie wir die Qualität der erforderlichen öffentlichen Infrastruktur wirklich sichern wollen. Schulen und Universitäten, Straßen und Schienen, Umweltschutz, Technologie, Städtebau und Wohnung sowie die soziale Infrastruktur von Kindergärten bis hin zu Altersheimen sind der Hintergrund, vor dem wir die derzeitige Steuerpolitik der Bundesregierung kritisch beurteilen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin sehr dankbar, daß der frühere Ministerpräsident dieses Landes und CDU-Ehrenvorsitzende, Dr. Stoltenberg, sicher auch aus diesem Grund vor allzu großen Versprechungen im Zusammenhang mit der geplanten **Steuerreform** gewarnt hat.

Man kann von Herrn Stoiber halten, was man will, aber er hat doch Recht, wenn er auf die soziale Verteilungswirkung der Steuerreform eingeht und es für einen Skandal hält, wenn seine Haushaltshilfe über

(Minister Claus Möller)

die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Abbau seines Solidarzuschlags bezahlen müßte.

(Beifall bei der SPD)

Darüber werden wir in diesem Jahr diskutieren müssen.

Fakt ist: Wer richtig reich ist, zahlt ab 1. Januar keine **Vermögensteuer** mehr. Das haben CDU und F.D.P. durchgesetzt. Uns fehlen 255 Millionen DM. Man könnte tatsächlich zynisch sagen: Steuerland ist abgebrannt. Ich will einmal ein Beispiel für die Vermögensteuer nennen: Wer beispielsweise als vierzigjähriger verheirateter Unternehmer mit zwei Kindern unter 18 Jahren einen Gewerbebetrieb mit einem Steuerwert von 2 Millionen DM und ein Wertpapierdepot mit festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 1 Million DM besessen hat, der hatte 10 425 DM Vermögensteuer zu zahlen. Ich frage mich: Ist das eine soziale Härte, oder wäre es eine soziale Härte, wenn die Freibeträge deutlich erhöht worden wären? Nach dem SPD-Entwurf hätte dieser Steuerpflichtige nämlich nur 5000 DM zu zahlen gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wäre es nicht wirklich sinnvoller gewesen, auf den SPD-Vorschlag einzugehen, die betriebliche Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer abzuschaffen, dafür die Gewerbeertragsteuer im Grundgesetz abzusichern und die private Vermögensteuer zumindest zu erhalten?

(Beifall bei SPD und SSW)

Dann hätte dieser Steuerpflichtige, den ich Ihnen abstrakt vorgestellt habe, 3000 DM Vermögensteuer zu zahlen gehabt. Ich sehe darin keine soziale Härte und keine Gefährdung des Standorts Deutschland.

Beide Aspekte, die Finanzierbarkeit staatlicher Zukunftsleistungen und soziale Gerechtigkeit, sind für die Landesregierung von überragender Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Unter diesen beiden Aspekten werden wir die Vorschläge der Bundesregierung zur Steuerreform beurteilen. Dabei ist für uns die Senkung des Eingangssteuersatzes unter 20 % wichtiger als die Höhe der Absenkung des Spitzensteuersatzes.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es tatsächlich zu der in der CDU diskutieren Nettoentlastung in Höhe von 30 Milliarden DM bei der **Einkommensteuer** kommt, führt dies in Schleswig-Holstein allein beim Land zu Einnahmeverlusten von jährlich zwischen 450 und 500 Millionen DM, von denen auf die Kommunen ebenfalls 15 % entfallen.

Wir haben die **mittelfristige Finanzplanung** innerhalb des letzten Jahres um 4,6 Milliarden DM gekürzt. Nur wenn man die November-Steuerschätzung und das Steuer-Ist in der mittelfristigen Finanzplanung fortschreibt, werden wir weit über 1 Milliarde DM aus dem derzeitigen Entwurf der mittelfristigen Finanzplanung streichen müssen. Wir werden mit aller Kraft versuchen, die Eckwerte der mittelfristigen Finanzplanung zu halten, das heißt Abbau der Neuverschuldung bis zum Jahr 2000. Dazu, ob wir das dann aber trotz aller Haushaltskürzungen und aller strukturellen Eingriffe unter Einbeziehung dieses Steuerkonzepts der CDU schaffen, wage ich heute keine Aussage zu treffen. Deshalb bin ich auch gegen dieses Konzept.

Sie wissen, daß ich in der Vergangenheit auch in schlechten Zeiten immer noch das Gute gesehen habe und gesagt habe: Dat har noch leger warn kunnt! Heute muß ich Ihnen sagen: Nu is dat ganz leg worn. Das ist bitter; das zwingt die Regierung zu einer weiteren Konzentration auf das, wofür dieses Koalition angetreten ist: Arbeitsplätze schaffen, Bildung sichern, Umwelt schützen und vor allem soziale Gerechtigkeit wahren.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne die Aussprache. – Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn eine Feststellung, an der mir viel liegt und die vielleicht auch von einer gewissen Bedeutung ist: Der Herr Landtagspräsident hält ein gewisses Stück an Gemeinsamkeit bei aller sonst notwendigen demokratischen Kontroverse für richtig. Ich teile diese Ansicht. Wir stehen zur Verfügung – das habe ich schon anläßlich meiner Antrittsbesuche seinerzeit bei Herrn Engholm und dann bei Frau Simonis betont –, wenn gemeinsam etwas zum Wohle des Landes bewegt werden kann. Das ist eine selbstverständliche Position.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir machen keine Totalopposition. Wir meinen allerdings, daß bei entsprechenden Bemühungen die **Landesregierung** und die sie tragende **Koalition** eine Bringschuld haben. Dort kann ich aber vergleichbare Ansichten nicht erkennen. Die Spitzen beider Regierungsfraktionen wollen so etwas nicht. Darauf bezieht sich auch der zusammenfassende Satz in der Presse vom 10. Januar: „Das Interesse an breiten Mehrheiten, um schwierige Sachfragen zu lösen, sei gering." Dann müssen die Landesregierung und die rot-grüne Koalition auch ihrer Verantwortung gerecht werden.

Frau Simonis, in diesem Zusammenhang danke ich Ihnen für eine wichtige Klarstellung, die ich heute morgen den „Kieler Nachrichten" entnommen habe.

(Dr. Ottfried Hennig)

Sie lehnen jede andere als die gegenwärtige Koalition für Schleswig-Holstein rigoros ab. Damit ist klar

(Wolfgang Kubicki F.D.P.: Wir auch!)

– das sehen wir nicht anders, aber sie hat es anders gesehen –: Sie persönlich stehen jetzt uneingeschränkt für Rot-Grün. Damit haben Sie auch Ihr politisches Schicksal mit dem rot-grünen Bündnis untrennbar verknüpft. Wenn Rot-Grün in Kiel auseinanderbricht, ist damit auch Ihre politische Karriere am Ende.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sollen wir damit anfangen?)

Die grünen Frösche haben durch die Ministerpräsidentin früher eine andere Einschätzung erfahren.

Zweite Bemerkung: Die Ministerpräsidentin tut das Gegenteil. Sie beschimpft, verleumdet und verdammt **Bonn**. Wir haben eben eine weitere Fortsetzung auf vielen Seiten dieser **Regierungserklärung** durch den Finanzminister erfahren.

(Zurufe von der SPD)

Das ist geradezu ihre Lieblingsbeschäftigung.

Ich stelle dem folgende, nachweisbar richtige Fakten über die Entwicklung der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften gegenüber.

Ich glaube, sie sind wirklich eindrucksvoll. Der **Bund** hatte 1992 **Steuereinnahmen** in Höhe von 352 Milliarden DM; 1996 waren es noch 340 Milliarden DM, und 1997 werden es nach der Steuerschätzung vom November 344 Milliarden DM sein. – Das ist also in diesen insgesamt sechs Jahren ein deutliches Minus – so die klare Bestandsaufnahme.

Die entsprechenden Zahlen für die Kommunen lauten 93,3 Milliarden DM in 1992 und 94 Milliarden DM in 1996. – Das bedeutet eine ziemliche Stagnation.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür hat der Bund erhebliche Lasten abgewälzt!)

Bei den **Ländern** – wenn ich das gesagt haben werde, wiederholen Sie vielleicht den Zwischenruf –

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gern!)

sind es 251,3 Milliarden DM in 1992 gewesen, 330,5 Milliarden DM in 1996 und nach der Steuerschätzung 335,9 Milliarden DM in 1997. – Also ein riesiges Plus von 33,6 % im gleichen Zeitraum.

Frau Ministerpräsidentin, schon hieraus ergibt sich zwingend: Sie haben in einer ganz unglaublichen Weise nicht nur nicht gespart, Sie sind keine Sparkommissarin, sondern Sie haben das viele zusätzliche Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

zunächst für rote und jetzt für rot-grüne Fisimatenten, Sonderwünsche und Luxusartikel.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben keinerlei Vorsorge getroffen. Im Gegenteil! Im Vergleich von 1992 zu 1996 haben die Länder ein Plus von 79 Milliarden DM. Wo sind die geblieben, Frau Simonis?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Worauf gründet sich Ihre Rechnung? – Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Nein, das ist kein Rechenfehler. Das ergibt sich sehr klar aus Unterlagen, an deren Erstellung die Landesregierung beteiligt ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen, daß die Steuereinnahmen in Schleswig-Holstein gesunken sind!)

Dritte Bemerkung! Wenn wir von der CDU, von der CSU oder von der F.D.P. Einsparungen und **Systemumbau** vornehmen, dazu auch Unpopuläres in Angriff nehmen, wird von der SPD in Bonn im Bundestag und im Bundesrat nur blockiert und über Sozialabbau oder gar sozialen Kahlschlag lamentiert, ohne daß überhaupt zielführende Alternativen vorgelegt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Jeder Bürger weiß doch heute, daß das Gesamtsystem aller **Versorgungsleistungen** so wie bisher nicht mehr funktionieren kann und im Sinne von mehr Eigenverantwortung reformiert werden muß. Das weiß jeder Bürger unseres Landes.

Wenn man die Leute fragt, ob wir lieber da oder dort einsparen, Beiträge erhöhen, Leistungen senken oder Ansprüche abbauen sollen, dann sagen Sie als Betroffene dazu ein klares natürliches Nein. Wenn man Sie aber fragt, ob denn einfach alles so weitergehen soll, bis das System zusammenbricht, dann sagen Sie wiederum nein. Das kann für mich nichts anderes heißen als: Die Bürger wollen politische Führung,

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

keine soziale Gesundbeterei. Statt populärer Versprechungen und der Verteilung nicht mehr finanzierbarer Wohltaten suchen sie ehrliche Perspektiven.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen wollen alle den Waigel weghaben! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

– Der Unterschied zwischen der Landesregierung und mir, Herr Rossmann, liegt im Moment darin, daß ich

(Dr. Ottfried Hennig)

über Schleswig-Holstein spreche, während Herr Möller vorwiegend über Bonn gesprochen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bürger suchen ehrliche Perspektiven. Darum frage ich Sie, Frau Simonis: Wo sind Ihre ehrlichen Perspektiven für Schleswig-Holstein, für die mittelfristige Sanierung der Staatsfinanzen, für die solide Finanzierung des unabweisbar Notwendigen ohne jeden rot-grünen Zusatzquatsch? Wo sind sie? – Die **Regierungserklärung** – es war eine Erklärung Ihrer gesamten Regierung – hat dazu wenig bis nichts enthalten.

Kaum ist das Defizit 1995 gerade noch den Vorschriften entsprechend rechtzeitig in den Haushaltsentwurf 1997 eingearbeitet worden, versucht uns der Finanzminister mit seiner Regierungserklärung wortreich klarzumachen, woran es denn diesmal gelegen hat, daß 1996 ein Rekordhaushaltsloch von fast 370 Millionen DM entstanden ist. Seine in immer kürzeren Abständen auftretenden Haushaltslöcher haben nun ihre Ursache – das sagt er so – mal in der Konjunktur – in der Tat! –, mal in der deutschen Einheit, mal ist es der böse Steuerzahler, und im Zweifel sind es immer Bonn und der Rest der Welt.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Von Einsicht in eigene Fehler und Eingeständnis von Versäumnissen keine Spur!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Als Finanzministerin und anschließend als Ministerpräsidentin waren Sie, Frau Simonis, ein stets gern gesehener Gast und Interviewpartner in Talkshows und Magazinsendungen von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen! – Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das ist schon länger her! – Zurufe von der SPD)

Mit schneller Zunge und kessen Sprüchen wußten Sie im Nu alle Wirtschafts- und Finanzprobleme in Deutschland zu lösen. Viele waren beeindruckt. Derweil ging der eigene Landeshaushalt in Schleswig-Holstein den Bach hinunter.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Die kessen Sprüche wurden weniger, Talkshows bleiben aus, und nun stehen wir vor den Trümmern. Sie, Frau Simonis, halten sich vornehm zurück und schicken Ihren Finanzminister mit einer Regierungserklärung ins Rennen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es ist wohl richtig, daß die Ursachen für dieses Defizit nicht nur in der **Haushaltswirtschaft** des Landes liegen. Das ist sicherlich richtig.

(Holger Astrup [SPD]: Worin denn dann?)

Aber allein die vom Landesfinanzminister vorgelegte Übersicht der einzelnen unvorhergesehenen Haushaltsbelastungen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unvorhergesehene?)

macht deutlich, daß sicherlich auch zahlreiche hausgemachte Gründe für dieses Finanzdebakel zuzugestehen sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ihr Haushaltsdefizit, lieber Herr Möller, heißt im Klartext auch, daß in besseren Jahren total verantwortungslos drauflosgewirtschaftet worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Dabei sieht schon die **Landeshaushaltsordnung** zahlreiche Möglichkeiten vor, im Laufe des Jahres korrigierend einzugreifen: Mit Nachtragshaushalten, mit haushaltswirtschaftlichen Sperren und Genehmigungsvorbehalten des Finanzministers sowie mit einer permanenten Beobachtung der Personalkostenentwicklung und der Steuereinnahmen kann der Haushalt stets rechtzeitig den finanzwirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Aber nein, nichts von alledem! Es wurde munter drauflosgewirtschaftet. Man – oder „frau" – ist ja Finanzexperte.

Die zu erwartenden Steuereinnahmen wurden viel zu optimistisch eingeschätzt. Ich will Ihnen dafür ein Beispiel nennen, Herr Möller, das Sie sehr gut kennen. Selbst die Kirche lag richtiger.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wie den „Kieler Nachrichten" vom 15. Januar zu entnehmen ist, ging „der Kelch dramatischer Steuerausfälle an der Nordelbischen Kirche vorüber". Anders als Finanzminister Möller habe sich der Steuerreferent der Nordelbischen Kirche, von Heyden, nicht auf die zunächst noch optimistischen Prognosen des **Arbeitskreises Steuerschätzungen** verlassen. – Er hat sich nicht darauf verlassen!

(Reinhard Sager [CDU]: Hört, hört!)

Und jetzt kommt die Pointe, meine Damen und Herren: Ausgerechnet vom Synodalen Möller habe er sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen müssen, bei den Steuererwartungen mit Horrorzahlen zu operieren. – Wie sich heute zeigt, war sein Pessimismus völlig berechtigt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Möller, hätten Sie doch – wenn schon nicht auf die Opposition – zumindest auf die Kirche gehört!

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sicher ist die derzeit schwierige wirtschaftliche Lage im Land nicht ohne Auswirkungen auf die **Einkommen- und Körperschaftsteuern** 1996 geblieben.

(Dr. Ottfried Hennig)

Aber in den Presseerklärungen schon einmal die geplante Abschaffung der Vermögensteuer zu nennen und dies heute praktisch als einen wesentlichen offenkundigen Grund in der Regierungserklärung zu benennen, das hat nun wirklich nichts mit dem Defizit von 1996 zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Im übrigen wissen Sie genau wie wir, daß es sich hier um eine Forderung des Bundesverfassungsgerichts handelt, die nicht unmaßgeblich auch zu der von allen geforderten Entlastung der Wirtschaft beiträgt.

Hier muß man noch einmal die Steuereinnahmen der vergangenen Jahre in Schleswig-Holstein einblenden: 1987 betrugen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben – letztes Regierungsjahr der Union in Schleswig-Holstein – rund 6,2 Milliarden DM. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation waren es 1996 9,5 Milliarden DM. Während der Anteil des Bundes am gesamten Steueraufkommen gesunken ist, stieg der Anteil der Länder sogar auf 43,1 %.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wir haben ja auch mehr Länder! Mein Gott!)

– Ja, das ist wieder eine fabelhafte Ausrede. Die **deutsche Einheit** ist schuld. Mit der Wahrheit hat das in diesem Zusammenhang überhaupt nichts zu tun, denn es geht um die Steuereinnahmen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] – Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das war schon Helmut Schmidts große Ausrede: Anderswo ist es schlimmer. Dem ist er am Ende zum Opfer gefallen.

Wenn ich Ihnen hier die Steuereinnahmen des Landes Schleswig-Holstein mit damals 6,2 Milliarden DM und jetzt 9,5 Milliarden DM vor Augen führe, dann können Sie doch nicht dazwischenrufen: „Deutsche Einheit; inzwischen gibt es mehr Länder." Welch ein Unsinn!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

In den Jahren dazwischen – mit beachtlichen Steigerungsraten – war also Zeit genug, Frau Ministerpräsidentin, dem Ruf als Sparkommissarin alle Ehre zu machen und die **Verschuldung des Landes**, vor allem die jährliche **Nettokreditaufnahme**, spürbar zurückzuführen.

Nichts von dem ist geschehen. Es wurde immer munter Geld ausgegeben – in Abwandlung eines alten guten Sprichwortes offenbar nach dem Motto: Spar in der Not, dann hast du Zeit dafür.

Gleichzeitig wurden notwendige und sinnvolle **Investitionen in die Gebäudesubstanz** des Landes sträflich vernachlässigt. Jetzt werden dort noch einmal 5 Millionen DM eingespart. In den **Hochschulen** und in den Polizeigebäuden fällt der Putz von den Wänden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

An dieser Stelle möchte ich die größte Ungeheuerlichkeit Ihrer Regierungserklärung beim Namen nennen. Sie besteht aus den Worten: „Die Hochschulen sind von Sachmittelkürzungen ausgenommen."

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! – Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

– Was für eine rabulistische Verdrehung der Wirklichkeit. Es ist gerade das Gegenteil der Fall. Es ist nämlich so, daß in Ihrem Haushaltsentwurf 1997, der seine zweite Lesung noch nicht erfahren hat, Kürzungen bei der CAU in den zentralen Sachmittelhaushalten von 13 Millionen DM auf 11 Millionen DM vorgesehen sind und bei der FH in Kiel von 1,35 Millionen DM auf 0,915 Millionen DM.

(Thorsten Geißler [CDU]: So ist die Realität!)

Trotzdem stellen Sie sich hier hin und sprechen davon, daß Sachmittelkürzungen ausgenommen sind. Damit meinen Sie die zweite Verschlimmerung der Geschichte, da ist das vielleicht ausgenommen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die Nachschiebeliste, ja!)

Insgesamt haben die Hochschulen netto viel weniger Geld zur Verfügung, deshalb ist der Satz falsch.

(Beifall bei der CDU)

In manchen Schulen regnet es durch und die **Universitätsbibliothek** ist von der Schließung wegen schwerwiegender Brandschutzmängel bedroht. Erst unter diesem Druck haben Sie sich zu einem Leasing-Neubau entschlossen und damit weitere Belastungen auf künftige Generationen verschoben.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Sie hätten frühzeitig Vorsorge treffen können, daran besteht doch kein Zweifel!

(Beifall bei der CDU)

Die sonstigen unerwarteten **Einnahmeausfälle**, von denen der Finanzminister spricht, sind bei genauerer Betrachtung gar nicht so unerwartet. Die Einnahmen waren einfach viel zu hoch angesetzt.

Wie von Fachleuten nicht anders erwartet, waren die Einsparungen bei den **Personalausgaben** so natürlich überhaupt nicht zu erzielen. Verwaltungsreformen und Personalabbau anzukündigen, von Lean Management im Unternehmen Schleswig-Holstein zu reden, reicht eben nicht aus. Den vollmundigen Ankündigungen der letzten Jahre müssen nun endlich Taten folgen. Man muß daran erinnern, daß Sie schon im neunten Jahr regieren und sich erst im zehnten Jahr in einer Klausurtagung diesem Thema konkret nähern

(Dr. Ottfried Hennig)

wollen. Das ist doch nicht mehr auszuhalten, das kann so nicht mehr weitergehen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Statt Personal abzubauen, hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jahren 1987 bis 1997 von 63 376 auf 65 194 erhöht. Selbst der Haushaltsentwurf 1997 sieht noch zahlreiche zusätzliche Stellen in der Landesverwaltung vor,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der Staatskanzlei!)

obwohl vorher vollmundig eine Einsparung von 1600 Stellen versprochen worden ist. Das ist die Wirklichkeit im Lande!

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Zurufe von der CDU)

Die **Personalkostenquote** ist im Entwurf 1997 von 39,5 auf 39,7 % gestiegen. Nach der notwendigen Verringerung des Haushaltsvolumens, über die wir heute reden, werden wir 1997 sicherlich stolze 40 % erreicht haben.

Wenn sich das Fiasko bei den Personalausgaben nicht wiederholen soll, dann ist dringend eine zeitnahe realistische Berechnung der Personalkostenansätze erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Allein die Personalkostenansätze in den Einzelplänen für verbindlich zu erklären und außerdem noch nicht einmal **Verstärkungsmittel** im Einzelplan 11 vorzusehen, wird nicht reichen. Es ist heute schon abzusehen, daß es unter diesen Umständen auch 1997 zu beachtlichen überplanmäßigen Ausgaben kommen wird. Wir können darauf eine Wette eingehen, und Sie werden sehen, daß es eine unsolide Vorsorge ist, die Sie treffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es wird den Ressorts bei 111 Millionen DM globaler Minderausgaben kaum möglich sein, diese Mehrausgaben an anderer Stelle einzusparen.

Das Instrument der **globalen Minderausgabe** – alle reden von global –

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Global galaktisch!)

scheint inzwischen ein vorrangiger Bestandteil Ihrer Haushaltswirtschaft zu sein. Sie finden es ganz normal, dem Parlament einen eigentlich unausgeglichenen Haushalt vorzulegen und zu erklären, daß Sie mit Hilfe der globalen Minderausgaben irgendwie die fehlenden Beträge, irgendwo in den Ressorts, im Laufe der Jahre schon erwirtschaften werden.

(Zuruf von der SPD)

Die Haushaltsrechnungen haben bewiesen, daß das in den vergangenen Jahren nur mit mäßigem Erfolg gelungen ist.

(Zuruf von der F.D.P.)

Personalkostenberechnungen, die nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, die keine Vorsorge durch Personalverstärkungsmittel enthalten, und globale Minderausgaben von über 100 Millionen DM lassen schon jetzt für 1997 nichts Gutes ahnen.

Das nächste Defizit ist leider vorprogrammiert. Dann kommt die Grenze der Überschreitung des verfassungsmäßig Zulässigen nicht nur in Sicht, sondern dann wird sie – uns trennt nur noch eine einzige Million von dieser Summe – in diesem Jahr überschritten. Das ist der Offenbarungseid dieser Regierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Sie sagen, wir haben ja das Haushaltsjahr 1999, mit dem wir das Defizit wieder ausgleichen können. Verantwortungsbewußte Haushaltswirtschaft ist das ganz bestimmt nicht, Frau Simonis.

(Günter Neugebauer [SPD]: Jetzt kommt Ihr Vorschlag!)

Ein weiteres Beispiel dafür ist der **Resteabbau**, der allein mit 88 Millionen DM zum Defizit 1996 beigetragen hat. Auch diese Entwicklung kam nicht überraschend. Es ist nicht wahr, wenn man so tut. Im Finanzausschuß wurde von Vertretern des Landesrechnungshofes auf die Resteproblematik deutlich aufmerksam gemacht und an die Regierung die Frage gerichtet, ob die Finanzierung der Reste überhaupt gesichert sei. Der Finanzstaatssekretär hatte keine Bedenken – das wundert uns wenig – und verwies auf die **Restkreditermächtigung 1995**. Leider war die aber schon 1995 weitgehend zur Finanzierung umfangreicher Steuerausfälle verplant worden, so daß nur noch 173 Millionen DM zur Verfügung standen. Das konnte also gar nicht gut gehen und war vom Landesrechnungshof auch rechtzeitig erkannt worden. Der „Riesenstaatsmann" Lohmann hat das nicht erkannt oder bewußt verschleiert.

Mitte November 1996 – welcher tüchtige Mittelbewirtschafter verfügte da noch über ungebundene Haushaltsmittel – bekam auch die Landesregierung kalte Füße und beschloß flugs im Kabinett eine **Haushaltssperre**. – Viel zu spät, das Ergebnis war entsprechend dürftig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das alles macht deutlich, daß das Haushaltsloch von 367 Millionen DM nicht nur durch eine Fehleinschätzung der Einnahmenseite, sondern ganz wesentlich auch durch Falschbewirtschaftung auf der Ausgabenseite entstanden ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

(Dr. Ottfried Hennig)

Diese dramatische Haushaltssituation, die nicht von heute auf morgen entstanden ist, macht wieder einmal eines deutlich – jetzt werden Sie wieder Ihr Feldgeschrei erheben –: Sozialisten können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber in Bonn, was? – Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Die Sozialdemokraten haben das inzwischen akzeptiert, nur die Grünen protestieren, wenn auch verhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, umgehend konkrete **Einsparungsvorschläge** im Haushaltsentwurf 1997 zur **Deckung des Defizits** vorzulegen. Diese müssen sich an den wirklichen Notwendigkeiten und nicht an den ideologischen Luxusvorgaben des Koalitionsvertrages orientieren und klare strukturelle Einsparpotentiale offenlegen.

(Beifall bei der CDU)

In der vergangenen Woche hatte ich den Eindruck, Frau Erdsiek-Rave, daß offenbar auch die SPD-Fraktion die Notwendigkeit von **strukturellen Einsparungen** begriffen hatte und von unsinnigen Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung mit den Grünen, die zum Beispiel viele zusätzliche Beauftragte und weitere überflüssige neue Maßnahmen fordern, Abstand nehmen wollte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich war sehr erstaunt!)

Es schien so, als wollten Sie damit dem von uns wiederholt eingeforderten und von mir zuletzt in der ersten Lesung am 30. Oktober dargestellten Weg der Vernunft zumindest teilweise folgen.

(Ursula Kähler [SPD]: In welchem Jahr war das denn?)

Die Verhandlungen im Koalitionsausschuß in den letzten Tagen haben leider gezeigt, daß die SPD nicht das nötige Durchsetzungsvermögen gegenüber ihrem Koalitionspartner hat, diesen Weg zu gehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Statt dessen wird mit dem bisherigen unzureichenden Instrumentarium weitergewurschtelt, immer tiefer in die finanzpolitische Sackgasse. Zunächst einmal wird einfach die Hälfte des heutigen Defizits nach 1998 vertagt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir ziehen es vor!)

– Es wird vertagt. Es wird auf das altbewährte Mittel der **Neuverschuldung** zurückgegriffen, dann greift man den **Kommunen** in die Tasche und setzt auf das Prinzip Hoffnung bei den **Personalausgaben** und auf den **Verkauf von Grundstücken**. Schließlich läßt man die Landesbauten durch eine Kürzung der **Bauunterhaltungsmittel** weiter vergammeln. Das sind unzureichende Maßnahmen, Frau Ministerpräsidentin. Es findet sich keine Spur von einem wirklichen finanziellen Befreiungsschlag, von wirklichen strukturellen Einschnitten – keine Spur davon in dem, was Sie heute vorgelegt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

„Gute Reise, Frau Simonis", kann ich nur sagen. Das gibt eine harte Landung. Die heutige Regierungserklärung – wir sehen uns ja zu diesem Thema immer in wenigen Wochen wieder; wir werden in kurzer Zeit erleben, daß das so richtig ist; die Worte werden Sie irgendwann einholen –

(Holger Astrup [SPD]: Sie erzählen immer das gleiche!)

hat eines deutlich gemacht, Herr Astrup – das sage ich gerade an Ihre Adresse –: Ihr **Unternehmen Schleswig-Holstein** müßte nach diesem sogenannten Geschäftsbericht eigentlich Konkurs anmelden.

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Ursula Röper [CDU])

Das Bild von der modernen Verwaltungsmanagerin und Sparkommissarin hat erhebliche Risse bekommen. Der Lack ist ab. Schleswig-Holstein braucht mehr, als Frau Simonis ihm geben kann.

Wenn ich nicht wüßte, daß Sie gar nicht wirklich führen, würde ich sagen: Sie führen das Land ins Abseits. Sie werden an Ihren Illusionen, an Ihren ideologischen Vorgaben und an Ihren falschen Versprechungen scheitern. Sie werden daran scheitern.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat diese rot-grünen Wirrköpfe zwar knapp gewählt, aber es hat sie nicht wirklich verdient.

(Beifall bei CDU und F.D.P. – Holger Astrup [SPD]: Das beeindruckt nicht einmal den „Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag"!)

Vier vertane Jahre – was für ein Jammer!

(Holger Astrup [SPD]: Was für eine vertane halbe Stunde!)

Es wird immer klarer: Sie können nicht regieren, Sie können nicht führen, Sie können noch nicht einmal einen Haushalt aufstellen. Was für ein Jammer!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. – Ingrid Franzen [SPD]: Und Sie können nicht verlieren!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich begrüße auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Realschule Halstenbek. Herzlich willkommen! – Ich erteile der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Dr. Hennig, Sie geben mir mit den Ausführungen, die Sie zu Beginn Ihrer Rede gemacht haben, ein willkommenes Stichwort, etwas zum Thema Gemeinsamkeit zu sagen, was ich sonst an anderer Stelle getan hätte.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hauptsache irgendwo!)

In der Tat, vor einigen Wochen haben sich die Mitglieder des Ältestenrates zusammengesetzt, um über mögliche **Gemeinsamkeiten** zu reden, sie auszuloten, aber auch um Fragen des politischen Stils, des Umgangs miteinander zu diskutieren. Die dramatische Finanzsituation des Landes und die Notwendigkeit, dauerhaft wirksame Strukturveränderungen vorzunehmen, würde es in der Tat gebieten, über gemeinsame Vorschläge zu reden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Gibt es aber nicht!)

Die SPD-Fraktion ist dazu nach wie vor bereit. Auf Vorschläge Ihrerseits allerdings haben wir bisher vergeblich gewartet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wo bleiben denn Ihre?)

Ich rede – wohlgemerkt – nicht über kurzfristig nötige Einschnitte und Haushaltskorrekturen, wie wir sie jetzt haben vornehmen müssen, sondern ich rede über dauerhaft wirksame **Strukturveränderungen**. Wenn Sie Ihre Hoffnung auf einen möglichen Regierungswechsel in Schleswig-Holstein noch nicht gänzlich aufgegeben haben, müßten Sie an einer solchen gemeinsamen Diskussion eigentlich interessiert sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Zu einer solchen Diskussion über Gemeinsamkeit gehört aber auch ein politischer Stil, bei dem auf Diffamierung und Verleumdung verzichtet wird. Ich meine gar nicht die Bemerkungen, die Sie heute so gemacht haben – ich könnte eine ganze Reihe davon zitieren, zum Beispiel so etwas subtil persönlich Verletzendes wie „der Riesenstaatsmann Lohmann" oder „Feldgeschrei" oder die subtile Verschärfung des Spruchs von den Sozialdemokraten, wo Sie von „Sozialisten" gesprochen haben, und so weiter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: „Suppenhuhn" kann ich nur sagen!)

– Wolfgang Kubicki, das ist doch ein freundlicher Scherz gegenüber solchen Äußerungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: „Politclown"!)

Nein, ich meine etwas anderes. Herr Dr. Hennig, nach meiner Einschätzung sind Sie leider dabei, das Klima des konstruktiven Streits auf einem ganz anderen Feld zu vergiften.

(Frauke Walhorn [SPD]: Wohl wahr!)

Wenn Sie das tun, andere das getan haben, will auch ich hier aus dem Gespräch des **Ältestenrates** zitieren. Dort hat nämlich – wenn Sie sich erinnern – der Kollege – –

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ich habe daraus nicht zitiert, damit das klar ist! – Thorsten Geißler [CDU]: Das war eine öffentliche Äußerung des Landtagspräsidenten und keine vertrauliche Wiedergabe!)

– Okay, dann lasse ich das hier weg. Ich möchte nicht dazu beitragen, daß indiskretioniert wird. Dann komme ich direkt zur Sache.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wer hat das denn der Presse gegeben? Ich nicht!)

Niemand von uns – damit meine ich die Regierungskoalition – erwartet von Ihnen, daß Sie die **Drogenpolitik** des Landes unterstützen. Ich will Ihnen aber sagen: Eine rote Karte, die auf der einen Seite den Modellversuch des Landes ablehnt und auf der anderen Seite eine – wohlgemerkt – schwarze Hand mit einer Drogenspritze in der Hand abbildet, ist eine politische Unanständigkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Man sieht es erst auf den zweiten Blick. Ich fordere Sie auf, Herr Dr. Hennig, Frau Tengler und Ihre potentiellen Nachfolger, Herr Dr. Hennig

(Meinhard Füllner [CDU]: Eine rote Hand hätte man darauf nicht gesehen!)

– ich finde es nicht gut, daß Sie da noch einen draufsetzen, Herr Füllner –, diese Karten umgehend einzustampfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Regierungserklärung.

(Konrad Nabel [SPD]: Echte Schweinekampagne! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Herr Präsident, das geht nicht! – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sie Wirrkopf! – Unruhe)

Schwarze Löcher haben die Wissenschaftler jahrzehntelang beschäftigt. Fest steht: Sie verfügen über große Anziehungskraft – –

(Zurufe)

– Ich habe den Begriff nicht benutzt,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ihr Stellvertreter hat den benutzt!)

und ich finde einen solchen Ausdruck nicht sehr parlamentarisch. Ich habe für die SPD-Fraktion das Nötige gesagt. – Ich beginne gern noch einmal; da auch ich Ihnen bei der Aussprache zur Regierungserklä-

(Ute Erdsiek-Rave)

rung Aufmerksamkeit geschenkt habe, erwarte ich sie gleichermaßen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war wohl ein Schuß in den Ofen mit der Fairneß! – Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Jetzt mal zum Haushalt!)

– Ja, keine Sorge, Herr Dr. Klug. – Schwarze Löcher haben die Wissenschaft jahrzehntelang beschäftigt. Fest steht: Sie verfügen über große Anziehungskraft, in ihnen verschwindet Materie, von der es keinen Existenzbeweis gibt,

(Lachen und Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Thorsten Geißler [CDU])

und schwarze Löcher – zu früh geklatscht – und Waigels Finanzpolitik haben vieles gemeinsam: die astronomische Dimension, das einnehmende Wesen und das spurlose Verschwinden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Thomas Stritzl [CDU])

Die Antwort auf dieses astronomische Phänomen hat in den Händen der Bundesregierung nahezu astrologische Qualität. Herr Finanzminister, auch mir geht es so, ich bin eher geneigt, meinem heutigen Tageshoroskop zu glauben als den Waigelschen Steuerschätzungen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist höher. Gemeinsam ist allerdings beiden, daß sie morgen schon Schnee von gestern sind.

Ich möchte aber in meiner Rede das Lamento über die **Bonner Finanzpolitik** – haben Sie keine Sorge! – aus zweierlei Gründen nicht überstrapazieren. Erstens gibt es auch hausgemachte Ursachen. Das soll und darf nicht verschwiegen werden, weil es einfach zur Wahrheit dazugehört und weil man aus Fehlern lernen sollte. Der Finanzminister hat sie beschrieben. Regierung und Parlament müssen Haushaltsüberwachung und Finanzkontrolle verschärfen. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der Personalkosten unter den neuen Vorzeichen. Ehrlichkeit erwarte ich aber auch von Ihnen. Sie haben die Bonner Steuerpolitik mit keinem Wort kritisiert, sondern haben – im Gegensatz zu anderen Kollegen von Ihnen aus der Republik – nur von Einnahmeverschlechterungen gesprochen, als fielen die sozusagen vom Himmel.

Zweitens will ich nicht auf Bonn herumhacken, weil ich der CDU nicht den Gefallen tun will, auf ihrem Bundesfinanzminister so lange herumzuhacken, bis sich die zerbröselnden und nervösen Reihen der CDU wieder fest geschlossen haben. Doch als Sozialdemokratin und Schleswig-Holsteinerin sage ich: Wenn das Nordlicht Stoltenberg ein konservativer und ideologischer Fixpunkt der Finanzpolitik war, dann ist Waigel das Kreuz des Südens für alle Landesfinanzminister, auch für alle Kämmerer und alle Schlechterverdienenden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rot-Grün kann keine schwarzen Löcher stopfen; Rot-Grün wird aber auch nicht in ein schwarzes Loch fallen. Gewiß, wir sind – genauer gesagt: wir waren –, ins Stolpern geraten. Auch wenn es einige Stolpersteine in der Koalition gibt, stehen wir nicht am Rande des Abgrunds. Diese Stolpersteine lagen und liegen nun einmal auf dem Weg zu einem Ziel, das immer noch ein gemeinsames Ziel ist,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich durch konsequentes Sparen Freiräume zu gewinnen und zu erhalten für die Gestaltung von Politik im Interesse des Landes und im Interesse der Menschen, die uns gewählt haben.

Unser Wählerauftrag gebietet uns eine Prioritätensetzung auf eine Verbesserung der Bildungschancen unserer Kinder, eine zukunftsfähige, moderne Hochschulpolitik, eine bürgerfreundlich, technisch kompetente Justiz und Polizei, Infrastrukturinvestitionen, Beschäftigung und Impulse für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Doch diese Prioritäten erfüllen wir auf Dauer nicht, wenn wir den Mangel bei absehbar weiter sinkenden Steuereinnahmen, die dann zu neuen Haushaltslöchern führen, nur verwalten.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Die Spardebatte der letzten Tage hat den Blick – ich bin sicher: den Blick beider Koalitionäre – dafür geschärft, was jetzt getan werden muß, damit in Zukunft überhaupt noch irgend etwas geht. Wir wollen und müssen modernisieren, indem wir unsere Anstrengungen auf die Prioritäten konzentrieren. Das heißt, Aufgabenkritik und Aufgabenverlagerung müssen konsequenter und zügiger als bisher angegangen und umgesetzt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Enquetekommission des Landtages hat dazu Vorschläge gemacht. Die Regierung muß ihre interne Aufgabenanalyse so schnell wie möglich abschließen. Im Namen der SPD-Fraktion sage ich: Für uns sind die durch solche Prozesse Betroffenen immer auch Beteiligte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer in diesen Bereichen sozusagen nicht in Partnerschaft sät, der wird Konfrontation und möglicherweise auch Lähmung ernten. Das gilt für den öffentlichen Dienst genauso wie für die Universitäten, die Kliniken, die Kammern, die Kommunen, die Ämter, die Akademien und für alle Gruppen und Organisationen im Lande, die von strukturellen Veränderungen betroffen sein können oder betroffen sein werden.

Befreiungsschläge – ich bin ja einmal gespannt auf die entsprechenden Vorschläge in dieser Woche –, wie sie Herr Kubicki gefordert hat, widersprechen in der

(Ute Erdsiek-Rave)

Tat einem solchen Prinzip. Sie wären im übrigen kurzfristig auch gar nicht wirksam; das wissen Sie selbst.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie haben ja zwei Jahre verschlafen!)

Es gilt auch: Wer sich in diesen Bereichen nicht klare Ziele setzt, der wird keine nachhaltigen – das heißt: keine dauerhaften und vertretbaren – Gestaltungsspielräume für die Landespolitik schaffen. Der Blick in das große Bonner schwarze Loch ist leider überhaupt nicht erkenntniserhellend oder gar hilfreich. „Da mußt du schon selbst mit bei", würde man auf dem Kieler Ostufer sagen.

Welch ein Gewürge und welch eine Hängepartei spielen sich zum Beispiel im Zuge der Reform des öffentlichen Dienstrechts und des Beamtenrechts ab, welch hasenfüßige Konsequenzen sind bisher aus dem Versorgungsbericht des Innenministers gezogen worden!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe aber die Hoffnung noch nicht auf – im Gegenteil –, daß es gelingt, ein Stück dauerhafte Entlastung für die öffentlichen Haushalte zu erreichen, damit wir nicht weiter mit geborgtem Geld den Pensionsfonds auffüllen müssen. Allein vor diesem Hintergrund verantworten wir es, die Zuführung zum **Pensionsfonds** in diesem Jahr auszusetzen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ha, ha!)

– Aber Herr Stritzl, Schadenfreude schlägt immer auf den zurück, der sie äußert. Nur vor diesem Hintergrund können wir über die Notwendigkeit des Pensionsfonds in Zukunft nachdenken.

Ich sage noch einmal: Keiner hat das Haushaltsloch in Schleswig-Holstein verschwiegen. Für dieses Haushaltsloch gibt es auch hausgemachte Ursachen. Um es in zwei Jahresraten zu stopfen, mußten und müssen wir auch in Zukunft die eigenen, neuen Akzente auf den Prüfstand stellen. Neue Beauftragte können wir uns derzeit nicht leisten. Eine Schaffung entsprechender Stellen wird erst möglich sein, wenn strukturelle Veränderungen deutliche Entlastungen gebracht haben.

(Zuruf von der CUD: Sehr schön!)

An das Eingemachte in bezug auf unsere Prioritäten mußten und müssen wir nicht gehen. Unsere Zusage an Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer gilt. Die Zahl des Personals wird kräftig aufgestockt. An dieser Stelle möchte ich Frau Volquartz sagen: Wenn Sie dazwischenrufen, es sei unglaublich gewesen, daß wir über die **Lehrerstellen** nur nachgedacht haben – so lautete, glaube ich, Ihr Zwischenruf –, dann kann ich nur sagen: Die positiven Vereinbarungen, zu denen wir nach wie vor stehen und die auch in Ihrem Sinne sind, werden von Ihnen als selbstverständlich hingenommen. Das finde ich unfair.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, wie der grüne Partner beim ökologischen Landbau Prioritäten setzt, so wird die SPD-Fraktion für den Haushalt 1997 die Finanzierung der **betreuten Grundschule** als Priorität setzen.

(Beifall bei der SPD)

Mit Unterstützung des grünen Partners werden wir ein deutliches bildungs- und familienpolitisches Signal setzen.

Zu den Lehrerstellen möchte ich noch einen Nachsatz bringen. Ich wiederhole das, weil Redundanz in der Politik ein wichtiges Mittel ist: Schauen Sie sich einmal in Deutschland um! Nennen Sie mir die Länder, in denen die Finanzierung des Bildungsbereichs, zum Beispiel die Finanzierung von neuen Lehrerstellen, so deutliche Priorität hat wie in Schleswig-Holstein!

(Beifall bei der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Baden-Württemberg!)

– Mehr fällt Ihnen dazu auch nicht ein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Rheinland-Pfalz! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Bayern!)

– In Bayern gibt es Klassen, die eine Größe haben, bei der Sie hier einen Volksaufstand inszenieren würden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Angebot an Fachhochschulen und Universitäten bleibt bestehen. Wir wollen durch Modernisierung die Effizienz steigern, das Angebot konzentrieren und verbessern. Was wir aber nicht wollen, sind Schließungsdiskussionen, bevor ein Gesamtkonzept vorliegt. Das sage ich auch an die Adresse unseres grünen Partners. Zugunsten der Studierenden werden wir aber den Professoren eigene Beiträge abverlangen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wegen Ihrer Bemerkungen in bezug auf den Finanzminister und die Sachkosten im **Universitätsbereich** muß ich Ihnen leider vorwerfen, Herr Dr. Hennig, daß Sie dem Finanzminister das Wort im Munde herumgedreht haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Nein, ich habe wörtlich zitiert!)

Alles, was Möller in dieser Regierungserklärung gesagt hat, bezieht sich natürlich auf die zweite Nachschiebeliste, die die Regierung vorgelegt hat.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ha, ha!)

– Ja, natürlich, auf nichts anderes.

(Ute Erdsiek-Rave)

Drittens. Unser Versprechen halten wir. Die **Polizei** wird im Bereich des Personals und der technischen Ausrüstung gestärkt, um dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Sicherheit Genüge zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Auch das Polizeiorchester wird in Schleswig-Holstein weiterspielen.

Unsere Initiative wird fortgesetzt. Wir werden mit neuen Instrumenten einen Schub für Existenzgründungen geben und neue Wege in der **Beschäftigungspolitik** gehen. Nur so sind die Kürzungen im Zuwachs des Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein" verantwortbar.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Konflikte können auch Konturen schärfen. Das galt und gilt für die Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern, deren Farbsinn gleichermaßen kräftig ausgeprägt ist. Das galt und gilt erst recht in einem ganz besonderen Maße für die Auseinandersetzung mit der perspektivlosen Bundesregierung und dem Herrn der schwarzen Löcher.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr bildhaft!)

– Das bin ich doch immer.

Sozialdemokraten haben an sich selbst den Anspruch, im Auftrag ihrer Wählerschaft für mehr Gerechtigkeit, für mehr Chancengleichheit und für mehr Solidarität einzutreten. Das klingt heute fast wie ein Griff nach den Sternen, um beim Bild zu bleiben. Aufgrund unserer Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein sind wir Realisten genug, um zu wissen, daß man Himmelskörper nicht einfach pflücken kann. Aber den Kompaß kann man schon nach ihnen ausrichten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die derzeitige Lage der öffentlichen Finanzen kann wohl am treffendsten als eine Art Zusammenbruch bezeichnet werden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: In der Tat!)

Die Tatsache, daß in einem Monat des vergangenen Jahres die Steuerrückzahlungen die Steuereinnahmen überholt haben, ist nur ein Beispiel dafür.

Schleswig-Holstein ist in der schwierigen Lage, zwischen den verarmten Kommunen, denen neue finanzielle Belastungen nicht zuzumuten sind, und der Bundespolitik, die eine Umverteilung von unten nach oben betreibt, eingeklemmt und dementsprechend in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt zu sein.

Wie kann also trotzdem auf Landesebene soziale und ökologische Politik, Reformpolitik nämlich, gemacht werden? Wie kann erreicht werden, daß der Sparzwang nicht zur dauerhaften Schädigung des Landes führt? Wie können wir Menschen gewinnen für die Idee, daß wir diese Erde von unseren Kindern nur geborgt haben? Wie können wir uns der Entsolidarisierung und dem hemmungslosen Egoismus mit sozialen und ökologischen Konzepten entgegenstellen? – Das alles sind Fragen, die angesichts der Finanzierungslücke unseres Haushaltsentwurfs von 370 Millionen DM nur schwer beantwortbar scheinen. Aber es ist auch klar, daß es unmöglich ist, so weiterzumachen wie bisher.

Wir müssen uns der Tatsache stellen, daß wir noch nicht am Ende des Tunnels angekommen sind. Wir brauchen also Konzepte dafür, wie langfristig Strukturen geschaffen werden können, die uns Luft verschaffen. Wir müssen auf intelligente und gerechte Weise sparen und trotzdem politikfähig bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum machen Sie es nicht?)

Wer eine Firma sanieren will, die in Schwierigkeiten geraten ist, muß als erstes die Strukturen überprüfen und Einschnitte machen, um wieder Perspektiven zu eröffnen. Das letzte Geld zusammenzukratzen, um die wichtigsten Rechnungen zu bezahlen, ist erst der zweite Schritt, wenn man nicht dichtmachen will. Diese Firma rot-grüne Regierungskoalition, rot-grüne Zusammenarbeit im Landtag ist nicht bankrott. Wir sind auf einem guten Weg, uns Spielräume zu verschaffen.

Spielraum für Reformpolitik erhält man nicht durch Festhalten an alten Strukturen. Insofern sind die Vorschläge, die wir unserem Koalitionspartner vorgelegt haben, durchaus ernst gemeint. Wir sehen mit Interesse, daß uns die CDU bei der Forderung nach einer durchgreifenden **Funktionalreform** zustimmt. „Butter bei die Fische", meine ich, Herr Hennig. Sagen Sie, was Sie denken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer alternativ statt additiv Politik machen will, muß dieses Prinzip zuerst anwenden, wenn es um die großen Strukturen oder die liebgewordenen alten Zöpfe geht. Natürlich müssen in jedem einzelnen Fall Machbarkeit und Umsetzungsmöglichkeit geprüft werden. Aber es müssen alle Bereiche auf den Prüfstand, ohne von vornherein bestimmte Möglichkeiten auszuschließen.

Im Bereich der Landesverwaltung beispielsweise muß darüber nachgedacht werden, inwiefern – jetzt sage ich, was ich meine; Herr Hennig, ich warte auf Ihre Antwort – die Kompetenzen von Behörden neu geordnet werden können, um Doppelungen oder eine

(Irene Fröhlich)

verwaltungsintensive Verteilung eines Aufgabenbereiches auf mehrere Stellen zu vermeiden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So, wie die Enquetekommission das vorgeschlagen hat!)

Eine solche Maßnahme dient sowohl den Finanzen der dienstleistungsorientierten Verwaltung als auch der Selbstverwaltung der Kommunen. Dies ist bisher in Schleswig-Holstein nicht ausreichend geschehen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Warum machen Sie es nicht?)

Wir haben uns mit unserem Koalitionspartner darauf verständigt, daß dieser Prozeß bis zur Kabinettsentscheidung über den Haushaltsentwurf 1988 abgeschlossen werden soll.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Abgeschlossen werden soll! Da bin ich sehr gespannt! An das Wort werden wir Sie erinnern!)

Dazu wird es eine Arbeitsgruppe aller Beteiligten geben, die sich über das Projekt bis zur Entscheidungsreife verständigen soll.

Im Bereich der **Modernisierung der Verwaltung** werden Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik zügig fortgeführt werden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Modernisierung seit Jahren!)

Im ersten Halbjahr 1997 werden entsprechende Beschlüsse zur strukturellen Senkung der Personalkosten getroffen werden.

Ebenfalls beschleunigt werden wir die **Strukturreform der Hochschulen** betreiben. Im Zusammenwirken aller Beteiligten wollen wir den Prozeß der grundsätzlichen Überprüfung der Hochschullandschaft vorantreiben, um zu sichern, was uns besonders wichtig für die Zukunft dieses Landes ist, das Potential an bildungswilligen und lernbegierigen jungen Menschen. Unser besonderes Augenmerk werden wir darauf richten, daß die Hochschule wieder zu einem Ort der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird und daß nicht Menschen bis weit in ihr fünftes Lebensjahrzehnt hinein Nachwuchs sind.

Wir glauben, daß wir mit unserem Konzept zur Personalbewirtschaftung, das sich an der Eigenständigkeit der einzelnen Ministerien orientiert, einen wichtigen Schritt hin zu einem modernen **Personalmanagement** gemacht haben,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ohne daß der Gesamtüberblick verlorengeht. Dies wird uns helfen, die notwendig hohe Belastung des Haushaltes durch die Personalkosten langfristig zu vermindern. Auf jeden Fall wird nicht nach dem Zufallsprinzip, sondern entsprechend dem **Leitbild** der Landesverwaltung verfahren werden, Verantwortung gerade auch im Personalbereich nach unten abzugeben. Das dient der Verflachung der Hierarchie ebenso wie der Transparenz. Nicht zuletzt eröffnet ein solches Management Innovationspotentiale aus der Verwaltung selbst heraus.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Donnerwetter!)

Wichtig ist es, an dieser Stelle zu betonen, daß Frauen in diesem Prozeß nicht auch hier wieder die Verliererinnen sein sollen. Durch das **Gleichstellungsgesetz** schaffen wir Freiräume, die die Lebenssituation von Frauen auch gerade im Prozeß der Verschlankung der Verwaltung berücksichtigen.

Eine zukunftsorientierte Politik muß in erster Linie die nachfolgende Generation im Auge haben. Wir wollen heute so arbeiten, daß auch unsere Kinder und Kindeskinder noch Spielräume haben. Spielräume meine ich hier im doppelten Sinne. Daher muß der Schulbereich sobald wie möglich von Einschnitten ausgenommen sein. Er wird in diesem Haushalt unterproportional gekürzt. So gibt es zum Beispiel keine Wiederbesetzungssperre an Schulen – im Gegensatz zur Situation in anderen, auch nördlichen Bundesländern, wie heute morgen aus den Nachrichten zu erfahren war, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern. In diesen Ländern müssen an diesen Stellen deutliche Einschnitte hingenommen werden.

Ich glaube, daß wir hier eine sehr gute und zielgenaue Arbeit vorgelegt haben. Das sollte auch einmal von Ihrer Seite gewürdigt werden.

Mit dieser Ausnahme in unseren Sparbeschlüssen werden wir auch der Tatsache gerecht, daß der **Bildungsbereich** originäre staatliche Aufgaben auf Landesebene ist und auf besondere Weise in Schleswig-Holstein als Standortfaktor anzusehen ist.

Natürlich werden unsere Einschnitte auch schmerzhafte Auswirkungen haben und uns zwingen, genau zu überlegen, was staatliche Aufgaben sein müssen und was nicht. Wir werden sehr genau zu überprüfen haben, welches Geld wir für welche Projekte ausgeben können. Dabei wird die Aufmerksamkeit für die Jugendlichen, besonders für diejenigen, die aufgrund von Benachteiligungen keinen Arbeitsplatz finden, an vorderster Stelle stehen. Wir werden unsere Bemühungen, das Programm **„Arbeit für Schleswig-Holstein"** zielgenau anzuwenden, verstärken.

Auf den Prüfstand muß auch, ob staatliche Zuschüsse und Zuwendungen immer den Zweck erfüllen, dem sie angeblich dienen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Auch hier kann es nicht um den Erhalt liebgewordener Gewohnheiten gehen.

Gerade unter solchen Zwängen von Effizienz und Effektivität ist es notwendig, klar Stellung zu beziehen.

Wir meinen, daß in Zeiten vermehrter Ausgrenzung und Gefährdung von **Ausländerinnen** und **Ausländern** in unserem Land eine Person, die sich besonders mit ihrer Situation befaßt und sich auskennt, die ihre Interessen in der Öffentlichkeit formulieren kann und

(Irene Fröhlich)

parteilich an ihrer Seite steht, von ganz herausragender Bedeutung ist. Wir sind davon überzeugt, daß eine solche Person – wie immer man sie benennt – im Verhältnis zu den Kosten, die sie verursacht, eine ungleich viel höhere Bedeutung für die Sicherheit von Ausländerinnen und Ausländern und für das politische Klima in diesem Land hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier nur eine kleine Nebenbemerkung, die ich mir eben einmal gestatte: Das Polizeiorchester des Landes, das angeblich auch zur Sicherheit des Landes beiträgt, verursacht 3 Millionen DM an Personalkosten. Der Ausländerbeauftragte oder die Ausländerbeauftragte würde 300 000 DM kosten.

In Zahlen läßt sich nur schwer ausdrücken, was durch einen Ausländerbeauftragten oder eine Ausländerbeauftragte tatsächlich erreicht wird. Trotzdem ist es aus unserer Sicht ein ganz wesentlicher Beitrag für eine zukunftstaugliche Entwicklung.

Es ist für uns ausgesprochen schmerzlich, daß wir die Flüchtlingsbeauftragte oder den Flüchtlingsbeauftragten in diesem Jahr noch nicht werden einstellen können. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Noch in diesem Jahr werden wir den Gesetzentwurf zur Einstellung eines **Flüchtlingsbeauftragten** in den Landtag einbringen und uns für die Bereitstellung der notwendigen Mittel im Haushalt 1998 einsetzen.

Wir haben uns damit einverstanden erklärt, die Einrichtung der Kinderbeauftragten oder des Kinderbeauftragten hinauszuschieben, was angesichts der wachsenden Zahl älterer Menschen in der Bevölkerung sicherlich gleichfalls ein problematischer Schritt ist. Wir stehen zu diesen Entscheidungen, weil wir gesamtgesellschaftlich denken und vor allem eine solide und überschaubare, transparente Haushaltspolitik machen wollen.

Wir nehmen die Verantwortung für diesen Haushalt an, obwohl uns deutlich ist, daß es zwischen Wahl und Koalitionsvertrag Haushaltsentscheidungen gegeben hat, die die Probleme mitverursacht haben und die wir Grüne nicht zu vertreten haben.

Allerdings glauben wir auch, daß unser Bündnis mit den Sozialdemokraten über unser Land hinaus von großer politischer Bedeutung ist. Wenn es uns hier in Schleswig-Holstein gelingt, eine stabile, ausgewogene rot-grüne Regierungsarbeit vorzulegen, rückt die längst überfällige Ablösung der Bonner Chaos-Koalition in greifbare Nähe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Daß das auch noch mit der für Schleswig-Holstein wohltuenden sozial-ökologischen Reform verbunden ist, schafft einen doppelt positiven Effekt. Ein Land wie unseres, das vor allem eine mittelständisch orientierte Wirtschaft hat, das vom Tourismus lebt und in dem der ländliche Raum dominiert, braucht eine Politik, die eindeutig zukunftsfähig ist, eine Politik, die kompromißlos mittelstandsorientierte, innovative, frauenfreundliche Konzepte verfolgt und sich mit Vorrang dem Schutz von Boden, Luft und Wasser widmet.

Auf Landesebene eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Reformpolitik einzuleiten, heißt die gesellschaftliche Diskussion um einen Wechsel in Bonn voranzutreiben. Dafür haben rot-grüne Koalitionen in den Ländern Modellcharakter.

Vielleicht nur noch einmal eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Möller: Aus unserer Sicht steht es um die Last des Staatseinkommens folgendermaßen. Diese Last liegt auf den Arbeitseinkommen und immer weniger auf den Vermögen, obwohl diese steigen und das Gut Arbeit immer knapper wird. Vor diesem Hintergrund setzten sich Grüne für eine Erhöhung der **Vermögensteuer** ein, nicht für eine wie auch immer geartete Absenkung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das würde Gerechtigkeit in diesem Land schaffen; alles andere ist, ehrlich gesagt, Pipifax.

Wir wollen vielen Menschen in diesem Land Mut machen, sich aus der Erstarrung zu lösen, in die sie angesichts einer lähmenden, unfähigen Entsolidarisierungspolitik in Bonn geraten sind. Wenn inzwischen die „zornigen jungen Männer" der CDU das Problem erkennen und öffentlich die Verlogenheit und Unausgereiftheit der sogenannten großen Steuerreform benennen, dann kann es nicht mehr lange dauern, bis eine solche Wende auch bei uns ankommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bloß, wo sind hier diese zornigen jungen Männer? Herr Stritzl, wie lange wollen Sie noch warten, bis Ihre Zeit kommt? Oder ist Schleswig-Holstein das klassische Land der alten, konservativen Männer, und Sie müssen noch die nötige Patina ansetzen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Vernehmen nach üben doch auch Sie Kritik an der sogenannten Steuerreform in Bonn. Dann äußern Sie sich doch bitte in vernehmbarer Lautstärke!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bisher wissen wir doch noch gar nicht, was vorgelegt wird!)

– Jetzt komme ich zu Ihnen: Der blau-gelbe Koalitionspartner – Herr Kubicki, Sie halten es ja immer nicht lange aus, wenn Sie nicht erwähnt werden; ich weiß das schon und empfehle Ihnen eine Männergruppe – ist eine Partei, die seit Jahren am Tropf des größeren Partners hängt. Dieser Wurmfortsatz des schwarzen Blinddarms schafft es innerhalb eines Jahres,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist Ihre Fairneß!)

die **Einkommensteuer** auf die Hälfte zu reduzieren, und zwar durch ein Abschreibungsmodell, das es

(Irene Fröhlich)

einem großen Teil der Wohlhabenden erlaubt, überhaupt keine Steuern mehr zu zahlen und die neuen Bundesländer aufzukaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Im übrigen macht diese Partei mit einer Erhöhung der **Mehrwertsteuer**, mit dem weiterhin unumgänglichen **Solidaritätszuschlag**, mit **Studiengebühren** für Studierende und, als wenn das alles noch nicht genug wäre, auch noch mit einer Bettlersteuer von sich reden. Sie sind keine Steuersenkungspartei; Sie sind die Partei der sozialen Kälte. Wir erfrieren hier, weil Ihre Kollegen in Bonn die Eiszeit ausgerufen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Lachen bei CDU und F.D.P.)

Ich schließe mit Worten des Vorsitzenden der CDU-Fraktion dieses Hauses:

„Diese dramatische Finanzlage des Landes erfordert jetzt endlich konsequentes Handeln und nicht faule Kompromisse auf dem Altar eines vermeintlichen Koalitionsfriedens. Nicht akzeptabel ist insbesondere die Flucht in eine drastische Erhöhung der Neuverschuldung"

– die ist auf Bonner Ebene ja eben nicht gesetzlich begrenzt –

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war aber kein Zitat!)

– ja, das füge ich hier hinzu –

„sowie eine weitere Verlagerung der Lasten in die Zukunft."

Diese Feststellung ist wörtlich an Bonn zu adressieren, Herr Hennig. Wir in Kiel haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Jetzt sind die Aussitzer und Durchwurstler in Bonn an der Reihe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Holger Astrup [SPD]: Sag erst mal was zum „Wurmfortsatz"!)

– Es war ja schon anatomisch nicht möglich, den Blinddarm noch an den Wurmfortsatz anzufügen, aber eines will ich doch sagen, Kollege Astrup: Ich habe die Rede der Kollegin Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ute Erdsiek-Rave, wie immer wirklich sehr genossen, und zwar deshalb, weil sie eine sehr bildhafte Sprache hat. Das reizt geradezu zu fantasievollen Entgegnungen auf diese bildhafte Sprache. Deshalb möchte ich sagen: Bei dem Begriff „schwarzes Loch" für Theo Waigel hat es mein Herz bewegt, weil mir klargeworden ist, daß die Vorstufe zum schwarzen Loch der rote Zwerg ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist in der Astronomie so, und mit dem „roten Zwerg" möchte ich mich am Anfang meiner Ausführungen zu der Regierungserklärung von Claus Möller beschäftigen. Ich möchte nämlich mit einem Zitat von ihm selbst beginnen, das man ja nicht verfälschen kann. Herr Möller, dieses Zitat lautet wie folgt:

„Noch vor einigen Wochen sah es so aus, als ob Schleswig-Holstein deutlich unter dem für 1996 geschätzten Steueraufkommen bleibt. Ende Juli lagen wir 1,6 % hinter dem Vorjahresstand. ... Aber nicht nur der September mit einem Zuwachs von fast 13 % gibt Hoffnung. Es ist Ausdruck einer offenbar leicht anziehenden Konjunktur. ... Aber wir haben auch aktiv dazu beigetragen: mit schnelleren Steuerbescheiden, mit Personalverstärkung bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und den Vollstreckungsstellen. Nicht zuletzt wegen der für Dezember bereits festgesetzten und uns bekannten Vorauszahlungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer habe ich gute Gründe, das Steueraufkommen dieses Jahres optimistischer einzuschätzen als noch vor wenigen Wochen. Ich gehe davon aus, daß wir 1996 in keine größeren konjunkturbedingten Haushaltsrisiken laufen und daß das Haushalts-Soll bei den Steuereinnahmen in etwa erreicht wird."

Das sind die Worte von Finanzminister Claus Möller am 30. Oktober 1996 anläßlich der Einbringung des Haushaltsentwurfs 1997.

(Zuruf von der F.D.P.: Hört, hört!)

14 Tage später, genau am 12. November 1996, verhängte der Finanzminister eine **Haushaltssperre**, weil nach der November-Steuerschätzung ein Minus von 103 Millionen DM noch für das laufende Jahr 1996 prognostiziert wurde. In einer Pressemitteilung vom 12. November 1996 verwies Möller auf die im Juni 1996 beschlossenen Maßnahmen zur Schließung der Deckungslücke von insgesamt 393 Millionen DM; er führte wörtlich aus:

„Die damals beschlossenen Einsparungen haben wir erreicht. Die globalen Minderausgaben von insgesamt 173,8 Millionen DM sind inzwischen von den Ressorts weitgehend erwirtschaftet worden."

Gedeckt wurde diese Lücke übrigens unter anderem durch die Inanspruchnahme einer Restkreditermäch-

(Wolfgang Kubicki)

tigung, durch den Verzicht auf Personalverstärkungsmittel und durch weitere Ausbringungen von globalen Minderausgaben.

In der November-Sitzung des Finanzausschusses habe ich den Finanzminister gefragt, ob er nach wie vor der Auffassung sei, daß das Steuer-Soll in Schleswig-Holstein erreicht werden könne, wie er noch im Oktober 1996 im Plenum erklärt hatte. Er hat dies bejaht. Nach nochmaliger Nachfrage hat er erklärt, er rechne im Dezember 1996 mit einem Zuwachs gegenüber Dezember 1995, obwohl ich wegen des Last-Minute-Runs bei den Abschreibungsmöglichkeiten schon damals meine Zweifel äußerte.

Seit einigen Tagen wissen wir, daß es weitere, für Claus Möller angeblich unvorhergesehene beziehungsweise unvorhersehbare Einbrüche bei den **Steuereinnahmen** und vor allen Dingen Mehrausgaben in den Ressorts im Bereich Personal und bei der Belegung von Ausgaberesten gegeben hat.

Es wäre jetzt einfach, meinerseits aus meiner Haushaltsrede vom 30. Oktober 1996 zu zitieren. Beide Oppositionsparteien hatten damals ja erklärt, daß der Haushaltsentwurf nur Makulatur sei und daß die optimistischen Annahmen von Claus Möller nicht einmal 14 Tage halten würden. Selbst Thomas Stritzl – und das will etwas heißen – hat das von diesem Pult aus gesagt.

Viel schlimmer war und ist, daß für die jedenfalls von den Finanzpolitikern der Opposition erkannten Haushaltsrisiken, Kollege Stritzl, keinerlei Vorsorge getroffen worden war. Nun halte ich die Kritik an Claus Möller aus den Reihen der SPD, die ich gelesen habe, gelinde gesagt, für überzogen. Der Finanzminister hat sich wirklich Mühe gegeben. Vielleicht hat er sogar sein Bestes gegeben. Daß das nicht ausreichend war, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn niemand ist über seine Möglichkeiten hinaus verpflichtet.

Aber daß die bislang allseits gerühmte Finanzpolitikerin Heide Simonis, die ja noch vor einigen Wochen öffentlich vehement dafür warb, zugunsten der **neuen Bundesländer** die **Abschreibungsmöglichkeiten** zu erhalten, die am 31. Dezember ausgelaufen sind, nunmehr erstaunt darüber ist, daß Unternehmen – übrigens auch unter Kontrolle des Landes – und Privatpersonen von diesen Abschreibungsmöglichkeiten auch Gebrauch machen und damit die Steuereinnahmen im Lande Schleswig-Holstein mindern, das macht mich ratlos. Deshalb sage ich zu der noch amtierenden Ministerpräsidentin dieses Landes: Es ist besser, ein gackernder Hahn oder ein Suppenhuhn zu sein als ein Känguruh mit nichts im Beutel.

(Heiterkeit und Beifall bei der F.D.P. und Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie sollten Ihre Image-Kampagne vom „Unternehmen Schleswig-Holstein" unter Ihrer Führung sofort einstellen. Ein Finanzchef, der innerhalb so kurzer Zeit derart umfassend seine Planungen umstoßen muß, der erklärt, daß er die Entwicklungen am Markt nicht erkannt beziehungsweise verschlafen habe, würde in jedem normalen Unternehmen sofort entlassen werden. Das können Sie doch nicht wollen, und deshalb ist es besser, nicht mehr vom „Unternehmen Schleswig-Holstein" unter Ihrer Führung zu reden, sondern von einer rot-grünen Koalitionsregierung, der die Ratlosigkeit und Handlungsunfähigkeit geradezu auf die Stirn geschrieben ist.

Dies wird auch nicht dadurch ausgeglichen, daß Sie in immer wiederkehrenden vollmundigen Erklärungen die Steuerpolitik des Bundes dafür verantwortlich machen, daß Sie Ihre Hausaufgaben nicht erledigen. Ihre Handlungsunfähigkeit wird auch nicht dadurch überdeckt, daß Sie ständig von sozialer Gerechtigkeit, Zukunftsorientierung und anderen Dingen schwadronieren, die Sie in der praktischen Umsetzung nicht einhalten. Keine andere Landesregierung vor der Ihren hat es fertiggebracht, in derart kurzer Zeit derart viele Menschen gegen sich auf die Straße zu bringen.

Schüler, Lehrer und Eltern haben durch eine kraftvolle Demonstration die Einhaltung der Bildungschancen angemahnt. Studenten und Professoren sind gemeinsam auf die Straße gegangen – wann hat es dies eigentlich letztmalig gegeben! –, um daran zu erinnern, daß ihre Zukunftsfähigkeit auf dem Spiel steht. Polizeibeamte waren auf der Straße, nicht um Verbrecher zu jagen, sondern um zu zeigen, daß sie sich von dieser Landesregierung im Stich gelassen fühlen. 8000 Feuerwehrleute dieses Landes haben dokumentiert, was sie davon halten, Beamte des Innenministeriums zu bezahlen, statt Ausrüstungen für die Wehren vor Ort zu erhalten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der obersten Landesbehörden waren auf der Straße – auch dies ein einmaliger Vorgang.

Dies zeigt, daß die Art und Weise des **Umgangs** mit ihnen von **Regierungsseite** aus nicht mehr tolerabel ist. Ich sage Ihnen voraus: Als nächste werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werften vor dem Landeshaus stehen, nachdem Ihre vollmundige Ankündigung, die Wettbewerbshilfe zum Erhalt der Arbeitsplätze aufzustocken, in eine effektive Streichung von einer weiteren Million eingemündet ist. Wolfgang Herrmann, verdienter Sozialdemokrat und Arbeitnehmervertreter auf der HDW-Werft, muß sich mittlerweile dafür schämen, wie seine Partei Arbeitnehmerinteressen vertritt.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das lassen Sie mal unsere Sorge sein!)

Wir erben diese Welt nicht von unseren Eltern, sondern wir leihen sie von unseren Kindern. Dieser Satz gilt nicht nur im Hinblick auf die Bewahrung der Umwelt; er gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Bewahrung der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten des Gemeinwesens.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sehr wahr!)

(Wolfgang Kubicki)

Wer wie Sie zum Beispiel die Universitätsbibliothek in Kiel verrotten läßt und jetzt weitere 5 Millionen DM für Bauunterhaltungsmaßnahmen kürzt, versündigt sich nicht nur an der Bausubstanz der Gebäude des Landes, er versündigt sich insbesondere an den **Zukunftschancen der jungen Generation**. Wir halten dies für unverantwortlich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir halten es ebenfalls für unverantwortlich, die **Nettokreditaufnahme** um weitere 29 Millionen DM zu erhöhen und damit die verfassungsmäßige Grenze zu erreichen. Sie wissen doch heute schon, Herr Möller, daß Sie diese Grenze angesichts der absehbar weiter einbrechenden Erwartungen hinsichtlich der Steuereinnahmen nicht werden halten können. Ich wäre Ihnen übrigens dankbar, wenn Sie mir und dem Haus einmal erklären würden, woher Sie noch die 73 Millionen DM für den Länderfinanzausgleich nehmen wollen, die Sie einzahlen müssen, nachdem Sie in der ersten Nachschiebeliste ja bereits die bisherigen Zahlungen weggeräumt haben.

(Minister Claus Möller: Darüber sollten wir einmal in Ruhe reden!)

– Das machen wir gern in Ruhe, weil bisher alle Ihre Einschätzungen und Prognosen nicht haltbar waren.

(Holger Astrup [SPD]: Bei dir sind es bis jetzt nur Sprüche! Was kommt denn nun? Das kennen wir doch alles, Wolfgang! Komm mal zur Sache!)

– Dazu komme ich gleich noch.

(Holger Astrup [SPD]: Ich hoffe es!)

Es reicht nicht aus, immer wieder von der Opposition zu fordern, die Arbeit der Regierung zu erledigen. Dann könnt ihr euch auf diese Seite setzen, und wir übernehmen die Veranstaltung. Wir tun das jederzeit und völlig bedenkenlos.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber zu den Vorschlägen komme ich noch, denn es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, wenn ihr glaubt, mit ständigen PR-Maßnahmen über die wahren Probleme hinweggleiten zu können.

(Holger Astrup [SPD]: Da bin ich aber beruhigt!)

Herr Minister Möller, Sie haben bereits im Jahre 1996 die **Personalbewirtschaftung** nicht geschafft und Ihr Ziel um sage und schreibe 48 Millionen DM verfehlt. Was soll uns glauben machen, daß Sie im Haushaltsjahr 1997 Ihr Ziel nicht nur erreichen, sondern zusätzlich noch weitere 22,5 Millionen DM einsparen? Die Tatsache, daß Sie über 100 Stellen netto mehr neugeschaffen haben?

Wie sind Sie auf weitere absehbare Veränderungen bei den Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer vorbereitet, die allein schon durch die Anpassung der Vorauszahlungen nach unten eintreten werden? Der Verringerung der Einkommensteuerschuld bei der Veranlagung folgt konsequenterweise die Reduzierung der Vorauszahlungen im laufenden Jahr 1997.

In Ihrer heutigen Regierungserklärung beklagen Sie den Verlust der Einnahmen aus der **Vermögensteuer**, aber Sie vergessen zu erwähnen, daß diese Mindereinnahmen – über die Frage der sozialen Gerechtigkeit will ich an dieser Stelle gar nicht reden – durch wachsende Einnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer sowie der Anpassung der Erbschaftsteuer mehr als kompensiert werden.

(Minister Claus Möller: Ach!)

– Herr Minister Möller, ich rechne Ihnen das wirklich gern vor.

Es ist in diesem Zusammenhang geradezu zynisch, daß ausgerechnet der Finanzminister lobend erwähnt, den Verkauf der Blomenburg noch am 31. Dezember 1996 bewerkstelligt zu haben, damit der Käufer 1,5 % Grunderwerbsteuer auf den Kaufpreis spart, die ihrerseits der Landeskasse verlorengehen.

Und es ist in diesem Zusammenhang auch zynisch, Herr Minister Möller, daß aus ideologischen Gründen eine Spielbank GmbH als Tochter der Landesbank gegründet werden mußte, um die Spielbanken zu übernehmen und weiterzubetreiben, mit der Folge, daß die **Einnahmen aus der Spielbankenabgabe** zu Lasten der Landeskasse erheblich sinken werden. Von den sozialen Folgewirkungen des bisherigen Verhaltens der Spielbank GmbH will ich jetzt ebenfalls nicht sprechen, weil es beeindruckend genug ist, daß die öffentlich-rechtliche Trägerschaft – ich wiederhole das: die öffentlich-rechtliche Trägerschaft – dazu führen soll, zu Lasten der Mitarbeiter der bisherigen Betriebe die Regelungen von § 613 a BGB auszuhebeln. Welches private Unternehmen dürfte sich eine solche Vorgehensweise leisten!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ist es!)

Es amüsiert mich mittlerweile, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Presse lesen zu müssen, daß der Finanzminister für **Sparvorschläge** aus den Reihen der **Opposition** durchaus offen sei. Im „Flensburger Tageblatt" vom 15. Januar 1997 wird der Finanzminister wie folgt zitiert:

„In den 800 von der Landes-F.D.P. vorgelegten Sparvorschlägen hat er – so Möller – allerdings nach eigenen Angaben noch keinen sinnvollen entdeckt."

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist auch wahr!)

– Kollege Neugebauer, wenn ich Ihre Rede vom 30. Oktober 1996 nachlese, dann lache ich mich halb kaputt wegen der Realsatire, die Sie damals geboten haben.

Aber ich komme jetzt auf die Äußerung des Ministers zurück. Auch hier gibt es – wie so oft im Leben – wieder zwei Möglichkeiten. Entweder hat er die Vorschläge der F.D.P. gar nicht erst gelesen, oder aber

(Wolfgang Kubicki)

Claus Möller hat sich entschieden, nunmehr selbst nach seiner Auffassung Sinnloses zu tun.

Die Einsparung des Kinderbeauftragten, die nunmehr vorgeschlagen wird, entspricht einem Vorschlag der F.D.P.

Die Einsparung bei den Innovationsassistenten, die er nunmehr vorschlägt, entspricht einem Vorschlag der F.D.P.

Die Einsparung bei ASH, die er nunmehr vorschlägt und die das Kabinett ja beschlossen hat, entspricht einem Vorschlag der F.D.P.

Die Einsparung des Flüchtlingsbeauftragten, die er nunmehr vorschlägt, entspricht einem Vorschlag der F.D.P.

Die Reduzierung der Mittelzuführungen an die „Stiftung Naturschutz", die das Kabinett beschlossen hat, entspricht einem Vorschlag der F.D.P.

Die Einsparung der Vernetzungsstelle für Gleichstellungsbeauftragte – nunmehr von ihm vorgeschlagen – entspricht einem Antrag der F.D.P.

Es entspricht allerdings nicht einem Vorschlag der F.D.P., die Mittelzuführungen für Mädchenhäuser zu kürzen; dies halten wir ebensowenig für sinnvoll wie die Kürzung der Werftenhilfe, der Wagnisbeteiligung, die Kürzung bei Forschungsinstituten und Forschungseinrichtungen.

(Lothar Hay [SPD]: 780 Anträge!)

Daß es mittlerweile keine Zuführung zum **Pensionsfonds** des Landes Schleswig-Holstein mehr geben soll, läßt die ganze Einrichtung zur Makulatur werden, und wir wären dankbar, wenn der Minister zugäbe, daß dieses **Finanzierungskonzept** gescheitert ist und durch ein vernünftiges Konzept abgelöst werden muß, wie wir bereits bei der Einführung ziemlich deutlich gemacht haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Übernehmen Sie doch einfach die Regelungen des Landes Rheinland-Pfalz; dieses Land wird ja auch von einer SPD-geführten Regierung regiert.

Deckungsvorschläge für eine angebliche Einsparung von 185 Millionen DM noch im Haushalt 1997 sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Sie geben vollmundige Erklärungen zu den Zielen Ihrer Politik ab, dotieren sie sogar im Haushalt und würgen anschließend Initiativen durch die Veranschlagung von Minderausgaben, die zu erwirtschaften sind, die Luft ab.

Die Geschichte von „des Kaisers neuen Kleidern" wiederholt sich an Ihnen. Immer mehr Menschen erkennen, daß die Beschreibung eines fortschrittlichen, offenen, innovativen und leistungsstarken Schleswig-Holsteins nicht stimmt und diese Regierung in Wirklichkeit kein Hemd mehr auf der Haut hat. Sie werden erleben – nicht nur an der Westküste –, was die Menschen dieses Landes davon halten, wenn der stellvertretende Ministerpräsident, der nunmehr wie weiland Theo Waigel von Heide Simonis geduzt wird, den zügigen Ausbau der A 20 beschließt und verkündet, während sie andererseits lesen müssen – so geschrieben in den „Lübecker Nachrichten" vom 19. Januar 1997 –, daß prominente Grüne, darunter Umweltminister Rainder Steenblock, eine Parzelle der Grünlandanteilseigner nahe dem Bahnübergang Moisling-Niendorf besitzen, die für die Autobahntrasse benötigt wird, und durch Klagen den Bau der A 20 verhindern wollen. Was ist dies für ein Verständnis von wirkungsvoller Politik!

(Beifall bei F.D.P. und CDU – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Heuchelei ist das!)

– Man kann es Heuchelei nennen, man kann es aber auch „politische Schizophrenie" nennen. Ich sage voraus: Eine Regierung wird scheitern, die oben hui und unter pfui macht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Schleswig-Holstein wird nicht untergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir ein Jahr lang keine Radwege bauen. Dieses Land wird nicht ärmer sein, wenn wir auf die Härtefallkommission, die Einrichtung des Schwulen- und Lesbenreferats oder auch noch so sinnvolle Projekte in der Dritten Welt verzichten. Wir werden keinen Schaden nehmen, wenn in der Landesverwaltung weiter privatisiert wird, wenn die Landesbauordnung endlich wirklich einfacher wird und wir nicht ein Genehmigungsverfahren, sondern nur noch ein Anmeldeverfahren wählen. Es wird weder einen Wohlstandsverlust noch einen Verlust an effektivem Naturschutz geben, wenn wir kostenintensive Regelungen des Naturschutzgesetzes einfach für mehrere Jahre dispensieren, anstatt den Rat zu erteilen, sie suboptimal zu erfüllen.

Aber wir werden Schaden nehmen – nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer Hinsicht –, wenn wir die Bildungschancen der jungen Menschen dieses Landes nicht durch eine bessere Lehrer- und Sachmittelausstattung erhöhen. Dies ist das einzige Potential, das die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein sichern kann.

Wir werden erheblichen Schaden nehmen, wenn neben der **Bildungsinfrastruktur** nicht auch die **Verkehrsinfrastruktur** angemessen ausgebaut wird – sowohl die Straße als auch die Schiene als auch die Wasserwege –, und wir werden erheblichen Schaden nehmen, wenn durch die steigende Frustration bei Polizei und Justiz die **innere Sicherheit** in diesem Lande nicht mehr gewährleistet werden kann und selbst die Mangelverwaltung unzureichender wird.

Eine undifferenzierte einjährige Wiederbesetzungssperre kann, wenn sie nicht flexibel gehandhabt wird, zu völlig unsinnigen Ergebnissen führen. Man stelle sich beispielsweise vor, die Stelle des einzigen Anäs-

(Wolfgang Kubicki)

thesisten in einem Krankenhaus dürfte nicht neu besetzt werden. Was würde der Rest der Truppe tun?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ohne Betäubung operieren!)

Das Verschieben struktureller Entscheidungen auf den Mai dieses Jahres wird dazu führen, daß es jedenfalls für das Haushaltsjahr 1997 keinerlei Auswirkungen mehr geben kann. Ich habe berechtigte Zweifel daran, daß es dieser Koalition gelingen wird, im Mai 1997 mit konzeptionellen Ideen, die mehr sind als eine PR-Veranstaltung, an die Öffentlichkeit zu treten.

Für die F.D.P.-Fraktion erkläre ich ausdrücklich – an die Frau Ministerpräsidentin gewandt als Antwort auf ihre ständigen öffentlichen Spekulationen über Koalitionen –: Wir haben nicht die Absicht, die Grünen aus dieser Koalition herauszubrechen, um an ihre Stelle zu treten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir aber sehr erleichtert!)

Wir wollen die schnellstmögliche Ablösung dieser sozialdemokratisch geführten Landesregierung, weil sich die SPD dieses Landes als unfähig erwiesen hat, die anstehenden Probleme rechtzeitig zu erkennen und ihnen kraftvoll zu begegnen.

Dieses Land braucht keine andere Heide Simonis, dieses Land braucht eine andere Regierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wieder einmal müssen wir feststellen, daß in unserer Landeskasse ein neues **Haushaltsloch** aufgetreten ist; damit verrate ich Ihnen ja nichts Neues. Das ist für uns alle – Parteien, Organisationen, Institutionen, Bürgerinnen und Bürger – natürlich sehr unbefriedigend; denn wir alle werden die Folgen zu spüren bekommen. Finanzminister Möller hat gesagt, die Lage sei dramatisch, aber wohl nicht hoffnungslos.

Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht, wer an dem finanziellen Desaster schuld hat. Die Landesregierung beschuldigt Bonn. Die Opposition hier beschuldigt Kiel. Das ist das übliche Ritual. Ich glaube, es würde allen besser zu Gesicht stehen, wenn man sich zu seiner Mitverantwortung bekennen würde. Der Finanzminister hat das in seiner Rede getan; das begrüßen wir ausdrücklich. Statt Schuldzuweisungen zu verteilen, müssen wir uns ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir weiterkommen.

An dieser Stelle möchte ich ein Wort zu Ihnen sagen, Dr. Hennig. Ich finde, man kann sich häufig gut und vernünftig mit Ihnen unterhalten. Aber wenn Sie hier oben stehen, dann strotzt Ihre Rede nur so vor stereotypen Argumenten, vielleicht sogar Scheinargumenten.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Ich begreife das nicht. Ich finde, das ist wirklich eigenartig.

Das mußte ich einmal loswerden. Ich muß auch noch – ganz polemisch – folgendes loswerden: Wer 38 Jahre lang in diesem Lande die Regierungsverantwortung getragen hat, hat auch die Weichen für die Zukunft gestellt.

(Holger Astrup [SPD]: Versaubeutelt!)

Dazu gehört unter anderem, daß wir erst nach 1988 ein Kindertagesstättengesetz bekommen haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch diesen Hinweis müssen Sie sich einmal gefallen lassen.

Die Frage ist jetzt, wie wir es schaffen, angesichts der schwierigen Haushaltslage die **notwendigen Reformen** im Bildungsbereich, im Sozialbereich, im Umwelt- und Verkehrsbereich und so weiter durchzuführen. Das gilt generell, sowohl für das Land Schleswig-Holstein als auch für die anderen Bundesländer sowie für den Bund.

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zu Ihnen sagen, Herr Kubicki. Ich habe den Vorteil, als letzte zu reden; da kann ich ein paar Kommentare loswerden.

Kundgebungen deuten natürlich darauf hin, daß es Probleme gibt; das ist klar. Aber **Kundgebungen** sagen doch auch etwas über das politische Klima im Land aus, sagen aus, daß man ein offenes Klima hat, daß Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen und engagieren können. Ich sehe das positiv.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich sehe das ja positiv!)

Ein Vorantreiben der Privatisierung betrachten Sie als Allheilmittel. Sie sagten, es würde uns nicht schaden, mehr zu privatisieren. Aber Sie wissen genausogut wie wir, daß **Privatisierung** häufig zu Rosinenpickerei führt; da würden wir als Gesellschaft auf jeden Fall Schaden nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Selbstverständlich gibt es in Schleswig-Holstein – ich sagte es schon – hausgemachte Probleme; das bestreitet auch niemand. Doch eines muß man feststellen: Bei der aktuellen Haushaltssituation handelt es sich überwiegend um eine strukturelle Krise der öffentlichen Hand in ganz Deutschland. Das sieht man am deutlichsten, wenn man sich vor Augen führt, daß die Experten für 1997 mit weniger Steuereinnahmen

(Anke Spoorendonk)

rechnen, obwohl man für die Bundesrepublik von einem Wirtschaftswachstum von zirka 2,5 % ausgeht. Das heißt, die **Steuereinnahmen** folgen nicht mehr dem Wirtschaftswachstum; die Arbeitslosenzahlen übrigens auch nicht. Die Steuereinnahmen fallen, die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden steigen weiter, zum großen Teil bedingt durch die steigende Arbeitslosigkeit. Das ist die Situation Anno 1997 in der Bundesrepublik. Das ist auch die Hauptursache für die Haushaltssituation des Landes; da kann man erzählen, was man will.

Im Prinzip würde eine CDU/F.D.P.-Regierung vor den gleichen finanziellen Problemen stehen wie die jetzige rot-grüne Regierung; denn nur ein Fünftel bis ein Siebtel der Ausgaben des Landesbudgets ist selbstbestimmt. Für den Rest ist die Verwendung durch den Bundesgesetzgeber bestimmt. Auch die erwarteten Steuermindereinnahmen in den nächsten Jahren könnte eine CDU/F.D.P.-Landesregierung nicht verhindern; der Meinung bin ich wirklich. Die Unterschiede würden vielleicht in der Gewichtung von Ausgaben für verschiedene Interessengruppen, in der Prioritätensetzung liegen; denn auch CDU und F.D.P. haben ihre Gruppen, auf die sie Rücksicht nehmen müssen. Ich kritisiere das nicht; ich stelle das nur fest. So funktioniert unsere parlamentarische Demokratie seit Jahrzehnten.

Gerade die F.D.P. hat mit ihren knapp 800 Vorschlägen zum Haushalt bewiesen, daß es gar nicht so leicht ist zu sparen, wie sie sonst überall verkündet. Darum sage ich: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist leicht, vom ökonomischen Elfenbeinturm aus die schlechte Finanzlage zu kritisieren, wie es beispielsweise der Landesrechnungshof oder auch der Bund der Steuerzahler immer wieder tut. Statt selbstherrlicher Kritik brauchen wir vernünftige Ansätze dafür, wie wir aus der Misere herauskommen und gleichzeitig die notwendigen Reformen durchführen können. Der SSW ist immer noch der Meinung, daß Sparen nicht zum Selbstzweck werden darf. In vielen Bereichen, wie dem Bildungsbereich oder auch dem sozialen Bereich, kann das Sparen mehr kaputtmachen, als es Nutzen bringt. Dafür gibt es unzählige Beispiele. Wir vertreten die Auffassung, daß man aus der Not eine Tugend machen sollte. Wenn jetzt nicht die Zeit reif ist für notwendige Reformen, wann dann?

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Was Schleswig-Holstein in eigener Kompetenz machen kann, sollte es unbedingt machen. Deshalb unterstützt der SSW die Landesregierung in ihrem Bestreben, **langfristige Strukturreformen** in Angriff zu nehmen, die auch zur Entlastung des Haushalts beitragen können. Gleichzeitig muß aber weiterhin Ziel der Landespolitik sein, **Reformprojekte**, etwa im **Jugend- und Bildungsbereich**, fortzuführen. Wir sind für eine Beschleunigung der Verwaltungsreform, die auch zu einer effizienteren Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen führen soll. Auch die Strukturreform der Hochschulen muß vorangebracht werden. Weder das Land noch die Hochschulen noch die Studierenden sollten sich von vornherein neuen Lösungsansätzen verschließen.

Der SSW bewertet es als positiv, daß die Landesregierung bei ihrer zweiten Nachschiebeliste sowohl von einer generellen Wiederbesetzungssperre als auch von einer Reduzierung der Mittel für die Hochschulen abgesehen hat. Es ist wichtig, daß wir uns in diesem für unsere Zukunft so wichtigen Bereich nicht kaputtsparen. Keiner kann im Zweifel darüber sein, daß unabhängig von den finanziellen Problemen des Landes Reformen an unseren Hochschulen notwendig sind.

Der SSW ist auch der Auffassung, daß die Landesregierung die Reformen zur modernen **Budgetierung der Landesverwaltung** nach dem Vorbild der Wirtschaft intensivieren sollte. Zum einen versprechen wir uns bessere Einsparungsmöglichkeiten durch die Dezentralisierung der Budgets; zum anderen würde eine bessere Budgetierung auch die Kontrolle des Finanzministeriums über den laufenden Haushaltsvollzug verbessern. Wie wir im Finanzausschuß feststellen konnten, ist das besonders für die Problematik der Ist-Listen der Ministerien wichtig. In Zukunft muß die Landesregierung bei Sparbeschlüssen konsequenter agieren und die Umsetzung in den Ministerien besser kontrollieren. Eine moderne Budgetierung wäre hier ein wichtiger Beitrag. Dabei sollten wir aber nicht vergessen, daß Schleswig-Holstein eines der ersten Bundesländer ist – ich meine, auch das muß einmal lobend erwähnt werden –, das versucht, eine moderne Budgetierung einzuführen. Anfangsprobleme kann man deshalb nicht ausschließen.

Wir sind der Meinung, daß die **Investitionen** des Landes nicht weiter reduziert werden dürfen. Bei den direkten Investitionen – so auch bei den Regionalprogrammen – geht es konkret um Arbeitsplätze für das Land. Auch wenn diese Investitionen für die gesamte Situation des Landes nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, ist es wichtig, daß die Landesregierung so viel wie möglich gegensteuert. Wir bedauern deshalb die Streichungen bei den Investitionen, die in der zweiten Nachschiebeliste des Landes vorgenommen worden sind, beziehungsweise bei der Werftenhilfe, dem Innovationsassistentenprogramm und dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein". Auch der Verzicht auf die Einführung eines Kinder- und Jugendbeauftragten – dazu habe ich bei seiner Beantragung schon genug gesagt; wir hätten am liebsten immer noch, eine selbständige Institution – und der Verzicht, einen Flüchtlingsbeauftragten einzustellen, sind angesichts der wachsenden Probleme schwer hinnehmbar. Die zweite Nachschiebeliste werden wir im Finanzausschuß noch eingehend erörtern müssen.

(Anke Spoorendonk)

Ich möchte noch einen Ausblick auf die von Bonn geführte **Steuer- und Finanzpolitik** geben. Die jetzige **Bundesregierung** sieht die Lösung der Haushaltsprobleme und der sozialen Probleme Deutschlands in einer großen Steuerreform, die vor allem die Einkommensteuer senken soll. Abgesehen davon, daß die bisherigen Steuerpläne, die an die Öffentlichkeit gedrungen sind, sozial völlig unausgewogen sind, scheint die Finanzierung meiner Meinung nach utopisch zu sein. Wie diese Steuererleichterungen greifen sollen, ohne noch größere Löcher in die öffentlichen Haushalte zu reißen, ist unserer Meinung nach überhaupt nicht ersichtlich. Die Vermutung liegt also nahe, daß diese Reform mit dem kommenden Bundestagswahlkampf zu tun hat.

Ich habe am Anfang der Debatte gesagt, daß sich alle Parteien mit Schuldzuweisungen über die aktuelle Haushaltskrise zurückhalten sollten. Das habe ich auch deshalb gesagt, weil die Bonner SPD beispielsweise ebenfalls in einer solchen Steuerreform ein Allheilmittel sieht. Wie man mit der von großen Parteien **geplanten Steuerreform** die finanziellen Probleme des Bundes, der Länder und der Gemeinden lösen will, sehen wir nicht. Man sollte unserer Meinung über andere Lösungsansätze nachdenken.

Sie werden mir jetzt vielleicht vorhalten, diese Steuerreform solle neue Arbeitsplätze schaffen und auf diese Weise die öffentlichen Kassen entlasten. Mit diesen Reformplänen tut man aber praktisch nichts, um die sehr hohen Lohnnebenkosten zu senken. Allein durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und durch die Altersstruktur der Bevölkerung werden die Beiträge für die Sozialversicherung und somit auch die Lohnnebenkosten weiter ansteigen.

Diese Entwicklung ist für unseren Sozialstaat ein Teufelskreis, der langfristig auch die gewachsenen finanziellen Strukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zerstören kann. Darum ist es an der Zeit, grundlegende Reformen im deutschen Sozialversicherungssystem vorzunehmen. Das Versicherungsprinzip kann auf lange Sicht nicht mehr funktionieren.

Sie wissen, daß der SSW für ein **steuerfinanziertes Sozialsystem** eintritt, bei dem jede Bürgerin und jeder Bürger durch eine Grundsicherung bei Krankheit, bei Unfall, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit abgesichert ist. Die Umlegung dieser Kosten würde den Faktor Arbeit entlasten.

Darüber hinaus sollten sich alle verantwortlichen Parteien in der Bundesrepublik überlegen, ob nicht eine **ökologische Steuerreform** - ich meine, die ist in der Debatte völlig verschwunden – sinnvoll wäre. Richtig angepackt, können die Steuereinnahmen einer ökologischen Steuerreform dazu genutzt werden, die Lohnnebenkosten zu senken.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dadurch könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig das soziale Netz finanziert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause sein. Um 15.00 Uhr wird die Sitzung wiedereröffnet.

Unterbrechung: 12.54 Uhr

Wiederbeginn: 15.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist noch nicht ganz sicher, was man mehr bewundern soll: die Verdrängungsleistung des Herrn Oppositionsführers oder auch die von Herrn Kubicki oder ihre Vergeßlichkeit. Ich dagegen erinnere mich sehr wohl daran, wie wir seit Oktober letzten Jahres draußen bei Wind und Wetter vor Truppen von Leuten gestanden haben, die keineswegs gekommen waren, um uns Dank für unsere Sparleistungen auszusprechen, sondern die sich gegen Einsparvorschläge der Landesregierung gewandt haben, die sie auf ihren Schultern nicht tragen wollten.

(Reinhard Sager [CDU]: Das haben wir irgendwo schon einmal gehört!)

– Nun ja, man hört immer das gleiche, wenn man immer die gleichen Fragen stellt. Das ist das Problem der Redundanz.

Das, was mich damals so geärgert hat, war nicht, daß es draußen kalt war – das hätte man noch ertragen können –, sondern daß Sie, Herr Dr. Hennig, jedem aber auch alles versprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie saßen quasi auf der Reiterstaffel, sie hatten die Feuerwehrspritzen in der Hand,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Sie haben den Beamten alles versprochen, Sie haben versprochen, daß es nur so gekracht hat. Sie kriegten

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

natürlich auch den Applaus, der Ihnen ja gegönnt sei. Nur hier tun Sie so, als wären Sie die einzigen, die sparten, und wir wären diejenigen, die das Geld zum Fenster hinauswürfen. Nein, umgekehrt! Wir haben versucht, mit dem wenigen Geld, das wir haben, Schwerpunkte zu setzen, und Sie sind hingegangen und haben jedem, der vorbeikommt – den Landfrauen, der Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaft – Versprechungen gemacht. Ich erinnere mich gar nicht mehr daran, wie oft wir da draußen im Regen zusammen gestanden haben und ich Ihnen fasziniert zuhören durfte, was Sie noch alles schaffen wollten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das tun Sie ja meistens!)

Alles aus derselben Kasse, die ja eigentlich leer ist.

Die einzige Entschuldigung, die ich dafür finden kann, ist die, daß Sie nicht wissen konnten – übrigens genausowenig wie wir –, daß unserem armen Bundesfinanzminister 28 Milliarden DM so einmal eben unter der Hand weggekommen sind. Das soll vorkommen.

Das „Handelsblatt" stellt am 17. Januar immerhin lobend fest: Die Länder kalkulieren besser als Waigel. Das Blatt zählt dann auf, daß wir eher Vorsorge getroffen haben, vorsichtiger waren als der Bund, der es im übrigen durch die gesamten Institutionen – vom Statistischen Bundesamt bis zum was weiß ich – hätte besser vorhersehen können und der danach mit vollen 28 Milliarden DM Extradefizit hineingefallen ist.

Warum ist ihm das passiert? – Das ist ihm passiert, weil wir – das ist natürlich eine ziemlich traurige Angelegenheit – noch nie eine solche Pleitewelle wie im letzten Jahr gehabt haben, die nur noch von der Pleitewelle dieses Jahres übertroffen werden wird. Das heißt, 1996 wird von der dafür vorgesehenen Institution, die das statistisch zu bewerten hat, als das Jahr der **Firmeninsolvenzen** bezeichnet. Das hat natürlich auch in den Kassen des Staates seinen Niederschlag.

Woher nun der Herr Kollege Kubicki, der im Moment leider nicht hier ist, das Wissen hat, daß ich etwa für Sonderabschreibungen für die Vorhaben im Osten wäre, ist mir wirklich unerklärlich. Da muß er einen Blackout gehabt haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Na!)

Wogegen ich bin und was ich hier auch sagen werde, ist folgendes. Solange ich nicht weiß, ob der Aufbau in den fünf neuen Ländern abgeschlossen ist – Sie sind doch diejenigen, die immer fordern, daß Deutschland zusammenwachsen muß –, lasse ich mit mir nicht über den „Soli" reden;

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn solange da drüben in einigen Ecken 70 % Arbeitslosigkeit herrscht, geht das nicht. Sie haben doch immer gesungen: Es soll zusammenwachsen, was zusammengehört. So lange muß man dann auch den Mut haben zu sagen, was dann nicht mehr bezahlt werden wird, wenn man den „Soli" senkt. Das können Sie ja gern machen. Aber das machen wir nicht mit, weil es unsolidarisch ist. Das habe ich gesagt, und dazu stehe ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist natürlich nicht sehr einfach, wenn man innerhalb von zwei Monaten plötzlich von 211 Millionen DM Steuermindereinnahmen betroffen ist, zugegebenermaßen verschärft durch den Glauben an eine Restebewirtschaftung, die leider nicht so ausgegangen ist, wie wir uns das vorgestellt haben, obgleich gegen den Abbau von Resten nichts zu sagen ist. Es ist ja verrückt, daß man Reste mit durchzieht und daß die Projekte, die einmal genehmigt sind, nicht angefangen oder zu Ende gebracht werden. Das sind ja auch Investitionen. Insoweit glaube ich, daß es zwar ein Fehler war, aber es ist ein läßlicher Fehler, den man entschuldigen kann.

Aber daß es nicht nur hausgemachte Probleme sind, sieht man zum Beispiel an dem, was die globalen Minderausgaben betrifft. Darüber haben Sie sich ja heute morgen so fürchterlich aufgeregt, und sofort geht natürlich bei mir im Kopf die Rattermaschine los, und Gott sei Dank gibt es ja auch die entsprechenden Papiere. Ich muß Ihnen dazu folgendes sagen. Wenn Baden-Württemberg die Summe von 1,34 Milliarden DM in einem Jahr als globale Minderausgabe ausweist, wenn das Land Bayern die Summe von 813 Millionen DM als Minderausgabe vorsieht, wenn Niedersachsen zugegebenermaßen auch eine ziemlich häßliche Summe von an die 800 Millionen DM ausweist, Nordrhein-Westfalen 414 Millionen DM, dann sind unsere 110 Millionen DM noch relativ harmlos gemessen an dem reichen Bayern mit seiner geringen Arbeitslosenzahl. Die sind nämlich noch weniger als wir in der Lage, diesen verrückten Haushalt, den der Waigel jedes Jahr beschert, zu steuern, und gehen ziemlich hoch in die globale Minderausgabe hinein, um auf der sicheren Seite zu sein.

Daß es die „jungen Wilden" in Ihrer Partei langsam mit der Angst bekommen – die sogenannten „jungen Wilden"; ich müßte sie ja erst einmal kennenlernen, um zu bestätigen, daß es wirklich „junge Wilde" sind,

(Lachen der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

aber das, was Sie über den Kanzler oder den Waigel sagen, ist für CDU-Verhältnisse schon ganz schön mutig –, deutet doch darauf hin, daß bei Ihnen in der Zwischenzeit das blanke Entsetzen ausgebrochen ist. Wenn sich ein Finanzminister dann nur noch mit Sprüchen wie „Das ist hinterfotzig" wehren kann, zeigt sich, daß seine Nerven ein bißchen blank liegen. Meine Nerven lägen übrigens auch blank, wenn ich solch einen Haushalt zu vertreten hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

– Nein, nein, gemessen an dem Haushalt von Waigel ist unser Haushalt das Musterbeispiel einer geordneten Zahlenkolonne, um das einmal vorsichtig auszudrücken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Heute ist doch nicht Rosenmontag!)

Denn anders als bei ihm ist es so – es ist schon darauf hingewiesen worden –, daß wir einen Riesenanteil an staatlichen Aufgaben vom Bund zu übernehmen haben – das werden wir auch machen und wollen wir auch machen –, und anders als bei ihm ist es bei uns so, daß wir nicht einen Koalitionspartner wie die F.D.P. haben, der die Amerikanisierung der Politik bewußt vorantreibt, indem sozusagen die Einnahme von Steuern als etwas Unanständiges empfunden wird; aber die Probeleme, die dadurch zustande kommen, daß der Staat keine Einnahmen mehr hat, sollen dann die Kommunen oder sonstwer tragen.

Bei all dem, wo wir hinten und vorn nicht mehr wissen, wie es weitergeht, haben die in Bonn noch den Mut, sich hinzusetzen und über ein Steuersenkungspaket in Höhe von 100 Milliarden DM nachzudenken. Da bleibt mir die Spucke weg! Höchstwahrscheinlich – wie ich das kenne – wird das wieder auf unsere Kosten geschehen, und höchstwahrscheinlich geschieht das in der Hoffnung: Wir brauchen ja das Geld nicht, wir nehmen es aus der Mehrwertsteuer. Das wird offensichtlich nicht mehr unter „Steuer" abgebucht, das ist ja unter „läßliche Sünde unter Gentlemen" abzubuchen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, nachdem Sie den Mut gehabt haben, die Vermögensteuer auslaufen zu lassen und damit sozusagen diejenigen, die aber nahezu auch alles haben – –

(Klaus Schlie [CDU]: Da haben Sie doch zugestimmt!)

– Ja, natürlich mußten wir letztlich zustimmen, weil Sie im Vermittlungsausschuß noch gemeinere Vorschläge gemacht haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann stehen Sie doch dazu! – Holger Astrup [SPD]: Laß sie kläffen!)

Wir haben nicht freiwillig zugestimmt, wir haben uns nur nicht mehr wehren können. Aber wenn man vom Haushalt nichts versteht, soll man auch keine Zwischenrufe machen. Das stört nur im Protokoll.

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die heute die Mehrwertsteuer zahlen müssen, sind die Leute, die im ganzen Leben keine Mark Vermögensteuer gezahlt haben, weil sie sich die Summe von Vermögen, die man haben muß, um Vermögensteuer zahlen zu müssen, nicht einmal auf einem Berg vorstellen können, geschweige denn, daß sie das je gehabt hätten.

Ihre Steuerpolitik läuft voll nach dem Motto ab: „Ungerechtigkeit läßt sich jederzeit steigern, und solange der Mensch nicht „Aua!" schreit, packen wir ihm noch mehr auf seine Schultern." Und dann geschieht das ganze auch noch nach dem Motto „Leistung muß sich wieder lohnen" – auch für die Leute, die wirklich Leistung erbringen, indem sie zum Beispiel für uns Tag und Nacht Schichten als Krankenschwester, als Polizist machen. Bei denen sollen jetzt auf einmal die Nachtschichten besteuert werden. Diejenigen müssen die Steuerlast zahlen, die das jeden Monat abgezogen bekommen, bevor sie überhaupt die erste Mark von dem sehen, was sie verdient haben, während andere Leute sich darum plagen, ob sie ihren „Bollinger" heute einmal auf Sylt oder nach einem Kurztrip in Venedig trinken sollen. Das sind vielleicht Sorgen, die manche Menschen haben und um die Sie sich wirklich herzerweichend kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es für unanständig, in einer solchen Situation überhaupt von einer Mehrwertsteuererhöhung zu sprechen. Es ist immer interessant, ab und zu in einem Protokoll des Deutschen Bundestages zu blättern und auf das zu stoßen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Er hat am 8. Februar – man muß sich das Datum merken, das ist wichtig, denn kurz danach war eine Wahl – gesagt: „Ich weiß, daß Sie, die SPD, eine Mehrwertsteuererhöhung haben wollen." – Davon war kein Wort wahr. – „Wir machen sie nicht. Trösten Sie sich, wir machen sie nicht." Darauf sagte der Abgeordnete Fischer: „Ehrenwort, Herr Bundeskanzler?" Der Herr Bundeskanzler:

„Was haben Sie für eine Vorstellung, wie wir hier miteinander reden. Es mag ja sein, daß es bei den Grünen notwendig ist, ein Ehrenwort zu geben, weil sie sich nicht gegenseitig trauen. Aber wir haben untereinander so einen Umgang, daß wir uns nicht ein Ehrenwort zu geben haben."

Wenigstens das Ehrenwort hat er nicht gegeben, aber die Steuer wird er auf jeden Fall erhöhen, trotz seiner vollmundigen Ankündigung, es nicht zu tun.

(Zurufe von der CDU)

Er hat viel Ähnlichkeit mit Bush. Aus der Flunkerei kann eine Lüge werden, und die Mehrwertsteuererhöhung befindet sich nahe bei einer Steuerlüge. Wir werden es einmal abwarten.

(Beifall bei der SPD)

Die Steuererhöhung ist jedenfalls das, was im Moment Gift ist. Das sagt Ihnen jeder Unternehmer.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Um Gottes Willen keine Steuererhöhung, weil die Binnenkonjunktur langsam, aber sicher auf den Knien geht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Aber Sie gehen hin und erhöhen genau die Steuer, die die Binnenkonjunktur ankurbeln soll, und wundern sich, daß Sie aus den Exporten keine Steuern in die Kassen bekommen. Von Steuern haben Sie keine Ahnung; Sie haben keine Ahnung von Haushalt, keine Ahnung von Steuern; das, von dem Sie etwas verstehen, addiert sich am Ende zu Null zusammen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist aber eine bedeutende Rede, die Sie hier halten!)

Je mehr ich mit Menschen hier im Lande rede, um so mehr habe ich das Gefühl, daß sie es gut verstehen, wenn man ihnen sagt: Wir müssen euch Opfer abfordern. Aber sie wollen sie hören. Wir sagen ihnen heute, was sie nicht mehr machen können. Anders als Sie, versprechen wir ihnen nicht, vom Reitpferd für die Polizei-Reiterstaffel bis was weiß ich alles in dieser Republik zu bezahlen, sondern wir sagen ihnen: Das geht nicht mehr, und das geht nicht mehr, und das geht.

Ich denke daran, was Herr Wissmann am 10. Dezember beim Grünkohlessen der Unternehmer gesagt hat. Die Damen und Herren Unternehmer standen ja fast auf den Tischen und haben Tango getanzt vor Freude, weil der Transrapid kommen sollte. Er wußte aber schon seit November, daß er das nicht bezahlen kann. Wenn er das aber schon seit November wußte, dann ist das dem Publikum gegenüber eine Lügerei.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von CDU und F.D.P.)

– Das werden wir noch zu hören bekommen, nachdem schon die großen Unternehmer, die zahlen wollten, gesagt haben: Wir wollen den Transrapid nicht um jeden Preis, es sei denn, der Bund zahlt noch mehr dazu. Freie Marktwirtschaft mit Bundesgeldern, das habe ich mir immer so vorgestellt, daß das so läuft.

(Zuruf von der CDU: Transrapid ist nicht unser Thema!)

Sie weisen darauf hin, daß wir nicht genügend strukturelle Spareinschnitte machen würden. Wo waren Sie denn, als wir die Investitionsbank gegründet haben; wo waren Sie, als wir die LEG gegründet haben; wo waren Sie, als wir bei der Arbeitsgerichtsbarkeit ein kleines Arbeitsgericht schließen mußten? Sie haben sich schützend vor jede kleine Landwirtschaftsschule gelegt, die wir dichtmachen mußten, weil es dort keine Schüler mehr gibt. Sie waren immer gegen jede Form von **strukturellen Einsparungen.** Sagen Sie doch ganz einfach, daß Sie mit der Art, wie wir sparen, nicht einverstanden sind, daß Sie an einer anderen Stelle sparen möchten! Das wäre sehr viel vernünftiger, weil man sich darüber unterhalten kann, als Ihre Generalvorwürfe: Sie tun nichts, Sie machen nichts. Wenn man in alten Akten ein bißchen rumblättert, stellt man fest, daß Sie eine ganze Menge nicht mitgemacht haben, daß Sie gegen die Budgetierung waren, daß Sie unser Leitbild durch den Kakao gezogen haben,

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

daß Sie Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik durch den Kakao gezogen haben, daß Sie die Flexibilisierung des Haushaltsrechtes durch den Kakao gezogen haben und und und! Seitenweise findet man: CDU nein, nein, nein! Ich habe nicht die Zeit, Ihnen das alles vorzulesen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie sollten Ihre Staatskanzlei mit anderen Dingen beschäftigen!)

Sie haben viele Möglichkeiten gehabt, uns an diesen Stellen zu helfen.

Richtig ist – was heute morgen hier gesagt worden ist –, daß es dann, wenn wir unseren Zeitplan, bis zum Mai die strukturellen Reformen vorzulegen, nicht einhalten, allerdings schwierig wird. Denn ich glaube, daß der Abwärtsgang und das Abgleiten von Steuern in Bonn weitergehen wird. Es deutete schon heute in der Rede von Rexrodt einiges darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit auf 11 % steigen wird und daß die Einnahmen sinken werden. Das nennt er eine gelungene und erfolgreiche Wirtschaftspolitik. – Irgendwie scheinen ihm die Bilder durcheinandergekommen zu sein.

Wir werden uns bis Mai zusammensetzen und werden dann, nach der abgeschlossenen Aufgabenanalyse, die Personal- und Aufgabenstruktur der Landesverwaltung neu zu definieren haben. Wir werden Vorgaben für weitere **Personaleinsparungen** bis zum Jahre 2000 machen. Wir werden dann – das müssen Sie auch mittragen, und da dürfen Sie nicht nur rumjammern, wenn es darauf ankommt –, wenn wir etwa vier Fünftel aller Stellen aus dem Sparbereich herausnehmen, zum Beispiel die Hochschulen, Schulen, Justiz- und Finanzverwaltungen, einen Ausgleich dadurch schaffen müssen, daß wir bei dem anderen Fünftel zugreifen. Das sind die Mitarbeiter, die unter anderem durch die vielen Anfragen der Opposition viel zu arbeiten und zusammenzutragen haben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir müssen auch eigenes Verhalten ändern, wenn wir wollen, daß sich etwas in unseren Amtsstuben ändert. Wir werden niemanden entlassen, aber wir werden unter Umständen überlegen müssen, ob wir Vorruhestand, Teilzeitarbeit – wogegen sich Herr Kanther wehrt, als ob das christliche Abendland unterginge, wenn man dies für Beamte anbieten würde – und Teilzeitpensionierung anzubieten haben. Das wird durchaus eine lange Diskussion werden. So einfach ist das immer gar nicht, wie Sie sich das vorstellen, sonst würden Sie sich nicht hinstellen und jedes Versprechen machen. Wir brauchen den Konsens mit unseren Beschäftigten, denn die wissen, daß jede Stelle, die heute wegfällt, morgen nicht mehr von einem jungen Menschen besetzt werden kann und auf dem Arbeitsmarkt fehlt, auf dem wir heute schon

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

4,2Millionen Arbeitslose haben, und auf dem die Zahl der unversorgten Jugendlichen im Ausbildungsbereich geradezu dramatische Formen angenommen hat. Das ist unter Umständen für den Fortbestand unserer Demokratie gefährlicher als manches andere.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Landesbehörden neu zu strukturieren haben.

Ich gebe Ihnen in einer Sache recht – wenngleich ich es auch nicht richtig finde, daß Sie sich jedesmal schützend vor die Landwirtschaftsschulen legen –: Je mehr Einrichtungen man im ländlichen Raum schließt, um so mehr zwingt man Menschen, in eher städtisch orientierte Räume zu fahren, damit sie dort einen Arbeitsplatz finden. Das ist die logische Folge davon. Das kann man bejammern und beklagen. Man wird überlegen müssen, was teurer für die Umwelt, für die Mitmenschen und was teurer für die ganze Gesellschaft ist. Unter diesen Gesichtspunkten muß eine Entscheidung getroffen werden.

Wir werden unter Umständen auch Aufgaben neu zusammenzusortieren haben, und wir werden – darauf ist mehrfach hingewiesen worden, und die Universitäten sind jetzt bereit, daran mitzuwirken – an **Schulen** und **Hochschulen** die **Strukturreformen** weiter vorantreiben. Auch dagegen haben Sie sich gewehrt und die Autonomie der Schulen als etwas dargestellt, was unanständig und niemandem zuzumuten ist. Es hat sich herausgestellt, daß viele Schulen sie gern angenommen haben und dankbar dafür sind, daß sie die Möglichkeit haben, eigene Profile zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden prüfen, ob wir jedes EU-Programm mitfinanzieren können. Da geht es vor allem um die EU-Programme, die von uns verlangen, drei Partner zu suchen, die genau das gleiche tun wie wir. Ich halte diese Programme inzwischen für eine Provokation. Es reicht, wenn zwei Partnerländer das gleiche machen; das dritte ist nur gefordert worden, damit Geld in den Haushalt eingestellt werden kann, aber nicht abfließt. Das ist aus meiner Sicht eine Bürokratisierung, die nicht nottut und von uns auch nicht mehr mitbezahlt werden kann. Es ist Unsinn, daß wir in Schottland und in Italien Partner suchen, die das gleiche machen wie wir, um auf diese Weise eine EU-Finanzierung hinzubekommen, deren Sinn mir nicht mehr einleuchtet, wenn die Synergieeffekte darin bestehen, daß man reisen und telefonieren muß.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es geht anscheinend nicht, daß man mal eben über die Grenze mit den dänischen Nachbarn und Freunden oder den Schweden abklärt, ob wir das in dieser Region mit der gleichen Mentalität etwa so machen können, wie sie sich das vorstellen. Auch das muß mit auf den Prüfstand.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es gibt eine ganze Menge sehr unangenehmer Fragen. Dagegen ist die Feuerwehr, die ja nur weniger bekommt, als sie erhofft hat, aber mehr, als sie eigentlich hat erwarten können, weil die Feuerwehrsteuer gestiegen ist, nur ein kleines Problem.

(Zurufe von der CDU)

Was wir zu tun haben, wird eine ganze Menge Mehrarbeit erfordern.

Für die **Steuermindereinnahmen** ist zufällig ganz allein die Bundesregierung zuständig, Frau Todsen. Dort hat sie nämlich die Kompetenzkompetenz. Bei der doppelten Kompetenzkompetenz könnte man allerdings gauben, sie hätte überhaupt eine Kompetenz, sie hat eigentlich gar keine. Auch nicht beim doppelten Stottern..

(Beifall bei der SPD)

Für das Gebiet hat die Bundesregierung jedenfalls keine Kompetenz.

Der Rücktritt von Waigel wird ja wohl von den „Jungen Wilden" nicht gefordert, weil sie ihren Kohl ärgern wollen – die werden ihre Karriere auch nicht gefährden wollen –, sondern sie merken, daß der Waigel ihre Karriere mit der Haushaltspolitik in Bonn gefährdet.

(Zuruf von der SPD: Dann soll der mal so weitermachen!)

– Nein, sie dürfen nicht so weitermachen, weil das von Menschen ausgebadet werden muß, die heute in Suppenküchen ernährt werden müssen, weil sie sich selber nicht mehr ernähren können. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sonst könnte man sagen: Sollen die sich doch selber in ihr Unglück reiten.

Nun eine letzte persönliche Bemerkung an Sie, Herr Dr. Hennig: Sie sind offensichtlich so stolz auf Ihre Rote Karte. Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn auf dieser Roten Karte vorn stehen würde: Frau Simonis, wir sind gegen dieses Programm, zu versuchen, Jugendliche aus der Drogenszene herauszubekommen. Das ist das gute Recht der Menschen. Das Bild auf der anderen Seite dieser Karte erinnert mich allerdings an die Zeit, von der ich dachte, daß sie vorbei ist. Die Hand mit der Spritze soll insinuieren, ich würde Leute an die Nadel treiben.

(Anhaltender und lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das hat etwas mit „Kinder-Sex" zu tun, was Sie schon einmal versucht haben, jemandem im Lande unterzuschieben.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie drogenpolitisch anderer Meinung sind als die Fachleute – – Ich habe auch meine Zweifel, ob das

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

alles so funktioniert. Das sage ich auch ganz offen, und darum streite ich gar nicht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber Sie verantworten es!)

– Ich verantworte es, weil es dann, wenn die zuständige Bundesbehörde es genehmigen würde,

(Glocke des Präsidenten)

ein kontrolliertes, vom Bundesverfassungsgericht erlaubtes Modell wäre, an dem man nachweisen könnte, ob es funktioniert oder nicht. Mehr tue ich nicht. Aber Ihr Bild ist der Versuch, mich in eine Ecke zu stellen, in der ich nicht stehe, in die ich nicht hingehöre und von der ich dachte, daß es in Schleswig-Holstein mit der Diffamierung vorbei wäre. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Rote Karte zurückziehen würden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stritzl.

Ich nutze die Zwischenzeit und begrüße auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher der CDU-Senioren Malente. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Simonis, ich verstehe, daß Sie aufgeregt sind, daß Sie sogar erregt sind, wenn Sie mitbekommen müssen, daß die Sie tragenden Fraktionen, die Roten und Grünen, Ihr Lieblingskind, den **Pensionsfonds**, mit einem schlichten rot-grünen Daumendruck ausgetopft haben. Ich verstehe, daß Sie das aufregt, weil Sie gesagt haben, das sei das Ei des Kolumbus, während Sie nun im Ergebnis feststellen müssen, daß es die Luftnummer ist, die der Landesrechnungshof, die alle Sachverständigen und wir Ihnen nachgewiesen haben. Jetzt kommt Ihre Koalition ebenfalls auf den Trichter, so daß Sie zugeben müssen, daß Sie in dem Punkt falschgelegen haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kann dann heute nur Frau Erdsiek-Rave und Frau Fröhlich bitten: Bleiben Sie nicht auf halbem Weg stehen! Folgen Sie unserem Vorschlag – ich hoffe, Sie werden es demnächst ohnehin tun –, und lösen Sie diesen verfehlten Fonds völlig auf. Lösen Sie den Fonds auf, und stellen Sie das Geld da ein, wo es hingehört!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, ein Zweites: Wir haben in der Tat einen Streit in der Sache, ob es klug, weise und angemessen ist, in Schleswig-Holstein **Drogen in Apotheken** jedermann frei verfügbar über eine Scheckkarte zur Verfügung zu stellen. Hierüber werden wir mit Ihnen streiten. Hier werden wir als Union nicht weichen und Ihren Weg nicht mitgehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das ist doch Volksverdummung, was Sie da sagen!)

Dieser Weg wird im Ergebnis dazu führen – das sagen Ihnen die Experten bis hin zu den Selbsthilfegruppen –, daß mehr junge Menschen in Schleswig-Holstein Drogen nehmen, daß mehr junge Menschen in die Versuchung kommen, Haschisch zu nehmen, daß die Prävention nicht mehr klappen wird, weil sie den Kindern und Jugendlichen nicht klarmachen können, daß das, was sie frei in der Apotheke bekommen, gefährlich ist.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen das ganz genau. Eine Theorie wird nicht klappen, die heißt: Es ist volks- und betriebswirtschaftlich nicht belegt, daß eine Marketingstrategie, ein Produkt in guter Qualität, wie Sie es wollen – nach Möglichkeit mit Schleswig-Holstein-Stempel –, zu möglichst günstigen Preisen an bekannten Orten – sprich Apotheken – abzugeben, nicht zu einem Weniger an Konsum führen wird. Wenn das passieren würde, wären heute all die pleite. Sie wenden das gleiche Prinzip an, indem sie Markenprodukte zu billigen Preisen an bekannten Plätzen anbieten.

Nein, das ist der falsche Weg, den Sie gehen. Darauf machen wir aufmerksam.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, diesen Streit werden Sie in der Sache führen müssen. Sie tun sich meiner Meinung nach selbst einen großen Gefallen, wenn Sie nicht versuchen, die CDU-Fraktion, ihren Oppositionsführer Ottfried Hennig, nach dem Motto in die Ecke zu stellen: Das gab es doch 1987/88 schon einmal.

(Zurufe von der SPD)

Sehr geehrte Frau Simonis, das sind Dinge, wo Sie versuchen, Ausflüchte zu finden und einen Ausfallangriff machen, weil Sie ein erkennbar schlechtes Gewissen haben und

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Holger Astrup [SPD]: Vorsicht! Vorsicht!)

weil Sie wissen, daß das nicht nur bei der PDS so ist. Auch die Frau Schaich-Walch – sie ist Ihnen allen sicherlich bekannt – sagt in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", daß man selbstverständlich darüber nachdenke, auch Heroin entsprechend anders zu behandeln, also ebenfalls in die Verfügbarkeit einzutreten. Der Hamburger Bürgermeister sagt doch auch, Ihre Pläne zur Haschischfreigabe würden seine Pläne zur kontrollierten Abgabe von Heroin im Zweifel stören.

Frau Simonis, nein, Sie müssen sich in der Sache stellen, ohne zu versuchen, uns mit der Situation

(Thomas Stritzl)

1987/88 zu diffamieren, weil Sie seit dem Untersuchungsausschuß im Jahr 1996 wissen, daß die Thesen, so wie sie uns vorgeworfen worden sind, nicht haltbar sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Nun komme ich zum Haushalt: Sie wollen im Ergebnis nichts anderes, als von dem abzulenken, was der Finanzminister heute öffentlich bekundet und eingeräumt hat. Herr Finanzminister, Frau Ministerpräsidentin, ich nenne Ihre heutigen öffentlichen Einlassungen seitens der Regierung, man habe die Situation nicht voraussehen können und es sei halt ein Ausgabenloch von 190 Millionen DM eingetreten. Am 16. Januar in der Sitzung des Finanzausschusses war das dem Finanzminister noch nicht bekannt. Wir müssen also von einem echt dramatischen Wochenende ausgehen. Wenn wir ihm glauben wollen, erinnert das doch eigentlich nur daran, daß das eine Gruppe der Ahnungslosen war oder ist, daß die Haushaltspolitik des Landes Schleswig-Holstein offensichtlich mit dem Bermuda-Dreieck-Effekt zu vergleichen ist; denn über Nacht verschwinden plötzlich Hunderte von Millionen. Eine solche Politik ist alles andere als solide.

Es stellt sich die Frage, ob Besserung in Sicht ist. Frau Ministerpräsidentin, ich gebe zu, daß Sie sich viel Mühe gegeben haben zu sagen, daß Sie strukturell sparen wollen. Auch die Fraktionsvorsitzende der SPD sagt, strukturelle Sparmaßnahmen seien das, was jetzt gefordert sei. Ich kann nur sagen: Herzlich willkommen! Als wir das in unseren Eckwerten im Oktober 1996 öffentlich eingefordert haben, wurden wir verlacht. Es wurde gesagt, das sei alles nicht notwendig.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt ist es das Ei des Kolumbus, natürlich ausgebuddelt vom rot-grünen Spaten.

Auf einmal ist die Landesregierung gefordert, bis zum Mai ein fertiges Konzept vorzulegen. Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg im Interesse des Landes viel Glück. Es kommt, wenn es denn kommt, Jahre zu spät; denn seit 1994 liegt der Bericht der Enquete-Kommission vor. Was Sie seit daher in Sachen **Entbürokratisierung** und in Sachen Verschlankung des Staats vorgeführt haben, erinnert doch wirklich eher an das Lied mit der Strophe: Tausendmal berührt, tausendmal ist nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben vermutet, die CDU-Fraktion würde permanent vor Ihrer Tür liegen, wenn Sie versuchen, **strukturelle Einsparungen** umzusetzen.

(Heiterkeit)

Ich kann Ihnen aber versichern, daß wir das nicht tun – weder einzeln noch in der Gruppe.

(Heiterkeit)

Frau Ministerpräsidentin, wir haben allerdings die Frage,

(Zuruf der Abgeodneten Ursula Kähler [SPD])

wie effektiv Ihnen das, was Sie sich an die Brust geheftet haben, überhaupt gelungen ist. Wenn das, was Sie gemacht haben, alles so prima war, stellt sich die Frage: Wo sind denn die Einsparungseffekte? Wieso kommt es dann dazu, daß in Ihrer Zeit die Zahl der Bediensteten im Landesdienst angewachsen ist?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich habe mit Freude in Ihre eigene Broschüre hineingesehen. Da steht zu lesen, daß die Ministerpräsidentin des Landes nicht nur die Aufgaben eines Bundeskanzlers, sondern auch die eines Bundespräsidenten wahrzunehmen hat und daß sie sich selbstverständlich als Dienstherrin für 71 000 Bedienstete im öffentlichen Dienst verantwortlich fühlt.

Nun will ich Sie nicht auf die Zahlen festnageln, weil nicht alle haushaltswirksam sind. Aber, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie das so machen und sagen, es sei Ihre Aufgabe, sich um diese Menschen fürsorglich zu kümmern, stehe ich Ihnen gern zur Seite. Das ist Ihre Aufgabe. Ich kann allerdings nicht erkennen, daß Sie dieser Aufgabe in ausreichendem Maße nachkommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Ministerpräsidentin, ich will Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Der Versuch, die **öffentliche Verwaltung** zu modernisieren, muß scheitern, wenn Sie die Menschen auf diesem Wege nicht mitnehmen. Wie wollen Sie Menschen mitnehmen, wenn Sie sich öffentlich hinstellen und sagen, jedem – ich zitiere sinngemäß –, der länger als fünf Jahre im öffentlichen Dienst sei, habe man sowieso jede Form von Kreativität aus dem Hirn geklopft?

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lange waren Sie im öffentlichen Dienst, Herr Stritzl? – Unruhe)

Meine sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, wer so etwas tut, bindet nicht ein, er grenzt aus. Er darf sich über das Ergebnis einer an sich begrüßenswerten Fragebogenaktion unter dem Motto: „Was kann man bei euch verbessern?" nicht wundern. Es ist sehr vernünftig, Menschen einzubinden, abzufragen.

(Holger Astrup [SPD]: Hier taucht die Frage auf, wie lange du im öffentlichen Dienst warst! – Heiterkeit)

– Holger, eingedenk des Wortes der Ministerpräsidentin müßtest du eigentlich wissen, daß es keine fünf Jahre waren. Ich nehme das als zustimmendes Lob. Vielen Dank!

(Heiterkeit – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Möller war länger als fünf Jahre im öffentlichen Dienst!

(Thomas Stritzl)

Astrup auch! – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– So ist es. Ich möchte die Frage gern an den Finanzminister für seine Erwiderungsrede nachher weitergeben.

Nun aber zurück zum Thema! Menschen einzubinden, zu fragen, was man besser machen kann, ja. Wenn ich sie vorher beschimpfe, ist der Effekt genau umgekehrt: Sie steigen aus. Herr Innenminister, ist es nicht so, daß bei Ihnen bei der Fragebogenaktion „Wie kann ich etwas verbessern?" im Rücklauf Fragebögen nach dem Motto auflaufen: Ich kann diese Fragen leider nicht beantworten, da ich schon länger als fünf Jahre im öffentlichen Dienst beschäftigt bin.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ist das so, Herr Minister? – Ich bedanke mich für das Eingeständnis.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Claus Möller auch!)

– Ich weiß nicht, ob an Herrn Möller ein solcher Fragebogen gegangen ist.

Frau Ministerpräsidentin, ein Weiteres! Wenn Sie schon nicht gespart haben, wenn schon der **Abbau im öffentlichen Dienst** nicht erfolgt ist, stellt sich die Frage, ob Sie darüber hinaus vernünftige Schritte machen. Sie können von uns doch nicht im Ernst erwarten, daß wir Ihnen zujubeln, wenn Sie uns einerseits sagen, Sie versuchten etwas in Sachen **Entbürokratisierung**, und uns andererseits ein Frauenministerium präsentieren, nach dem Motto: Da wird zusammengewürfelt, was nicht zusammengehört.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch eine Frechheit!)

– Aber es ist doch so, gnädige Frau, es ist doch wirklich so, Frau Heinold; darüber brauchen wir doch gar nicht zu streiten. Jugend, Frauen, Wohnungsbau – das gehört ja alles wirklich zwingend zusammen

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

und führt zu einem enormen Synergieeffekt, weil Sie ja die Städtebau- und Wohnungsbauabteilung nicht mehr zusammenlegen können, es führt zu begrüßenswerten Mehrkosten durch einen Umzug. Das sind doch zusätzliche Kosten, die Sie verursachen. Das hat doch nichts mit Entbürokratisierung, mit Verschlankung zu tun; da wird aufgebläht und verzettelt.

(Unruhe)

Ein weiterer Punkt in Sachen Landeshaushalt! Sie haben die **Flexibilisierung des Haushaltsrechts** eingefordert und unsere Zustimmung in Teilbereichen vermißt. Ich sage Ihnen, warum wir sehr skeptisch geworden sind. Wir sind deshalb skeptisch geworden, weil eine Landesregierung ein geltendes Haushaltsrecht flexibilisieren will, ohne sich bereits an die geltenden Maßnahmen in vollem Umfang selbst halten zu wollen. Ich habe mit großem Erstaunen und teilweise Erschrecken lesen müssen: 30 Millionen DM sollen durch **Grundstücksverkäufe** in den laufenden Haushalt eingestellt werden, Herr Minister. In § 64 Abs. 6 der Landeshaushaltsordnung steht, daß Erlöse aus Grundstücksverkäufen des Landes in ein Sondervermögen (Grundstock) des Landes zu überführen sind. In Ausnahmen kann es anders sein. Das heißt, in der Regel muß dem **Grundstock** zugeführt werden, in Einzelfällen sind Ausnahmen möglich. Sie kehren dieses Regel-Ausnahme-Prinzip um. Das ist unzulässig, das ist eine nicht zulässige Form der Auslegung.

Ein weiterer Punkt, Frau Ministerpräsidentin! Sie haben gesagt, der Landeshaushalt sei ein Musterbeispiel von Gründlichkeit und Geordnetheit. Sie sind einen halben Zentimeter weg von der Verfassungswidrigkeit im Hinblick auf Artikel 53 der Landesverfassung – einen halben Zentimeter davon weg!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben heute keinen Ton dazu gesagt – ich möchte, daß Sie dazu bitte etwas sagen –, was Sie machen, wenn noch irgendeine Aktion unvorhergesehenen Ausmaßes in diesem Lande passiert. Nehmen wir einen Sturm an, die ALW müssen Bäume wegräumen, was auch immer. Womit finanzieren Sie das? Oder was ist mit den Einnahmen aus LEG und Flughafengesellschaft, eingestellt mit einem Betrag von 95 Millionen DM, von Ihnen selber vor wenigen Tagen dargestellt als nicht erreichbar im Jahre 1997?

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

– Selbstverständlich, Herr Minister! – Ist das die Haushaltslücke, ist das schon der Schritt in die Verfassungswidrigkeit? – Das als Musterbeispiel für geordnete Verhältnisse hinzustellen – Frau Ministerpräsidentin, Sie sollten Ihre Worte wägen und das hier klarstellen.

Nun kommen wir zur **Steuerreform**. Frau Ministerpräsidentin, ich hoffe, wir sind uns einig, daß eine Steuerreform unter dem Strich eine kräftige, spürbare Nettoentlastung bringen muß

(Konrad Nabel [SPD]: Für die Unternehmen!)

für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft unseres Landes.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Und womit soll das bezahlt werden?)

Wenn das gemeinsame Ziel von Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern gelingen soll, zwei Millionen mehr Arbeitsplätze zu schaffen, müssen wir in diesem Lande ein Investitionsvolumen von mehreren hundert Milliarden DM bewegen. Das ist die Aufgabe, vor der wir alle stehen. Deswegen müssen wir alles tun, daß diese Spielräume wieder geschaffen werden. Wenn der Staat jede zweite Mark nimmt, sind diese Spielräume nicht da. Deshalb ist es so wichtig, daß die Steuerreform gelingt.

Aber ich höre, daß die SPD sagt, an einer **Nettoentlastung der Bürger** sei sie gar nicht so sehr interes-

(Thomas Stritzl)

siert. Ich kann Sie vor diesem Weg nur warnen, Frau Ministerpräsidentin. Denn dann wird die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt durch neue **Arbeitsplätze** nicht kommen können. Aber es ist ja irgendwo auch konsequent, wenn Sie sagen, Sie hätten etwas gegen die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern. Es ist irgendwie doch konsequent angesichts Ihrer Beschlüsse – mit Ihrer Stimme am 16. April 1994 in Eckernförde verabschiedet. Da sehen wir, was die SPD unter Entlastung der Bürgerinnen und Bürger versteht. Ich zitiere auszugsweise: Erhöhung der Energiepreise, Ausbildungsplatzabgabe, Vermögensabgabe auf alle Geld- und Sachvermögen,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

höhere Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das betrifft alle, die ein Eigenheim haben. – Ich sehe, daß Herr Nabel an dieser Stelle klatscht. Herr Nabel, damit erhöhen Sie die Staatsquote, damit vernichten Sie Arbeitsplätze, anstatt neue zu schaffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun ein Wort zur **Mehrwertsteuererhöhung**! Frau Ministerpräsidentin, wir alle wollen nicht, daß die Entlastungseffekte durch eine neue Steuerrunde aufgefressen werden. Das ist völlig klar. Wir wollen nicht, daß die Nettoentlastungseffekte, die aus den besagten Gründen notwendig sind, wieder aufgezehrt werden. Dennoch kann es einen Punkt geben, und man kann fragen, wie es möglich ist, darüber hinaus direkte und indirekte Steuern miteinander zu verbinden, zum Beispiel eine direkte Steuer auf Einkommen weiter zu reduzieren und über eine Verschiebung der direkten zu den indirekten Steuern zu reden. Das müßte eigentlich auch Ihnen sympathisch sein. Warum? – Weil die Einkommensteuer an der Arbeitskraft ansetzt und damit die Arbeitskosten verteuert, auf der anderen Seite die Mehrwertsteuer am Produkt ansetzt und somit ergiebiger ist, weil sie zum Beispiel auch im Ausland produzierte Produkte, die in Deutschland verkauft werden, mit erfaßt.

Es gibt vor diesem Hintergrund – also nicht zur Finanzierung der Steuerreform, das sage ich ganz offen, sondern unter anderen Gesichtspunkten – unter steuerrechtlichen Voraussetzungen in der Tat überlegenswerte Aspekte, die man nicht so wegschütten sollte, wie Sie es hier getan haben.

Frau Ministerpräsidentin, ich hätte mich gefreut, wenn Sie etwas mehr Klarheit in Ihre eigene **Haushaltspolitik** gebracht hätten, wenn Sie sich hier hingestellt und bekannt hätten, daß Ihnen 190 Millionen DM praktisch über Nacht abhanden gekommen sind, daß Ihnen das leid tut und Sie für Abhilfe sorgen werden, daß Sie für berechenbare, belastbare Daten für das kommende Haushaltsjahr sorgen werden. Ich hätte von Ihnen erwartet, daß Sie uns das darstellen. Das wäre notwendig gewesen, Klarheit und Solidität statt Nebel eines Wortschwalls, der uns keinen Schritt weiterführt, sondern die Haushaltslücke weiter klaffen läßt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Stritzl hat gerade ordentlich auf den Putz gehauen. Vielleicht hat er damit Punkte im Kandidatenwettstreit sammeln können.

(Reinhard Sager [CDU]: Wollen Sie SPD-Vorsitzender werden?)

Mit der Kollegin Volquartz, die dem größeren Teil seiner Rede ferngeblieben ist, bin ich sicherlich einer Meinung, daß zur Haushaltspolitik Geradlinigkeit und Seriosität gehören. Davon war dieser Redebeitrag weit entfernt.

Wie Sie, Herr Kollege Stritzl, angesichts der Situation öffentlich fordern können, daß durch die Steuerreform die **Steuereinnahmen der öffentlichen Hände** um 50 bis 70 Milliarden DM zurückgehen sollen – Sie überbieten sich ja geradezu im Wettstreit der Summen –, und wie Sie das vor dem Hintergrund der Aufgaben des Staates im Bereich von Bildung, Sicherung der Arbeitsplätze, Gesundheit und Pflege verantworten wollen, ist wirklich nicht nachvollziehbar. Sie kritisieren doch jeden einzelnen Vorschlag, den wir in diesen Bereichen unterbreiten, weil der Staat das leisten muß, wie Sie immer fordern. Sie wollen den armen Staat, und den können sich, wie der Finanzminister Möller heute gesagt hat, nur die Reichen leisten.

Wenn ich einmal resümiere, was wir von den Herren Kubicki, Hennig und Stritzl gehört haben, dann muß man feststellen: Das war nicht die Stunde der Opposition.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Jetzt kommt die Stunde der Regierung!)

Wir haben viel Kritik gehört, wobei die Verursacher in Bonn wissentlich ausgeblendet wurden. Wir haben aber – wenn ich einmal den Kollegen Kubicki ausnehme – von den Herren Stritzl und Dr. Hennig nicht einen Vorschlag gehört, wie durch Eingriffe in **Haushaltsstrukturen** und in anderen Bereichen des Landeshaushalts **Einsparungen** erzielt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hennig, Sie haben in Ihrem Redebeitrag sehr häufig den Bürger bemüht. Ich glaube, daß die Menschen von uns mutige Entscheidungen, aber auch

(Günter Neugebauer)

Perspektiven erwarten und nicht eine haltlose Kritik ohne Alternativen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer von der Landesregierung und den Koalitionsparteien Einsparungen fordert, der muß auch den Mut haben, zu sagen: Das tragen wir mit. Es sind dazu in den letzten zwölf Monaten viele Beiträge auf den Tisch gelegt worden. Was haben Sie aber gemacht? Sie haben jeden einzelnen Einsparungsvorschlag auf populistische und opportunistische Weise abgelehnt.

(Ursula Röper [CDU]: Wir setzen andere Prioritäten!)

Wir müssen den Menschen leider folgendes vermitteln:

Erstens. Wir müssen ihnen weitere Opfer und mehr Verzicht zumuten.

Zweitens. Wir können leider nicht mehr alles finanzieren, was wünschenswert ist.

Drittens. Wir sagen den Menschen aber auch: Wir brauchen endlich den politischen Wechsel in Bonn, weil wir nur mit gerechteren Steuergesetzen und mit einer aktiven Beschäftigungspolitik die Lage der öffentlichen Finanzen und damit auch die Situation der Menschen in diesem Land verbessern können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Diese Menschen, Frau Heinold, können sich auf uns verlassen.

Wir sparen gemeinsam nicht aus Jux und Dollerei; wir sparen, damit wir uns die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungsfähigkeit in wichtigen Bereichen der aktiven Beschäftigungspolitik, der Arbeitsplatzsicherung, der Kindergartenversorgung, der Bildung, der Unterrichtsversorgung und auch im Bereich der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein erhalten.

Wir wollen uns nun einmal anschauen, was die vereinigte Opposition bisher vorgelegt hat. Von der CDU haben wir noch gar nichts gehört. Ich habe das eben schon hervorgehoben. Die F.D.P. hat uns einen Vorschlag unterbreitet. Sie hat ihn mit der Überschrift „Intelligentes Sparen" überschrieben. In der Summe kommt sie zu einer Einsparung von 2,6 Millionen DM, mit der sie den Haushalt 1997 entlasten will. Ich will mich gar nicht zu den Einzelheiten Ihrer 800 Anträge äußern. Sie enthalten viel Diffuses und Nichtrealisierbares. Ihr Vorschlag ist wirklich kein konkreter Einsparungsvorschlag.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich vermute, der Kollege Kubicki wird noch nach mir sprechen. Mir steht aber nicht mehr viel Zeit für meine Rede zur Verfügung, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Feigling!)

– Ich bin kein Feigling; Sie kennen mich doch schon lange genug.

Ich möchte an die Opposition appellieren, die schwierige Haushaltslage des Landes und die Ursachen dafür objektiv und fair zu bewerten. Wenn Sie dazu in der Lage sind, werden Sie – so wie ich – zu der Feststellung kommen, die ich in drei Punkten zusammenfassen will.

Erste Feststellung: Das **Defizit** ist zum überwiegenden Teil – nämlich zu 211 Millionen DM – auf **Steuermindereinnahmen** zurückzuführen, die diese Landesregierung mit ihren steuerpolitischen Vorstellungen nicht zu vertreten hat. Es ist vielmehr das Ergebnis einer Steuerpolitik, die den Arbeitnehmern in Deutschland die höchste Steuer- und Abgabenquote seit dem Kriegsende beschert hat. Diese Steuerpolitik hat dazu beigetragen, daß immer mehr größere Unternehmen und reiche Menschen in der Lage sind, sich durch Nutzung von Steuergestaltungsmöglichkeiten und durch die Nutzung von Steuerschlupflöchern der gesetzlichen Steuerpflicht zu entziehen. Wenn die Ansätze bei der veranlagten **Einkommensteuer** und **Körperschaftsteuer** innerhalb von zwölf Monaten halbiert werden müssen, dann haben sich doch nicht nur die gutbezahlten Mitglieder der Steuerschätzkommission in Bonn geirrt. In diesem Fall sind doch die Inhalte der Steuergesetze falsch. Deswegen wird es höchste Zeit, daß man sie ändert.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Feststellung: Wir haben es auch mit reduzierten Einnahmen im Bereich der **Lohnsteuer** zu tun. Die Ursache dafür ist eindeutig: Die Bundesregierung hat durch ihre verfehlte Wirschaftspolitik dazu beigetragen, daß wir die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Kriegsende haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben doch nicht weniger versicherungspflichtig Beschäftigte! Die Sozialabgaben sind doch gestiegen!)

Damit ist die Zahl der Lohnsteuerzahler kleiner geworden. Durch die Schwächung der Binnennachfrage sind die Umsätze und damit die Einnahmen aus der Umsatzsteuer nicht dem Soll entsprechend.

Dritte Feststellung: Wer das Haushaltsmanagement der Landesregierung kritisiert, der verkennt, daß diese Regierung vor der Notwendigkeit stand, binnen zwölf Monaten die Ansätze in bezug auf die Steuereinnahmen um 10 %, also um ungefähr 1 Milliarde DM, nach unten zu korrigieren. Wenn man das Ergebnis betrachtet, kommt man zu dem Schluß: Es handelt sich um eine respektable Leistung, die insbesondere Finanzminister Möller mit seinem Haushaltsmanagement bewältigt hat. Dieses Management, Herr Kolle-

(Günter Neugebauer)

ge Kubicki, verdient nicht die verletzende, herabsetzende, auf jeden Fall arrogante Kritik, die Sie vorhin in Ihrem Redebeitrag an der Person Möller geübt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie und ich sollten einmal abwarten, wie es mit den Haushaltsabschlüssen in anderen **Bundesländern** aussieht. Diese Abschlüsse liegen noch nicht vor. Ich bin aber ziemlich sicher, daß alle anderen Bundesländer vor ähnliche Probleme gestellt sein werden. Vermutlich wird es sich um viel dramatischere Probleme handeln als die, die wir jetzt angepackt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In den neuen Bundesländern nicht!)

– Wir brauchen gar nicht auf die anderen Bundesländer zu schauen. Die Frau Ministerpräsidentin hat eben nach Bonn geschaut. Die Bundesregierung wird, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, von F.D.P. und CDU/CSU gestellt. Die Bundesregierung besteht ja nicht nur aus dem Waigel. Die **Bundesregierung** hat einen Haushaltsabschluß vorgelegt, bei dem die **Neuverschuldung** um 18,4 Milliarden DM gegenüber dem Ansatz und um 25 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr angehoben worden ist. Ich hätte einmal Ihr Geschrei erleben wollen, wenn wir ein ähnliches Ergebnis im Abschluß 1996 hätten feststellen müssen.

Im Vergleich zu Waigel steht Herr Möller glänzend da. Er hat ein hervorragendes Zeugnis für seine Arbeit verdient.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was vergleichen Sie denn da?)

Wenn Sie schon Kritik üben, dann sollten Sie diese Kritik an Bonn adressieren. Dort gehört sie hin.

Ich will mich nun kurz mit zwei ernsthaften Kritikpunkten auseinandersetzen. Der erste Kritikpunkt betrifft den späten Zeitpunkt des Erlassens einer **Haushaltssperre**. Ich denke, daß man – zumindest im Licht der heutigen Erkenntnisse – darüber kontrovers diskutieren kann. Vielleicht hätte ein früherer Zeitpunkt mehr als die Ersparnis von 52 Millionen DM erbracht. Aber wer konnte – das frage ich auch Sie, Herr Kollege Kubicki – den dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen im vierten Quartal des Jahres 1996 erkennen? Die Kommission „Steuerschätzung" hat ihn nicht erkannt.

(Holger Astrup [SPD]: Aber Kubicki!)

Der zweite Vorwurf betrifft das **Controlling**. Auch darüber kann man nachdenken, insbesondere im Hinblick auf die **Haushaltsreste**. Ich sage für die SPD-Fraktion folgendes. Finanzminister Möller hat recht, wenn er die Frage stellt: Hätten wir den Mut gehabt, wichtige arbeitsplatzschaffende Investitionen für die Infrastruktur dieses Landes zu stoppen? – Ich sage Ihnen: Wir hätten den Mut nicht gehabt, und in diesem Parlament hätte niemand den Finger dafür gehoben, wichtige investive Maßnahmen zu stoppen oder zu streichen.

Wir begrüßen die Absicht des Finanzministers, aus den Erfahrungen mit dem Haushaltsvollzug 1996 heraus zum Beispiel das Controlling weiter zu verfeinern und den Resteabfluß durch Einzelermächtigung besser als im letzten Jahr im Griff zu behalten.

Ich gebe zu, daß die in den letzten Tagen zu treffenden Einsparentscheidungen für den Haushalt 1997 auch für uns sehr schmerzhaft waren. Aber trotz dieser schmerzhaften Eingriffe auch aus der Sicht von Sozialdemokraten stelle ich fest: Die **Unterrichtsversorgung** bleibt auf dem hohen Niveau erhalten. Die innere **Sicherheit** bleibt weiter gewährleistet.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Für die aktive Beschäftigungspolitik, für das **Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein"** werden trotz der Kürzungen um 4 Millionen DM noch 6 Millionen DM mehr als im Vorjahr zur Verfügung stehen. Die Förderung von 4000 neuen **Wohneinheiten** bleibt unangetastet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Rede vom 30. Oktober!)

Der **Umweltschutz** behält seinen hohen Stellenwert. Der Einstieg in die **betreute Grundschule** – Frau Ute Erdsiek-Rave hat es heute morgen betont – wird 1997 haushaltsmäßig sichergestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir im nächsten Monat den Haushalt 1997 endgültig beraten, werden Sie sehen können: In vielen Haushaltsansätzen ist ablesbar, daß die SPD die politische Schutzmacht der kleinen Leute, der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen im Lande bleibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltslage verlangt weitere Eingriffe für die nächsten Jahre. Ich habe Sie schon dazu aufgefordert, aktiv daran mitzuwirken.

Wir als SPD-Fraktion wollen die Landesregierung aktiv unterstützen und begleiten bei ihrer Absicht, durch Eingriffe in Haushaltsstrukturen die Gestaltungsfähigkeit auch für die nächsten Jahre zu erhalten. Wir hoffen mit Ihnen, Herr Minister Möller, daß mit einem Wechsel in Bonn auch die finanziellen Voraussetzungen für die Haushalte ab 1999 für dieses Land besser werden.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von der vereinigten Opposition erwarten wir mehr, als bisher geleistet worden ist, nämlich eine konstruktive Begleitung

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist gar nicht unsere Aufgabe!)

(Günter Neugebauer)

und den Verzicht – das wird Ihnen schwerfallen – auf populistische Anträge. Ich habe vorhin schon auf Ihre 800 Anträge hingewiesen. Kollege Kubicki und Kollege Hennig – der jetzt nicht hier ist – oder Kollege Stritzl, wir sehen den hoffentlich ernsthaft gemeinten konstruktiven Anträgen zum Landeshaushalt 1997 mit Interesse entgegen. Wir haben wenig Hoffnung, aber wir wollen Ihnen doch die Chance geben zu lernen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zuerst gucken wir uns Ihre Anträge einmal an!)

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes feststellen. Wir können hier in Schleswig-Holstein kein Geld drucken. Aber wir wollen für einen finanzstarken Staat kämpfen, einen Staat, der allen Menschen im Land ohne Rücksicht auf ihr Einkommen ein Höchstmaß an Bildung, Gesundheit, sozialen Schutz und Arbeitsplatzsicherheit garantieren kann.

Deswegen brauchen wir eine **Steuerreform**, die aufkommenneutral ist. Deswegen brauchen wir mehr Steuergerechtigkeit. Deswegen brauchen wir eine gerechtere Verteilung der Lasten. Deswegen brauchen wir eine Beendigung des bewußten Ausblutens der öffentlichen Hände. Wir wissen, daß das allein von Schleswig-Holstein nicht leistbar ist. Das beste Rezept, das zu leisten, ist ein Wechsel der politischen Führung in Bonn.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Globale Minderausgaben, Restekreditermächtigung, Restabbau und andere Feinheiten der Haushaltstechniken – diesen Schnellkurs hat die bündnisgrüne Fraktion in den letzten Tagen erfolgreich absolviert. Die Abwägung von möglichen und unmöglichen Sparpotentialen, das Tauziehen mit dem größeren Partner um die Festlegung der Einsparkorridore, der Versuch, durch strukturelle Maßnahmen den Haushalt in 1998 tatsächlich und spürbar zu entlasten, das waren Inhalte der stundenlangen Verhandlungen.

Ich sage nicht ohne Stolz: Es ist uns trotz extremer Finanzbedingungen gelungen, gestalterische Politik in Schleswig-Holstein auch 1997 weiter zu ermöglichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Grüne, Fraktion und Partei, haben den erfolgten bitteren Kürzungen zugestimmt, und das, obwohl wir bereits 1996 auf einen Nachtragshaushalt und damit auf Gelder für von uns als notwendig erachtete **Reformprojekte** verzichtet haben. Ich bitte, daß Sie, Herr Kubicki, das berücksichtigen, wenn Sie immer davon sprechen, daß unsere Projekte die Haushalte des Landes bislang belasteten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Habe ich gar nicht gemacht!)

Für 1997 haben wir erst einmal eine Lösung. Es ist heute deutlich geworden, daß das Ende der Fahnenstange aber noch lange nicht erreicht ist. Das Problem der Haushaltslöcher wird sich 1998 verschärfen. Deshalb haben wir nicht nur Löcher gestopft, sondern wir haben für einschneidende **Strukturreformen** gestritten.

Ich kenne keine Partei – das ist heute deutlich geworden –, die nicht strukturelle Einschnitte ohne Tabus fordert, aber ich kenne auch keine Partei, die – wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – den Mut hat, hier und heute konkrete Vorhaben zu benennen. Das will ich gleich tun. Im Gegenteil, ich garantiere Ihnen, daß bei allen tatsächlich angedachten Veränderungen nicht nur die Betroffenen intervenieren werden – das ist ihr gutes Recht –, sondern daß F.D.P. und CDU jede nur denkbare Volksinitiative unterstützen werden, um populistisch jede geplante strukturelle Veränderung zu verhindern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ein Beispiel dafür war die Abschaffung der **Reiterstaffel**. Es war ja schon eine zynische Vorfreude, Herr Kubicki, mit der Sie heute darauf hingewiesen haben, wie viele Demonstranten schon hier waren und in Zukunft kommen werden.

Ich erwarte von der Opposition, daß sie hier und heute konkret benennt, welche Einrichtungen sie abschaffen oder verkleinern will. Der Oberbegriff „Funktionalreform" ist nicht präzise genug. Damit machen Sie es sich zu einfach.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Welche Partei – außer uns – traut sich, den Bestand der **Ämter für Land- und Wasserwirtschaft**, der **Straßenbauämter** und der **Katasterämter** tatsächlich in Frage zu stellen? Ich habe heute nichts davon gehört.

Wer thematisiert die Notwendigkeit und Kosten des **Polizeiorchesters**? Frau Fröhlich hat es erwähnt: zirka 40 Stellen, 2,5 bis 3 Millionen DM jährlich mit steigender Tendenz!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die spielen mehr ein, als sie ausgeben!)

Es muß doch zumindest erlaubt sein, diese Dinge zu hinterfragen.

Was sind dagegen 250 000 DM für einen Flüchtlings- oder einen **Kinderbeauftragten**, an denen von der Opposition in jeder Rede immer wieder die finanzpo-

(Monika Heinold)

litische Unvernunft der rot-grünen Regierung festzumachen versucht wird.

Wer stellt den **Kirchenstaatsvertrag** in Frage, zumal die evangelischen Akademien und viele andere kirchliche Einrichtungen noch zusätzliche Landesförderungen bekommen und vehement einfordern? Warum soll es tabu sein, diesen 40 Jahre alten Vertrag über fast 20 Millionen DM an jährlichen Zahlungen mit steigender Tendenz zumindest auf den Prüfstand zu stellen und zu hinterfragen, ob seine Aktualität noch gegeben ist?

Warum soll es nicht möglich sein, den **Verfassungsschutz** durch einen Nordländerverbund zu verschlanken, zum Nordstaat.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Also doch! Das haben Sie dementiert!)

– Ich kenne Leute, die reden vom Nordstaat. Warum soll es nicht möglich sein, hier in diesen Strukturen zu denken?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie haben dementiert, das getan zu haben!)

Nur Mut! Sie mögen andere Vorstellungen haben als wir. Aber konkretisieren Sie sie zumindest, Herr Dr. Hennig, und sagen Sie nicht, Sie würden in Bonn Unpopuläres nennen. Stellen Sie sich hier her, und dann diskutiere ich mit Ihnen über unpopuläre Maßnahmen, wenn Sie sie denn benannt haben, strukturelle Maßnahmen, nicht neu angedachte grüne Projekte, die es noch gar nicht gibt!

Der Finanzminister wird in diesem Jahr ein vielbegehrter Mann sein.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist übertrieben!)

Viele der tatsächlichen oder drohenden Sparmaßnahmen werden Betroffene dazu bringen, zu uns zu kommen und zuerst bei ihm anzuklopfen.

Der Finanzminister ist aber auch derjenige, der bei engen Personal- und Sachmittelkorridoren, bei mit globalen Minderausgaben belasteten Einzelplänen und bei der zunehmenden Notwendigkeit, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein abzusichern, ein gutes Gespür für drohende Haushaltslöcher haben muß, um notwendige Maßnahmen rechtzeitig mit uns zu diskutieren und einzuleiten. Verstärkungsmitttel für Personal sind 1997 nicht mehr in den Haushalt eingestellt, die Kreditgrenze ist nahezu ausgeschöpft, eine Restkreditermächtigung gibt es auch nicht mehr. Deshalb erwarten wir von der Regierung eine **Restebewirtschaftung**, die es verhindert, daß derart große Haushaltslöcher wie 1996 auch in Zukunft entstehen.

Wir fordern die Landesregierung auf, die **Budgetierung** des Haushalts, festgemacht an Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, mutig und beschleunigt voranzutreiben. Um tatsächlich handlungsfähig zu bleiben, müßte es uns gelingen, durch strukturelle Veränderungen eine halbe Milliarde bis eine Milliarde DM jährlich einzusparen. Das ist ein sehr hohes Ziel; es erfordert wirkliche Einschnitte. Ich hoffe, daß wir alle gemeinsam ehrlich über diese Einschnitte diskutieren und den Mut haben, auch etwas zu tun.

Ich komme zum Schluß. Geteiltes Leid ist halbes Leid. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tragen die notwendigen Kürzungen mit. Die Grünen wollen gerade in dieser Situation weder der Partei der Besserverdienenden noch der Partei der Bonner Schattenhaushalte die Verantwortung für Politik und Finanzen in Schleswig-Holstein überlassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Jetzt setzt er sich den anderen Hut auf! Jetzt ist er der finanzpolitische Sprecher!)

– Verehrte Frau Kollegin Erdsiek-Rave, ich habe mir noch vier Minuten aufgespart, um wenigstens etwas auf die doch sehr beachtlichen Redebeiträge der Vertreter der Regierungskoalition reagieren zu können.

Ich bin überhaupt nicht erstaunt darüber, als wie erfolgreich diese Finanzpolitik doch dargestellt worden ist. Nur wundere ich mich darüber, daß das nicht bereits im Dezember geschehen ist, daß wir also bis Januar haben warten müssen, um den Erfolg – die vorsorgende und aktive Finanzpolitik von Claus Möller und anderen hier im Hause – gebührend zu feiern. Günter Neugebauer, es wäre doch schön gewesen, das noch vor Weihnachten zu feiern und nicht so lange zu warten, bis die Zahlen auf dem Tisch liegen.

Nun möchte ich auch nichts dafür oder dagegen sagen, daß die Bonner – wie immer – an allem schuld sind und daß es aus der Sicht von SPD und Grünen dringend notwendig ist, daß in Bonn eine andere Regierung die Macht ergreift.

(Demonstrativer Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kollege Neugebauer, Herr Kollege Hentschel, wo bleiben Sie eigentlich, wenn das 1998 nicht gelingen wird? Dann stehen Sie mit leeren Händen da, ohne politische Perspektive, und Sie müssen dann erklären, daß Sie doch gezwungen sind, an Ihre eigenen Hausaufgaben zu gehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So schnell geht uns die Puste nicht aus!)

– Frau Kollegin Fröhlich, Sie werden schnell erleben, wie schnell Ihnen die Puste ausgeht, und wir erleben

(Wolfgang Kubicki)

ja bereits jetzt, was aus den vollmundigen Ankündigungen im Koalitionsvertrag wird. Dort wurde ja gesagt, was man politisch alles bewegen will, und zwar trotz der Finanzprobleme, die es damals schon gab; sonst hätten Sie ja keinen Finanzierungsvorbehalt eingebaut. Die Minister reisten durchs Land und stellten in vollmundigen Ankündigungen die Haushaltseckwerte vor. Auch bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs gab es solche vollmundigen Ankündigungen, aber jetzt müssen wir feststellen, daß viele dieser vollmundigen Ankündigungen schlicht und ergreifend eingesammelt werden. Das liegt doch nicht an uns! Das haben doch nicht wir zu verantworten, sondern Sie können höchstens sagen: Wir haben es damals, als wir das erklärt haben, nicht besser gewußt. – Ich sage Ihnen: Sie haben es besser gewußt, und Sie haben die Öffentlichkeit getäuscht, bewußt getäuscht. Möglicherweise haben Sie auch Ihre eigene Basis getäuscht, um zu rechtfertigen, daß Sie dem olympischen Prinzip huldigen: Dabeisein ist alles.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Herr Kollege Hentschel, ich möchte allen Beteiligten doch empfehlen, ihre Reden vom 30. Oktober 1996 noch einmal nachzulesen. Sie sollten sie einfach noch einmal nachlesen, um sich klarzumachen, daß vieles von dem, was gesagt worden ist, nicht einmal drei Monate später überhaupt nicht mehr stimmt. Der Kollege Astrup ist jetzt leider nicht da, aber wir haben uns darüber ja nicht nur privat unterhalten, sondern haben auch im Finanzausschuß darüber gesprochen, welche Risiken denn bestehen, und wir haben sie sogar zahlenmäßig benannt. Lesen Sie das bitte nach, Kollege Neugebauer. Ich verweise Sie auf meine Rede auf Seite 795. Da habe ich davon gesprochen, daß mindestens 200 Millionen DM noch zusätzlich werden erwirtschaftet werden müssen. Dabei war ich noch viel zu vorsichtig, weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, Horrorszenarien an die Wand zu malen oder wieder Kassandrarufe in die Welt zu streuen. Ich war also bei der Einschätzung noch sehr vorsichtig.

Sie hätten das – wie alle anderen auch – genauso tun können, und Sie haben es auch getan, wie viele andere auch, und ich weiß das doch. Tun Sie doch jetzt nicht so, als wären Sie von der Entwicklung völlig überrascht worden.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] – Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Kollege Rossmann, wegen der vier Minuten kann ich das leider nicht, obwohl ich Ihre Zwischenfragen sonst immer gern beantworte. Aber ich bin gern bereit, Ihre Frage persönlich zu beantworten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

– Ich komme sofort dazu, weil mir aufgefallen ist, daß die Sozialdemokraten offenbar nicht mehr tun, als Pressezettel zu lesen, und die nicht verstehen.

Herr Kollege Rossmann, bei unseren 800 Anträgen haben wir – ich kann Ihnen das belegen – insgesamt 253.161.200 DM bewegt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

– Herr Kollege Neugebauer, wir haben nicht nur mehr als 70 Millionen DM zusätzliche Mindereinnahmen durch Wegfall der „Wiesen"-Steuer, der Grundwasserentnahmeabgabe und der Abfallabgabe erwirtschaftet, nein, wir haben auch, wie wir es in der Vergangenheit übrigens auch getan haben, eine Anregung von Frau Erdsiek-Rave aufgegriffen, die von intelligentem Sparen und davon gesprochen hat, daß man in den Haushalten auch umschichten muß, weil uns daran lag und nach wie vor daran liegt, daß gerade im Bereich der Bildung mehr getan wird als das, was Sie bisher getan haben, und weil wir nicht darauf warten wollen, bis die Aktion, um Computer zu betteln, abgeschlossen ist, sondern sagen: Es ist Aufgabe des Staates, jedem Kind zu gewährleisten, daß es moderne Zukunftstechnologien in der Schule erlernen kann, nicht zu Hause bei reichen Eltern oder wo auch immer. Übrigens ist das ja auch ein sozialpolitischer Aspekt nach sozialdemokratischer Vorstellung. Nein, wir wollen darauf nicht warten, und wir wollen auch unsere Hochschulen nicht im Regen stehen lassen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

Ich frage noch einmal: Was erwarten Sie eigentlich von der Opposition? Wir machen uns die Mühe, eine Reihe von Vorschlägen zu unterbreiten, und müssen heute feststellen, daß Sie sie nicht einmal zur Kenntnis nehmen, sondern pauschal ablehnen. Aber es ist ja nicht unsere Aufgabe – ich sage es noch einmal –, Ihre Schularbeiten zu erledigen.

(Widerspruch bei der SPD)

Gestatten Sie mir einen letzten Satz, weil meine Fraktion Äußerungen aus der CDU-Aktion „Rote Karte" nicht kommentarlos im Raum stehen lassen möchte. Nun sollten wir ja im Umgang miteinander nicht zu zimperlich sein, weil Politik aus einem Wettstreit besteht, der auch sehr hart sein kann und der auch einmal sehr polemisch sein kann. Ich denke aber, Assoziationen an die Barschel-Affäre, von der Frau Ministerpräsidentin geweckt, sind genauso falsch wie Assoziationen, die durch diese Aktion erweckt werden können und auf die Behauptung hinauslaufen, die Landesregierung habe vor, die Freigabe von Heroin zu ermöglichen oder Menschen zum Drogenkonsum zu bewegen. Nein, bei diesem Versuch der Landesregierung nehme ich die Ernsthaftigkeit des Bemühens,

(Wolfgang Kubicki)

den Drogenkonsum zu mindern, ernst. Ich halte das in der Konsequenz und in der Ausgestaltung für einen falschen Weg, aber ich nehme die Motivation ernst, und ich wehre mich für meine Fraktion dagegen, daß der Eindruck erweckt wird, als wäre schon die Motivation eine schlechte.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Rossmann, das war keine Wortmeldung zu einem Dreiminutenbeitrag? – Gut. Dann hat Herr Minister Steenblock das Wort.

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Erwartungen, die zum Teil an diese Debatte gerichtet wurden, sind, so muß man ehrlicherweise sagen, nicht erfüllt worden und konnten wohl auch in vielen Teilen nicht erfüllt werden. Das liegt an den Problemen gerade im Haushaltsbereich, über die heute zu diskutieren ist. Dabei geht es zum einen um die konkreten Haushaltslöcher, die wir in dieser Situation zu stopfen hatten.

Ich glaube, daß die Landesregierung diese Haushaltslöcher sehr viel handlungsfähiger als erwartet und sehr rasch gestopft hat. Das ist eine Aktion gewesen, die handwerklich sauber ist, die aber – das sage ich auch sehr deutlich – nicht dazu beiträgt, das eigentliche Problem in den Griff zu bekommen, sondern die nur auf die Probleme reagiert hat, die, im wesentlichen durch die Bundespolitik verursacht, von unserer Seite zu lösen waren.

Das Problem der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist damit auch für Schleswig-Holstein nicht beseitigt. Wir haben uns aber verabredet, dieses Strukturproblem zu lösen, und wir haben deutlich gemacht, in welche Richtung die Lösung gehen kann. Seitens der Opposition ist hier und heute allerdings an überhaupt keiner Stelle deutlich geworden, wo sie denn Möglichkeiten sieht, die Strukturprobleme, vor denen dieses Land, vor denen diese Republik steht, tatsächlich zu bewältigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Herr Kubicki, wenn ich mir vorstelle, wie Sie Haushaltspolitik angegangen sind, wie Sie hier 800 Lose in die Haushaltstombola geworfen haben, dann kann ich nur sagen: Wie bei einer Tombola ist es auch hier so, daß das Gros in der Regel Nieten sind und daß höchstens ein paar Treffer dabei sind. Das haben Sie heute selber deutlich gemacht. Sie haben diese Haushaltsdebatte mit diesen Vorschlägen so angelegt, daß der Vorwurf der Wurstelei, der ja zum Teil erhoben worden ist, genau auf Sie zurückfällt. So, wie Sie Haushaltspolitik machen, werden Sie an dieser Stelle zum Oberwurstel dieses Landtages,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

nicht zu jemandem, der Strukturpolitik macht.

Das war heute nicht die Stunde der Opposition. Sie wurschteln hier zum Teil herum; Sie haben keinen einzigen konzeptionellen Vorschlag gemacht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welcher kommt denn jetzt von Ihnen? – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Angriff ist die beste Verteidigung!)

– Wir haben das schon deutlich gemacht. Frau Heinold hat für die grüne Fraktion etwas dazu gesagt. Diese Frage ist nach meinem Empfinden wirklich sehr ernst; sie ist auch nicht mit billiger parteipolitischer Polemik zu lösen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.D.]: Das ist aber ein starkes Stück!)

Ich glaube, daß wir die Strukturfragen nur dann wirklich lösen können, wenn wir alle bereit sind, wenn jeder für sich bereit ist, sich auch mit der eigenen Klientel anzulegen, wenn wir die Kraft haben, mit den eigenen Lobbygruppen so ins Gericht zu gehen, daß wir deren Forderungen zurückweisen. Was das angeht, so würde ich doch gern auch einmal Herrn Hennig und seine Kollegen bitten, dies für ihre Klientel ebenfalls zu tun.

Sie wissen ganz genau, daß wir die Haushaltsprobleme dieses Landes kurzfristig nicht lösen können, besonders nicht die Strukturprobleme. Um die Aufgaben, die der Staat in Zukunft noch übernehmen muß, um die geht es ja.

Der Begriff der Haushaltsstruktur benennt ja nun überhaupt nicht genau, worum es geht. Es geht darum, welche Aufgaben der Staat in Zukunft noch wahrnehmen will und wahrnehmen kann. Dabei reden wir natürlich auch über die interne Organisationsform, darüber, daß wir Aufgaben von oben nach unten verlagern, daß wir die Bewältigung von Aufgaben billiger machen, daß wir in Zukunft nicht mehr alle Aufgaben erledigen können, die der Staat bisher wahrgenommen hat. Auch das gehört dazu.

So wie Sie aber über die Landwirtschaftskammer, über die Ämter für Land- und Wasserwirtschaft diskutieren, wie Sie sich mit billigem Populismus vor jeden Karren spannen lassen, der oppositionell für sich neue Mittel einfordert, werden Sie Ihrer Aufgabe nicht gerecht. Sie sind Ihrer Aufgabe nicht einmal in der konkreten Sparoperation gerecht geworden. 185 Millionen DM haben wir erwirtschaftet. Was haben Sie, Herr Hennig, denn heute zu den Einsparungen gesagt? Sie haben gesagt: Personalverstärkungsmittel brauchen wir – also keine Personaleinsparung!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist eine falsche Schlußfolgerung!)

(Minister Rainder Steenblock)

Sie haben gesagt, auf die Bauunterhaltungsmittel müsse mehr „draufgelegt" werden, für die Schulen müsse mehr „draufgelegt" werden. In dieser Situation, in der es darum geht zu sparen, kommen Sie mit neuen Forderungen und wollen zusätzliche Mittel des Landes ausgeben, die Sie hier reklamieren.

Das ist verantwortungslos, was Sie hier machen; das wird der Aufgabe der Opposition nicht gerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Herlich Marie Todsen [CDU]: Sie verlangen, daß die Opposition Ihre Arbeit macht!)

– Ich verlange von der Opposition überhaupt nicht, daß sie bis auf die Zahlen hinter dem Komma durchgerechnete Vorschläge abliefert.

(Lachen bei der CDU)

Frau Todsen, ich habe das Gefühl, Sie definieren Opposition so, als verständen Sie darunter, daß das Bewegen des Gehirns nach vorne in dem Sinne, einmal eigene Ideen zu produzieren, verboten ist. Darum geht es nicht. Sie sind gefordert! „Opposition" heißt nicht „Denkverbot", heißt nicht, daß man das Hirn nicht zum eigenen Denken benutzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind hier nicht auf Ihrem Parteitag!)

Wir wollen uns gern mit Ihren Konzepten auseinandersetzen. Die fordern wir von Ihnen ein. Das hat dieses Land auch verdient, eine Opposition nämlich, die konzeptionell auch etwas anderes zu bieten hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie hier aber machen, ist ein Herumnölen an Konzepten, ohne daß Sie selber sagen, was Sie wollen. Damit werden Sie der Aufgabe als Opposition nicht gerecht.

Wir werden uns im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform des öffentlichen Dienstes und im Rahmen der Funktionalreform auf den Weg machen. Wir werden natürlich auch über die Hochschulen reden müssen, über Strukturen, die in diesem Lande bestehen. Wir werden über eine ganze Reihe von strukturellen Problemen reden und diesem Parlament Lösungsvorschläge vorlegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Husch! – Herlich Marie Todsen [CDU]: Wann denn?)

– Ja, wir haben den Zeitplan ebenfalls abgemacht; wir werden das bis zur Sommerpause tun.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bin sehr gespannt auf die Strukturdebatte, die wir mit Ihnen führen werden. Das, was Sie heute abgeliefert haben, ist überhaupt nicht diskutabel gewesen. Ich hoffe, daß das in Zukunft besser wird. Ich glaube, daß wir im Wettstreit – diese Regierung – –

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Über Vorschläge hätten wir reden können!)

– Von Vorschlägen habe ich heute überhaupt nichts gehört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir von Ihnen auch nicht!)

Wir werden hoffentlich Gelegenheit haben, uns damit auseinanderzusetzen. – Ich kann ja die Wut und den Zorn verstehen, daß Sie enttäuscht sind,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von Wut kann keine Rede sein! Wir lachen Sie nur aus, Herr Minister!)

daß diese rot-grüne Landesregierung die Kraft hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche Kraft denn? – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Schulden zu machen! – Heiterkeit)

nicht nur die Probleme, die Bonn uns beschert, schnell und sauber zu lösen, sondern daß wir auch die Kraft zu strukturellen Reformen haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo, wann? Wo denn? Es gibt keine! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Keine einzige!)

Das wäre auch etwas, worüber Sie sich ärgern könnten. Aber dieses Land hat eine Regierung, die an dieser Stelle handlungsfähig ist und die Zukunftsprobleme löst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ihre Aufregung ist verständlich, aber das täuscht nicht darüber hinweg, daß Sie in dieser Debatte leider nichts zu bieten hatten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber Sie doch auch nicht!)

Aber vielleicht wird es ja noch etwas. Geben Sie die Hoffnung nicht auf!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Hennig das Wort. Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann nach den Reden der Regierung jede Fraktion noch einmal ein Viertel der angemeldeten Redezeit in Anspruch nehmen. Sie müssen dieses Kontingent nicht ausschöpfen, aber Ihrer Fraktion stehen danach noch zehn Minuten Redezeit zu.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese unheimlich starke Rede des Umweltministers erfordert keine Entgegnung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch, einen Satz!)

(Dr. Ottfried Hennig)

– Nein, das wollte ich eigentlich nicht. – Ich möchte nur sehr kurz auf etwas eingehen, was von drei Debattenrednern heute thematisiert worden ist und mit der Haushaltsdebatte selbst gar nichts zu tun hat. Aber da dies geschehen ist und auch zu einigen Zwischenrufen geführt hat, muß ich das in einem dreiminütigen Beitrag richtigstellen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Den „Wirrkopf", ja!)

Es geht darum – – Mein Gott, Herr Rossmann, dieser billige Ablenkungsversuch mit dem „Wirrkopf" ist doch nun wirklich unter Ihrem Niveau! Nun lassen Sie das doch einmal bleiben!

(Holger Astrup [SPD]: Eingeführt haben Sie das!)

– Ja, ich halte das auch nicht für ordnungsrufwürdig, und wenn der Präsident zu einem anderen Urteil käme, würde ich das selbstverständlich entgegennehmen. Das wäre übrigens der erste Ordnungsruf in fünf Jahren, Herr Rossmann. Aber Ihre Versuche, uns abzulenken, werden weder an dieser Stelle fruchten noch in der anderen Angelegenheit.

Worum geht es? Es geht darum, daß gleichzeitig – ich bitte den Kollegen Kubicki, dies auch noch einmal zur Kenntnis zu nehmen – in derselben Woche hier im Landtag ein Modellversuch zur Freigabe der weichen Drogen im Landtag besprochen wird, vorbereitet wird, in die Wege geleitet werden soll.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beim Thema Haushalt? Oder ist das falsch?)

– Das sagen Sie doch bitte den drei Rednern, die hier dazu gesprochen haben, aber nicht mir in meiner dreiminütigen Entgegnung.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch absurd, dies jetzt dazwischenzurufen. Ich werde das hier auch sagen, weil dieses Thema bei den anderen Rednern ebenfalls nicht moniert worden ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind die „Jungen Wilden"! – Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind weder Junge noch Wilde!)

In derselben Woche wird nun in Bonn ein Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion bekannt – er liegt hier vor –, der folgendes beinhaltet.

Erster Punkt: Es geht um eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes. § 5 erhält danach folgende Fassung:

„Straflos bleibt, wer die Betäubungsmittel ausschließlich zum Eigenverbrauch in geringer Menge anbaut, herstellt, einführt, ausführt, durchführt, erwirbt, sich in sonstiger Weise verschafft oder besitzt. Als eine geringe Menge im Sinne des Absatzes 1 ist die Menge anzusehen, die den gewöhnlichen Wochenverbrauch des einzelnen nicht überschreitet."

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist doch gut!)

Das ist nicht mein Gesetzentwurf, sondern Ihrer, Frau Erdsiek-Rave.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Meiner nun schon gar nicht!)

Das ist ein SPD-Entwurf, und Sie können hier nicht die ganze Debatte mit dem Argument einer Bonner Mitverantwortung bestreiten, bei der eigenen Adresse aber sagen: Damit haben wir nichts zu tun!

(Beifall bei der CDU)

Dieser Entwurf ist im übrigen völlig inhaltsgleich, Frau Erdsiek-Rave, mit einem mir ebenfalls vorliegenden Antrag der PDS. Das ist auch nicht mein Problem.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Hennig, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Nein, ich möchte dies jetzt kurz darstellen; ich habe vorhin auch niemanden unterbrochen.

Zweitens: Die „geringe Menge" bedeutet: 5 g pro Tag. Die Wochenmenge sind also 35 g. Wer 35 g bei sich hat, kann überhaupt nicht mehr belangt werden. Das gilt nach diesem Gesetzentwurf aus Ihrer Fraktion, Frau Erdsiek-Rave – ich wiederhole das –, auch dann, wenn der Betreffende zum Zwecke der Dekkung des unmittelbaren Eigenverbrauchs handelt, das heißt, es darf zur Finanzierung des Eigenverbrauchs gedealt werden.

Das ist der zweite – wie ich finde, ungeheuerliche – Inhalt dieses Gesetzentwurfs.

Und er gilt für alle Drogen, für harte und weiche; er gilt für Kokain und alles andere auch, für Heroin ebenfalls.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Härteste ist doch die Kriminalisierung!)

Das dritte ist, meine Damen und Herren: Es kann von Erhebung der öffentlichen Anklage abgesehen werden, wenn begründete Aussicht auf Behandlung besteht. Das heißt, die Gerichte entscheiden ohne eine – wie es bisher ist – „begründete Erwartung der Resozialisierung", das heißt, ohne daß die Therapie begonnen hat, sondern es reicht, wenn nur Aussicht

(Dr. Ottfried Hennig)

auf Behandlung besteht. Ich kann dazu nur sagen: Das ist ein Jagdschein.

Dann kann man in dieser Vorschrift aber eine völlige Freigabeermächtigung sehen und nichts anderes.

Wenn wir dies gleichzeitig aufgreifen, dann gehört die Spritze mit dazu. Ich muß das leider so deutlich sagen. Wenn Sie, Frau Erdsiek-Rave, sich dann zweimal darüber aufregen, daß die Hand „schwarz" sei – Sie haben ja gar nicht die Spritze in den Mittelpunkt gestellt, sondern die schwarze Hand; das haben Sie zweimal gesagt –, dann kann ich nur sagen: So verrückt sind wir jedenfalls nicht, daß wir damit irgendwelche rassistischen Dinge verbunden hätten. Was für eine Perversion des Denkens, uns so etwas vorzuwerfen oder auch nur zu vermuten!

(Beifall bei der CDU)

Letzter Punkt: Von zwei Rednern in diesem Hause ist heute – Wolfgang Kubicki hat das zu Recht moniert – eine Verbindung zum Jahre 1988 hergestellt worden,

(Holger Astrup [SPD]: 1987!)

– 1987/88 –, zu all dem, was uns bis zum 19. Dezember 1995 beschäftigt und in Atem gehalten hat. Ich kann in die aufkeimende Erregung dieses Hauses hinein nur sagen: Das sollte bitte niemand in diesem Land mehr tun. Das ist absolut unzulässig, nachdem wir Demokraten dies gemeinsam bewältigt haben. Das im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte zu tun, finde ich in gewisser Weise verwerflich. Das ist das Gegenteil des Echos, das Herr Arens als Präsident des Hauses herbeiführen wollte.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der stellvertretende Ministerpräsident – es ist schon aus psychologischer Sicht interessant, in welcher Art und Weise Sie an das Haus herangetreten sind – hat sich im wesentlichen darin gefallen, die Opposition zu beschimpfen. Ich habe mich gefragt: Warum macht er das? Tiefenpsychologisch gesehen – das können Sie wahrscheinlich besser erklären; das sollten Sie vielleicht auch noch tun – ist es der Versuch, von eigenem Versagen abzulenken.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ausschließlich! – Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte zu einigen Punkten noch etwas sagen, da ich Verständnis dafür habe, daß das menschliche Gedächtnis kurz ist und daß man nicht alles wissen kann. Das ist doch so. Wir mußten beim Wakenitztal erleben, daß man das Einzeichnen einer Verkehrsstrecke vergessen kann.

Herr Minister, wie ist es eigentlich gewesen? Sie sagen, es gebe keine Vorschläge der Opposition. Nun gucke ich mir einmal an, was Sie uns heute vorgelegt haben. Wir haben in unseren Eckwerten 1996 im Oktober – der Pressesprecher ist da; er kann es Ihnen geben – eine Verlängerung der Wiederbesetzungssperre von sechs auf zwölf Monate gefordert. Dies wurde von Regierung und Mehrheitsfraktion abgelehnt. Was stellen wir heute fest? – Mit haushaltsbewirtschaftenden Maßnahmen soll ein Einsparvolumen von 22 Millionen DM erreicht werden. Das ist genau der Betrag, den eine um sechs Monate verlängerte Haushaltssperre erbringt. Der Herr Finanzminister verwendet diesbezüglich den Begriff „**Teilhaushaltssperre**". Sie benennen die Wiederbesetzungssperre nur um. Der Finanzminister selber hat vorhin von Wiederbesetzungssperre gesprochen. Das ist ein CDU-Vorschlag.

Sie haben gesagt, daß die Haushaltssperre 1996 nicht zu spät erlassen werden darf, um zu verhindern, daß Millionen und Abermillionen nicht eingespart werden, die man einsparen kann. Da muß man dann doch aber klug sein – Herr Kollege Neugebauer, ich habe gehört, daß Sie diese Auffassung teilen – und dieses Instrument möglichst frühzeitig im Jahre 1997 einsetzen. Das aber wird abgelehnt. Jedoch wird der Begriff der Teilhaushaltssperre erfunden. Das ist also wiederum etwas, was auf der Grundlage eines frühzeitig eingebrachten CDU-Vorschlages gemacht wird.

Was das Thema **Restebewirtschaftung** betrifft, so stellen Sie jetzt fest, daß 88 Millionen DM fehlen. Sie stellen sich hier hin und sagen, daß Sie das hätten machen müssen, weil das alles nur für Investitionsmaßnahmen war, die dringlich und angeblich nicht vorhersehbar waren.

Als wir die Frage der Restebewirtschaftung im Finanzausschuß angesprochen haben – ich bedanke mich bei der Kollegin Heinold, die dies eindeutig klargestellt hat –, hat der Staatssekretär auf Nachfragen des Landesrechnungshofs, wie das angesichts der Tatsache, daß keine Deckung aus dem Jahre 1995 mehr besteht, finanziert werden soll, gesagt, das sei kein Problem; die entsprechende Deckung sei vorhanden. Heute aber stellen wir fest, daß 88 Millionen DM offensichtlich nicht gedeckt sind, sondern aus der laufenden Liquidität 1996 stammen. Also auch hier, Herr stellvertretender Ministerpräsident, haben wir versucht, rechtzeitig schlimmere Unbill zu verhüten. Kommen Sie also nicht hierher und sagen, die Opposition hätte wieder keine Vorschläge oder nicht rechtzeitig auf die Mißwirtschaft aufmerksam gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Dann möchte ich noch etwas zu den Haushaltsresten sagen. Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie jetzt einräumen – das ist auf Seite 12 Ihres Redemanuskripts nachzulesen; ich zitiere –: „Im nachhinein

(Thomas Stritzl)

stellt sich die Frage, ob die dezentrale Bewirtschaftung der Haushaltsreste nicht im Juni hätte korrigiert werden müssen."

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir haben darauf aufmerksam gemacht. Sie haben das in Abrede gestellt und gesagt, das sei alles nicht nötig; das sei alles seriös gedeckt. Es gebe überhaupt kein Risiko, kein **Defizit** 1996; das sei alles in Ordnung. – Heute aber müssen wir feststellen: 370 Millionen DM, das ist die Zeche für das Jahr 1996. Uns macht es doch auch keinen Spaß, auf die Risiken hinzuweisen und für Sparbeschlüsse zu werben. Das macht uns doch auch keine Freude. Aber es muß sein. Für folgende Arbeitsteilung bin ich nicht zu haben: daß die einen, die ihre Schularbeiten nicht machen, von der Opposition fordern, daß sie ihre Schularbeiten machen soll, und dann hinterher noch böse sind, wenn wir sagen: Nein, das machen wir nicht. – Wir können Ihre Arbeit nicht machen, nicht deshalb nicht, weil wir sie nicht machen wollen, sondern weil wir nicht in der Regierung sind, was sich schnellstmöglich ändern sollte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kann Sie nur um eines herzlich bitten: Machen Sie aus den Defiziten in den Haushalten keine Tradition. 1995 83 Millionen DM, 1996 370 Millionen DM. Die Frage nach 1997 wage ich gar nicht zu stellen. Wir brauchen von Ihnen Klarheit und Wahrheit. Der Versuch, der heute bei Ihnen und der Ministerpräsidentin erkennbar war, nämlich den Nebel des Vergessens und der Verklärung darüber zu schütten, wird nicht klappen. In ein paar Wochen lacht die Sonne der Wahrheit. Dann müssen Sie Farbe bekennen. Machen Sie es lieber früher; dann kriegen wir die notwendige Klarheit in den Haushalt, die das Land braucht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Stritzl gefällt mir immer besser; darauf komme ich gleich zurück.

Ich möchte zunächst kurz einige Sätze zu der Drogendebatte sagen, die – Ottfried Hennig! – nicht im Rahmen einer Haushaltsdebatte geführt werden sollte, sondern viel grundsätzlicher und umfassender, als es bisher geschehen konnte.

Genausowenig wie ich mich für alle Sachen, die meine Bundestagsfraktion oder meine Bundesminister machen, vereinnahmen lassen will und diese sich für alles vereinnahmen lassen wollen, was wir hier in Schleswig-Holstein machen, sollten wir das bei den Sozialdemokraten tun.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Ich möchte wiederholen, lieber Ottfried, daß ich dieser Landesregierung die Motivation abnehme, durch andere Maßnahmen als bisher den Versuch zu unternehmen, den Drogenkonsum insgesamt einzudämmen und die Märkte, die bisher in starkem Maße kriminell sind, trockenzulegen. Diese Motivation nehme ich der Landesregierung ab. Deshalb sollte man insgesamt darüber nachdenken, ob nicht vielleicht doch die eine oder andere im Eifer des Gefechts erstellte Zeichnung oder skizzenhafte Darstellung oder Verkürzung problembehaftet ist. Mehr will ich dazu gar nicht sagen. Ich bin auch nicht dazu da, Sozialdemokraten insgesamt reinzuwaschen. Das können sie im Zweifel auch allein. Jedenfalls hat die Landesregierung in dieser Frage bisher immer die Ernsthaftigkeit ihres Vorgehens bewiesen. Diese Ernsthaftigkeit wird auch in Zukunft gewährleistet sein.

Nun möchte ich zu den doch sehr interessanten Redebeiträgen von Frau Heinold und Herrn Steenblock kommen. Ihre Ausführungen, Frau Heinold, sind möglicherweise darauf zurückzuführen, daß Sie lange Zeit in der außerparlamentarischen Opposition und nur sich selbst überlassen waren. In der Enquete-Kommission „Entbürokratisierung" beispielsweise hat meine Partei mitgearbeitet. Dort hat insbesondere der Kollege und Freund Wolf-Dieter Zumpfort Hervorragendes geleistet. Alles das, was Sie heute erklärt haben, steht im Bericht der Enquete-Kommission und basiert überwiegend auf Vorschlägen, die aus den Reihen der F.D.P. gekommen sind.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch der Verfassungsschutz Nordstaat?)

– Hören Sie doch mit Ihrem **Verfassungsschutz** eines Nordstaates auf, Frau Heinold! Das ist eine Kinderei. Sie müßten erst einmal erklären, wer denn die Führung des Verfassungsschutzes dieses Nordstaates übernehmen sollte. Hamburg vielleicht? Bei dem derzeitigen Personalbestand des Verfassungsschutzes – das weiß der Innenminister auch – könnten wir ihn faktisch ohnehin ganz abschaffen, weil die mit ihrem Personal gar nicht in der Lage sind, die ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Endlich einmal ein konkreter Vorschlag!)

– Bei Ihrem Verfassungsverständnis, Herr Hentschel, wundert mich das nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wer gewalttätige Aktionen zu legalen Kinderkrankheiten erklärt, hat wirklich ein gebrochenes Verhältnis; das sage ich in allem Ernst.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Gewalttätige Aktionen kann man sich hier nicht positiv heraussuchen und dort niedermetzeln. Ich möchte das hier nicht weiter ausführen.

Mir ist klargeworden, daß es unglaublich große Probleme mit der Umsetzung gibt. Wir haben der Ministerpräsidentin bisher vertraut. Sie hat 1994/95 – ich kann mich daran erinnern – hier gestanden und gesagt: Uns liegt der Bericht der Enquete-Kommission vor. Wir werden als Regierung schnellstmöglich darangehen, ihn zu prüfen und umzusetzen. Wenn Sie von uns verlangen, Herr Steenblock, daß wir hier auch noch die Gesetzesvorhaben einbringen, so werden wir auch das leisten können.

Wir fragen uns dann aber, warum wir uns eine solch teure Veranstaltung wie die Landesregierung leisten. Ich kann Ihnen vorrechnen, was die Staatskanzlei und weitere Ministerien kosten. Demnach können wir die Regierung abschaffen. Einige Ministerien – das wissen Sie – sind ohnehin überflüssig.

Wir haben unsere Schularbeiten gemacht. Ich habe heute in einer Debatte, die nicht wir, sondern die die Regierung durch eine Regierungserklärung angezettelt hat, gesagt, daß zum Beispiel bei der **Bauverwaltung** ein riesiges Potential vorhanden ist, das eingespart werden kann, nicht nur bei der Landesbauverwaltung, sondern auch bei den Kreisbauämtern. Nach wie vor leisten wir uns ein völlig blödsinniges Genehmigungsverfahren. Wir, die F.D.P., haben einen Gesetzentwurf eingebracht, ein Anmeldeverfahren einzuführen. Das hätte Personalentlastungen und übrigens auch Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger gebracht, deren Höhe man gar nicht beziffern kann.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Und was noch?)

– Frau Kollegin Erdsiek-Rave, das bezieht sich zum Beispiel auch auf die Geschwindigkeit bei der Durchführung von Baumaßnahmen. Ich will Mitglieder Ihrer Fraktion gar nicht ansehen, die einschlägige Erfahrungen mit der neuen Landesbauordnung gemacht haben.

Wir haben in der Vergangenheit weitere **Vorschläge** gemacht. Beispielsweise sollten strukturelle Eingriffe vorgenommen werden. Ich denke an das Mitbestimmungsgesetz. Auch das hat etwas mit **Personalkosten** zu tun. Ein weiteres Beispiel ist die Gleichstellungsbeauftragte. Sie können sagen, das sei politisch falsch. Aber wir haben Vorschläge unterbreitet. Allerdings sind sie alle in Bausch und Bogen abgelehnt worden, und zwar nicht, weil man sie nicht hat prüfen wollen, sondern weil die Klischees stimmen sollten: unsozial, frauenfeindlich, Partei der Besserverdienenden und so weiter.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Ihnen ständig neue Munition dafür zu liefern, daß Sie Ihre Parteitage bestreiten können, Frau Heinold. Wir haben parlamentarische Aufgaben zu erledigen. Wir haben unsere Schularbeiten gemacht.

Die Regierung stellt sich heute hier hin und sagt, daß wir alle bis Mai 1997 auf ihre Vorschläge warten sollen. Von uns verlangt die Regierung, daß wir hier heute alle Vorschläge ausbreiten. Das kann doch wohl nicht realistisch sein. Ich sage Ihnen: Machen Sie erst einmal Ihre Schularbeiten; dann diskutieren wir im Mai und Juni weiter. Wir werden sehen, was dabei herauskommt. Ich bin sehr gespannt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht kann man natürlich behaupten, daß alles mit Haushalt zu tun hat. Dennoch habe ich das Gefühl, daß diese Debatte zu einer Wald- und Wiesendebatte verkommt.

Als ich mich vorhin gemeldet habe, ging es um **Drogenpolitik**. Dazu will ich kurz etwas sagen. Auch ich habe diese Rote Karte die ganze Zeit vor mir liegen gehabt. Sie hat Assoziationen geweckt – dazu ist schon etwas gesagt worden –, die weitergeführt wurden. Wahlkampf 1987: Einige von uns wissen noch, wie die Plakate von damals aussahen. Das, was gesagt wurde, hat mit politischem Stil zu tun.

Sie, Herr Dr. Hennig, haben Ausführungen zur Drogenpolitik gemacht. Dazu möchte ich sagen: Die Berliner Behörde, die weiß Gott keine sehr liberale Einstellung zur Drogenpolitik hat, hat festgestellt, daß Haschisch keine Einstiegsdroge ist. Wenn Sie auf der Roten Karte schreiben, daß diese Maßnahmen nicht dazu führen werden, daß Suchtvorbeugung vorankommt, dann ist das meiner Meinung nach eine eindimensionale Argumentation, die wirklich nicht Stich hält.

Vielleicht sollte man, wie eben gesagt wurde, wieder einmal in alten Protokollen lesen. Als wir vor einigen Monaten hier im Landtag eine Aktuelle Stunde zum Haschischversuch hatten, hat das „Flensburger Tageblatt" einen Kommentar zu Ihrer Drogenpolitik gebracht. Ich fand das bemerkenswert; denn in diesem Kommentar wurde ganz deutlich gesagt, daß diese Drogenpolitik heute am Ende ist. Das ist der Grund dafür, daß man neue Wege gehen muß.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was hat das mit Haushalt zu tun? – In dem Sinne nun wirklich nichts. Ich finde, das konnte so nicht im Raum stehenbleiben. Vielleicht sollten wir uns einmal ein bißchen weiterbewegen und uns nicht unter die Wiederkäuer begeben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst eine Anmerkung zu den beiden Kandidatinnen und Kandidaten für den CDU-Vorsitz machen. Herr Stritzl, ich wende mich an Sie. Es geht um die drei „Jungen Wilden" der CDU. Der Vorsitzende von Niedersachsen hat gefordert, Waigel müsse endlich zurücktreten. Der Vorsitzende von Hamburg hat gefordert, Waigel müsse endlich zurücktreten. Der Vorsitzende von Hessen hat gefordert, Waigel müsse endlich zurücktreten. Wenn Sie hier Nachfolger werden wollen, frage ich Sie: Wann fordern auch Sie das endlich?

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Volquartz, ich wende mich an Sie. Ich habe heute in den „Kieler Nachrichten" gelesen, Sie würfen der Landesregierung vor, die **Landeszentrale für politischen Bildung** auszuhungern. Mit gutem Willen sei die politische Bildung zu retten, da nur ein paar hunderttausend DM fehlten. Wissen Sie eigentlich, wo wir leben, daß wir für hunderttausend DM für politische Projekte in diesem Lande kämpfen müssen?

Eigentlich habe ich mich gemeldet, weil ich Ihnen, Herr Hennig, etwas sagen wollte. Die **Drogenpolitik**, Herr Hennig, die Ihre Partei in diesem Lande zu verantworten hat, hat dazu geführt, daß wir zwei Millionen Akoholabhängige in diesem Lande haben. Die Drogenpolitik, die Sie zu verantworten haben, hat dazu geführt, daß bereits 50 % der Kriminalität in diesem Lande auf Drogendelikte und auf Drogenabhängigkeit zurückzuführen sind. Die Drogenpolitik Ihrer Partei hat dazu geführt, daß sich zunehmend eine Drogenmafia herausbildet, die Milliardenumsätze macht.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Die Drogenpolitik wird dazu führen, daß wir amerikanische Verhältnisse bekommen. In den USA sitzt mittlerweile 1 % der Bevölkerung im Gefängnis. Trotzdem nimmt der Drogenkonsum ständig zu. Herr Hennig, diese Drogenpolitik ist gescheitert. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Weil sie gescheitert ist, ist es dringend notwendig, daß wir neue Wege beschreiten. Wir können nicht eine Drogenpolitik fortführen, die nichts weiter tut, als die Drogenbarone, die Drogenmafia mit Milliardeneinnahmen zu mästen, so daß sie bereits damit beginnen, in Amerika legale Wirtschaftsbereiche aufzukaufen. Das kann doch nicht das Ziel einer Drogenpolitik sein.

Wir müssen erkennen, daß Drogenabhängige krank sind. Wir müssen dafür sorgen, daß ihnen geholfen wird und daß sie von der Drogenmafia, von den Leuten getrennt werden, die mit dieser Krankheit Geschäfte machen. Dazu müssen wir auch Experimente machen und neue Wege beschreiten. Das hat diese Landesregierung gemacht. Ich finde es absolut mutig, daß dieser Schritt gemacht worden ist. Ich bewundere alle, die diesen Schritt getan haben. Dazu gehört auch die Ministerin, die das in die Wege geleitet hat.

Ich glaube, es ist ungeheuer wichtig, diesen Versuch rational und mutig voranzutreiben. Wer sich der Ratio verwehrt und versucht, dagegen zu mobilisieren, der verdient nur tiefste Verachtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist ein starkes Wort: Verachtung!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 2 ab.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Lage der Polizei und innere Sicherheit in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/246
Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/456

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich dem Herrn Innenminister das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Große Anfrage zur Lage der Polizei und zur inneren Sicherheit in Schleswig-Holstein weicht in ihrem Umfang und Aufbau deutlich von anderen Großen Anfragen ab. Sie umfaßt in 18 Kapiteln 170 Fragen mit 180 weiteren Detailfragen, insgesamt 338 Fragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist der Sinn einer Großen Anfrage!)

Allein die Addition der Zahl der Fragen macht deutlich, daß diese Große Anfrage einen gewaltigen, noch nie dagewesenen Arbeitsaufwand für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei ausgelöst hat. Ich habe nicht zu bewerten, wie und in welchem Umfang dieses Parlaments von seinem Recht Gebrauch macht, Große Anfragen an die Landesregierung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Bemerkenswert ist aber, was der Herr Abgeordnete Kubicki anläßlich einer Diskussion über den Umfang von Großen und Kleinen Anfragen sowie Berichten gesagt hat.

Mit Genehmigung der Präsidentin zitiere ich aus den „Kieler Nachrichten" vom 1. Oktober 1996:

„Ich halte dies"

– gemeint sind Kleine Anfragen, Große Anfragen, Berichte –

„für eine Form von Beschäftigungstherapie, zumal in vielen Fällen nur wiederholt und noch einmal erforscht, erfragt oder debattiert werden soll. Es drängt sich der Verdacht auf, als ginge es nicht wirklich um neue Erkenntnisse, sondern um die Besetzung des Themas in der Öffentlichkeit. Politische Entwürfe, der Blick fürs Wesentliche und große Visionen gehen bei der um sich greifenden Verliebtheit zum Detail mehr und mehr verloren. Man zählt die Bäume und vergißt den Wald."

So Herr Abgeordneter Kubicki am 1. Oktober 1996. Man muß dazu sagen, daß die Anfrage schon am 13. September 1996 gestellt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sollten vielleicht einmal vergleichen, wie viele Anfragen die SPD im Vergleich zur F.D.P. gestellt hat!)

Was die Antwort anbelangt, möchte ich nur einleitend einige wenige Bemerkungen machen:

Trotz des kritischen Tenors mancher Fragen möchte ich feststellen: Die Lage der Polizei ist gut und die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein ist gewährleistet.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Auch die Haushaltssituation, die wir heute aktuell diskutieren, trägt dem Rechnung. Der **Polizeihaushalt** steigt nach wie vor – auch nach unseren anstrengenden Beratungen in den letzten Tagen – um 2,7 %, während der Landeshaushalt insgesamt ein Minus von 1,3 % – von einer Steigerungsrate kann man da wohl nicht reden – aufweist. Dem ist meiner Meinung nach nichts hinzuzufügen.

Lassen Sie mich aus der gerafften Darstellung folgende Aussagen noch einmal besonders herausstellen: **Präsenz, Prävention und Motivation** sind die **polizeipolitischen Zielsetzungen** der Landesregierung, um für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein objektive Sicherheit und ein noch größeres subjektives Sicherheitsgefühl zu gewährleisten. Die Erreichbarkeit der Polizei wurde verbessert und die organisatorische und technische Ausstattung modernisiert. Eine qualifizierte Aus- und Fortbildung führt zu einer wirkungsvollen Konfliktbandhabung und Konfliktlösung in schwierigen Einsatzsituationen und zu einer erfolgreichen Aufklärung von Straftaten.

Die Integration der Führungsebenen von Schutz- und Kriminalpolizei hat die Landespolizei deutlich gestärkt. Die Landespolizei genießt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. Diese Tatsache sollte nicht zerredet werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Rahmenbedingungen für die Polizei in Schleswig-Holstein sind insgesamt als gut zu bezeichnen. Das Personalstrukturprogramm für die Polizei wird umgesetzt.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage muß die Polizei aber auch den ihr möglichen Sparbeitrag leisten. Die Präsenz der Polizei auf der Straße oder im Ermittlungsdienst wird davon ausgenommen. Wir rationalisieren und modernisieren die gesamte Logistik der Polizei. Das EDV-Bürokommunikationssystem COMPAS wird flächendeckend installiert. Die Idee der kommunalen Kriminalprävention verwirklicht sich flächendeckend im Land. Bisher sind 28 kriminalpräventive Räte auf kommunaler Ebene gegründet worden. Schleswig-Holstein hat bundesweit eine Schrittmacherfunktion in der Kriminalprävention.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das operative Konzept der Landespolizei baut auf Deeskalation bei unfriedlichen Großveranstaltungen bei gleichzeitig konsequenter Durchsetzung polizeilicher Maßnahmen, auf Schutzbereichsstreifen, Zivile Streifenkommandos, auf SEK, MEK und auf ein gut ausgebildete Erste Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei. Außerdem sorgen spezielle Task-Force-Einsatzkräfte für gezielte Präsenz in den Seebädern im Sommer.

Die Beobachtung der internationalen Kriminalitätsentwicklung erhält für Schleswig-Holstein einen noch höheren Stellenwert. Ziel ist nach dem Schengen-Beitritt der skandinavischen Staaten eine Sicherheitspartnerschaft im gesamten Ostseeraum.

Ich möchte an dieser Stelle abbrechen. Ich freue mich auf eine gute Diskussion zu dieser Vorlage.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es scheint um sich zu greifen, daß die Regierung mehr und mehr zu der Auffassung gelangt, Opposition sei störend. Herr Innenminister, was für ein Verfassungsverständnis steht dahinter? Aufgabe der Opposition ist es, weil die Regierungsfraktionen dies nicht leisten können, die Regierung nicht nur zu kontrollieren, sondern nachzufragen, nachzubohren, zu drängen und auf ihre schnellstmögliche Ablösung hinzudrängen. Wir gehen unserer Aufgabe nach,

(Wolfgang Kubicki)

wenn wir Anfragen stellen. Dies möglicherweise auch, weil die Regierungsfraktionen eher zum Telefonhörer greifen können. Ich empfehle Ihnen wirklich einmal, einen Vergleich zwischen der Zahl der Berichtsanträge, Großen und Kleinen Anfragen der SPD-Fraktion insbesondere vor Wahlzeiten und denen der Oppositionsfraktionen – soviel Kapazität hat Ihr Haus schließlich – anzustellen. Herr Innenminister, Sie werden sich wundern.

Bevor wir in die Debatte zur Großen Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Lage der Polizei und der inneren Sicherheit in Schleswig-Holstein eintreten, möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei und des Innenministeriums bedanken, die das umfangreiche Material zusammengetragen haben. Dies zudem in einer Zeit, die nicht nur von weihnachtlicher Stimmung geprägt war, sondern auch durch die Weihnachtszeit gekennzeichnet war. Das war nicht ganz einfach, und sie verdienen aufrichtig unseren Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Innenminister, wir wollten aber die **Situationsbeschreibung** haben, bevor die **Haushaltsberatungen** abgeschlossen werden – das ist sicherlich verständlich –, damit wir möglicherweise aus den Antworten noch Konsequenzen ziehen können. Das war meiner Meinung nach den Fleiß wert, wenn denn die Konsequenzen gezogen werden.

Wir haben diese Anfrage aus zweierlei Gründen gestellt. Zum einen wollten wir eine Zusammenstellung derjenigen Daten bekommen, die nicht in offiziellen Statistiken aufgeführt werden. Dieses Ziel konnte durch die vorliegenden Antworten erreicht werden.

Zum anderen wurden in zahlreichen Gesprächen, die wir mit Polizeimitarbeitern, Verbänden und der Gewerkschaft der Polizei geführt hatten, Fragen und Probleme in großer Zahl aufgeworfen.

Im Zentrum des Interesses standen immer wieder Fragen zur zukünftigen Personalentwicklung, zum mangelhaften Ausrüstungsstand und zum inneren Zustand der Polizei.

Leider haben wir auf diese Fragen keine klaren Antworten bekommen. „Nebel, sehr viel Nebel" ist eine typische Aussage, die wir als erste Reaktion auf die Durchsicht der Antwort auf die Große Anfrage erhalten haben. Es fällt auf, daß nirgendwo ein Problem erkannt wird.

Das Betriebsklima ist hervorragend, die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen perfekt, die innere Organisation beispielhaft. Herr Innenminister, Sie sind zu beneiden – dies auch nach Ihren Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben – und dies im Gegensatz zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei! Die finden nämlich einige Dinge überhaupt nicht toll, und das wissen Sie auch. Sie haben es aber für besser befunden, die Probleme unter den Tisch zu kehren und uns eine heile Polizeiwelt vorzugaukeln.

Wie Sie diese Hinhaltetaktik gegenüber denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vertreten wollen, die tagtäglich unter hohem persönlichen Einsatz ihren Dienst unter teilweise schwierigsten Bedingungen verrichten, müssen Sie uns schon erklären. Herr Minister Wienholtz, Sie und Ihre Landesregierung verprellen mit Antworten, in denen sich die Mitarbeiter in ihrer konkreten Arbeitssituation überhaupt nicht wiedererkennen, die Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein – und das alles nur, weil Sie nicht zugeben wollen, daß es im Polizeiapparat, wie in jeder anderen Verwaltung auch, Probleme gibt.

Wir hatten erhofft, durch die Große Anfrage in einen Dialog mit allen Fraktionen dieses Hauses über beide Seiten der **Polizeiarbeit**, über **Erfolge** und **Mißerfolge**, Probleme und Chancen einzutreten. Sie verweigern sich mit Ihren Antworten diesem Dialog, Herr Innenminister. Das ist für uns sehr enttäuschend; denn gerade von Ihnen hätten wir uns einen ehrlicheren Umgang mit unserer Großen Anfrage gewünscht und auch erwartet.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich möchte Ihnen an einigen Beispielen erläutern, was ich meine: Wir haben Sie zum Ausrüstungsstand mit leichten und schweren **Schutzwesten** gefragt. In der Antwort versichern Sie, daß der Ausrüstungsstand ausreichend und eine weitergehende Beschaffung von Westen nicht vorgesehen sei.

Was müssen wir in der „Pinneberger Zeitung" vom 10. Januar 1997 lesen? Im Bereich der Polizeidirektion West sollen 75 zusätzliche Westen bei einem Bestand von 103 Westen beschafft werden. Der angeblich ausreichende Ausrüstungsstand mit Westen mußte um über 70 % nach oben korrigiert werden. Dem Ganzen wird die Krone aufgesetzt durch die Aussage, es handele sich hierbei um eine „Feineinstellung".

Wenn Sie eine so gewaltige Nachrüstung als Feineinstellung bezeichnen, möchte ich nicht wissen, in welchen Dimensionen sich dann ein größerer Fehlbedarf bewegt, Herr Minister.

Diese Probleme hätten wir nicht, wenn Schleswig-Holstein endlich die Regelungen anderer Bundesländer übernehmen und jede Beamtin und jeden Beamten mit einer persönlichen Schutzweste ausstatten würde. Nur so läßt sich die Trageakzeptanz steigern und das Problem der Verfügbarkeit, das sich aus den unterschiedlichen Körpergrößen ergibt, lösen. Sie sollten die Menschen und nicht die Fahrzeuge mit Schutzwesten ausstatten, Herr Innenminister.

Genauso mysteriös ist die Antwort auf die Frage nach dem Bestand an **durchstichsicheren Handschuhen**, die es nach Ihren Angaben überhaupt nicht zu kaufen gibt. Meiner Fraktion liegt das Schreiben einer Firma vor, die Handschuhe anbietet, an deren Oberfläche sich die Injektionsnadel einer Spritze verbiegt oder

(Wolfgang Kubicki)

abbricht, die also durchstichsicher und nicht nur durchstichhemmend sind.

Bezog sich Ihre Antwort auf diese Handschuhe, oder kennen die zuständigen Mitarbeiter im Beschaffungswesen diese Handschuhe nicht? Oder wollen sie diese Handschuhe deswegen nicht kennen, weil ihre Beschaffung mit 200 DM pro Paar sehr teuer ist?

Beispiel **Mehrarbeit**, Seite 104, Antwort zu Frage 5 d) – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidiums –:

> „Dienstplanmäßig angeordnete Mehrarbeit gibt es nicht. Im Schichtdienst, in dem aufgrund des Dienstplanes Mehrarbeitsstunden anfallen könnten, wird diese Mehrarbeit planmäßig durch Freizeit abgegolten."

Erst gibt es keine Mehrarbeit, dann könnte sie doch anfallen, und zum Schluß wird die eventuell durch den Dienstplan anfallende Mehrarbeit planmäßig abgegolten. Das verstehe, wer will.

Ihre Aussagen zur **Dienstzufriedenheit** und zur letzten **Beurteilungsrunde** passen perfekt in dieses Raster. Weder hat es – so Ihre Aussage – größere Unruhe aufgrund der umstrittenen Beurteilungen gegeben, noch hat sich die Dienstzufriedenheit merklich verändert.

Herr Innenminister, ich rate Ihnen dringend, den Kontakt mit Ihren Polizeimitarbeitern vor Ort zu suchen. Was Sie dort finden, hat mit dem hier beschriebenen Zustand herzlich wenig zu tun,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

genausowenig wie Ihre Aussage, daß die **organisatorische Ausgestaltung der Zielfahndung** sinnvoll sei. Sie weigern sich aus kriminaltaktischen Gründen, die Zahl der Mitarbeiter öffentlich zu nennen. Das respektieren wir. Wir wissen aber, daß die Zahl der mit der Zielfahndung betrauten Mitarbeiter stark reduziert wurde und den Staatsanwaltschaften nun kein fester Ansprechpartner mehr zur Verfügung steht, so daß viel Zeit mit der Koordination der Maßnahmen verlorengeht. Daß Sie unsere Frage bezüglich des Vergleichs der Organisationsstruktur der Zielfahndung mit anderen Bundesländern schlicht nicht beantwortet haben, muß ich eigentlich nicht mehr gesondert erwähnen.

Ich möchte an dieser Stelle die Aufzählung weiterer seltsamer Antworten abbrechen. Aber ich darf Ihnen versichern: Die gesamte Redezeit ließe sich mit den entsprechenden Einzelbeispielen füllen.

Die **Kriminalitätsentwicklung** in Schleswig-Holstein ist besorgniserregend. Der überdurchschnittliche Anstieg im Bereich der Schwerstkriminalität muß uns aufhorchen lassen. Zwischen 1994 und 1995 gab es ein Plus von 8,2 % bei der Gewaltkriminalität, von 34,8 % beim Diebstahl aus Amtsgebäuden, 15,5 % bei der Wirtschaftskriminalität, die Zahl der Vermögens- und Fälschungsdelikte stieg um 8,1 % und die Umweltkriminalität gar um 22,6 %.

Allein der „Bohrer-Bande" werden in einem Zeitraum von rund 26 Monaten 3642 Straftaten zugerechnet, das sind – wohlgemerkt nur von einer einzigen Bande – mehr als vier Straftaten pro Tag, Sonn- und Feiertage eingerechnet.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Aussage sehr, daß die **Kriminalstatistik** für 1995 nach wie vor aussagekräftig ist und die Zahl der Fälle durch die Fehlerfassungen etwas nach unten korrigiert werden muß, aber trotzdem – ich zitiere – „eine tendenzielle Kriminalitätssteigerung nicht in Frage stellt". Es bleibt zu hoffen, daß die Statistik für 1996 wieder verläßliche Daten bietet, ansonsten kann auf ihre Erstellung verzichtet werden.

Diese Zahlen machen deutlich, daß die F.D.P. keine Horrorszenarien an die Wand malt. Wir hören immer wieder, mehr Polizei sei nicht das Allheilmittel gegen die steigende Kriminalität. Das ist insoweit richtig, als daß alle, Politik und Gesellschaft, aufgerufen sind, ihren Beitrag zur Bekämpfung der Kriminalität zu leisten. Auf der anderen Seite muß die Polizei als zuständige Behörde auch sachlich und personell in der Lage sein, auf die gesteigerten Anforderungen zu reagieren. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von ihr. Um der Polizei diesen Handlungsspielraum zu geben oder – besser gesagt – wieder zu geben, besteht ohne Zweifel Handlungsbedarf bei der Ausstattung, der internen Organisation und beim Personal.

Die Ausstattung mit Schutzwesten und durchstichsicheren Handschuhen habe ich bereits angesprochen. COMPAS – das ist unbestritten – wird in den nächsten Jahren Entlastung bei der Erfüllung von Routineaufgaben bringen, aber COMPAS muß auch mit anderen EDV-Ausstattungen in Polizeibehörden kompatibel sein und bleiben.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Diese Entlastung braucht die Polizei dringend, so daß eine Verzögerung bei der Beschaffung trotz der katastrophalen Haushaltslage nicht akzeptabel wäre.

Ein Knackpunkt bleibt jedoch die **Raumsituation**. Es ist erfreulich, wenn die Sanierung des 1. Polizeireviers in Neumünster 1997 beginnen soll und Kiel-Eichhof jetzt endlich fest in den Bedarfsplan, wenn auch erst für das Jahr 2000, eingestellt ist. Aber die insgesamt angekündigten Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus. Die Raumsituation in Flensburg ist katastrophal, eine Anmietung oder ein Neubau wäre dringend nötig. In Schleswig liegt das Angebot eines privaten Investors vor, ein Gebäude zu leasen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Genau!)

Eine zügige Bewertung des Innenministeriums ist dringend geboten. Auch im ländlichen Raum besteht Handlungsbedarf. Viele Dienststellen verströmen den Charme der sechziger Jahre und bedürfen einer grundlegenden Erneuerung.

(Wolfgang Kubicki)

Daß sie uns den Monat nicht nennen wollten, in dem die **Bauerhaltungsmittel** verbraucht waren, bestätigt nur die Dringlichkeit der Baumaßnahmen. Es bleibt zu hoffen, daß die Kürzung von 5 Millionen DM bei den Mitteln für Bauunterhaltung nicht zu Lasten des Polizeihaushaltes geht. Es kann nicht angehen, daß die Landesregierung nach dem Neuzuschnitt der Ministerien einen teuren Umzug plant, während die Polizei in Gebäuden arbeiten muß, die eigentlich unter die Abrißbirne gehören.

Ähnlich stellt sich die Lage bei der **Wasserschutzpolizei** dar. Sie sind immerhin so ehrlich zuzugeben, daß ein Ersatz für überalterte Boote zur Zeit nicht vorgesehen ist. Sie wissen – oder Sie sollten es zumindest wissen –, daß die „Helgoland" dringend ersetzt werden müßte, da sie als eines der wenigen Boote nordseetauglich ist und für die Fahrt nach Helgoland dringend gebraucht wird. Herr Innenminister, wenn Sie das Boot nicht ersetzen, wie sollen die Beamten der Wasserschutzpolizei dann dorthin gelangen? Mit der Fähre?

Wir hören in unseren Gesprächen mit den Polizeimitarbeitern immer wieder, daß nicht genügend unauffällige **Fahrzeuge für Observationen** vorhanden sind. Gleichzeitig hören wir auch, der Bestand an beschlagnahmten Fahrzeugen sei so groß, daß der Bedarf der Polizei problemlos gedeckt werden könnte. Wieso seit Juni 1995 nur sechs Fahrzeuge an die Polizei weitergegeben wurden, ist uns vor diesem Hintergrund nicht erklärlich. Oder verkaufen Sie die Fahrzeuge lieber, um ein paar Mark für den Landeshaushalt zu erzielen? Das Geld können Sie bekanntermaßen gut gebrauchen.

Die **Schießausbildung** bei der Polizei leidet unter Unterkapazitäten, die erst 1999 mit dem Neubau der Hallenschießanlage in Eutin beseitigt werden. Auch bei dieser Baumaßnahme dürfen keine Verzögerungen eintreten, denn eine fundierte Schießausbildung ist die beste Garantie für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Waffe,

> (Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

die allein im Jahr 1995 225 Mal bei Einsätzen der Polizei benutzt wurde.

Die Landesregierung reist durch die Lande und erklärt, sie treibe die Verwaltungsreform voran. Für den Polizeibereich liegt seit Ende 1994, zu einem Zeitpunkt, als Hans-Peter Bull Innenminister war, das **BSL-Gutachten** vor. Untersuchungsgegenstand war die Art der Erfüllung von unmittelbaren Polizeiaufgaben.

Inzwischen sind mehr als zwei Jahre vergangen, und das einzige, was die Landesregierung in Bewegung gesetzt hat, ist der Amtsschimmel. Sie hat 15 Arbeitsgruppen eingesetzt und eine Lenkungsgruppe installiert. Und was ist das Ergebnis? – Eine Landesbeschaffungsordnung ist noch immer nicht erlassen, die zentrale Beschaffungsstelle im Innenministerium ist noch immer nicht in ihrer Kompetenz gestärkt, Pflegearbeiten sind noch immer nicht fremdvergeben, die Fernmeldebetriebsdienste sind noch immer nicht neu organisiert.

Das Referat 423 des Innenministeriums steht im nicht gänzlich unbegründeten Verdacht, **Doppelarbeit** mit der Fachdirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin zu leisten. Wenn wir Ihre Antwort richtig interpretieren, woran ich keinen Zweifel habe, dann sehen Sie das genauso. Lassen Sie Ihren unklaren Antworten glasklare Entscheidungen folgen, und lösen Sie diese Abteilung einfach auf!

Auch das **Beschaffungswesen** im Innenministerium muß verbessert werden. Es kommen uns haarsträubende Verfahren zu Ohren, denen wir weiter nachgehen werden. Es kann nicht sein, daß Material ohne Ausschreibung beschafft wird oder sich die Beschaffungsabteilung selbst kontrolliert.

Durch die kürzlich mit großem Tamtam verkündete mittelfristige Schließung von polizeieigenen Tankstellen und Autopflegeanlagen sowie eine verstärkte Fremdvergabe von Reparaturarbeiten können zukünftig rund 2 Millionen DM netto pro Jahr eingespart werden – 2 Millionen DM netto pro Jahr! Welche Potentiale müssen noch in diesem Bereich schlummern, wenn schon diese läppische Aktion einen solchen Effekt erzielt hat!

Während bei der Gebäudeerhaltung und der Beschaffung drastisch gespart wird, nutzt die Landesregierung **vorhandene Einsparungspotentiale** nicht. Das ist für uns ein Skandal. Es ist hohe Zeit, daß die Landesregierung ihren unzähligen Ankündigungen zu einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung auch Taten folgen läßt. Frau Heinold, wir wären dankbar, wenn wir das in den Vorschlägen im Mai 1997 wiederfänden.

Die personelle Ausstattung ist einer der zentralen Punkte für die Arbeit der Polizei. Die Kriminalität steigt bei Bagatellfällen ebenso wie bei den Schwerstverbrechen. Das bedeutet objektiv eine Mehrbelastung der Polizei allein aufgrund der höheren Fallzahlen. Zusätzlich hat sich das **Anforderungsprofil** für **Polizeivollzugsbeamte** stark gewandelt. Neben die Aufgaben der hoheitlichen Eingriffsverwaltung und die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols ist eine neue Ebene getreten. Die Polizei wird nicht mehr erst dann aktiv, wenn etwas geschehen ist, sondern versucht schon im Vorfeld durch **Information und Präsenz** Straftaten zu verhindern. Diese Wandlung im Selbstverständnis der Polizei gegenüber dem Bürger ist zu begrüßen. Die Politik bleibt aufgefordert, diesen Wandlungsprozeß aktiv zu unterstützen.

Die **Präventionsarbeit** der Polizei in Schleswig-Holstein ist vorbildlich und bundesweit ohne Vorbild. Trotzdem wird sie bei der Bemessung des Personalbedarfs nicht berücksichtigt. Das kann so nicht richtig sein, denn zur Zeit ist es so, daß die Präventionsarbeit neben den normalen Dienstaufgaben zu erledigen ist.

(Wolfgang Kubicki)

Wer einen großen Aufwand für Prävention betreibt, wird also noch bestraft. Hier müssen verbesserte Bemessungsgrundlagen gefunden und umgesetzt werden.

Es ist kein gutes Zeichen, wenn trotz dieses gesteigerten Arbeitsumfangs die Personalzahlen unverändert bleiben sollen. Da wir aber alle die aktuelle katastrophale Haushaltssituation des Landes kennen, begrüßen wir die Aussage der Landesregierung, die Präsenz der Polizei auf der Straße nicht zu verringern. Herr Innenminister, wir werden Ihre **Personalplanung** an dieser Vorgabe messen.

Daß diese Vorgabe nur das absolute Minimum darstellt, ist für uns aus den vorliegenden Daten klar ersichtlich. Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 wurden über 130 Überstunden von Polizeivollzugsbeamten geleistet.

Für das Jahr 1994 bedeutet dies pro Vollzugsbeamten 17,2 Überstunden im Jahr, für das Jahr 1995 14,7 Überstunden.

Die Landesregierung wird nicht müde, von den Unternehmen einen deutlichen **Überstundenabbau** einzufordern. Ich frage Sie: Warum gehen Sie nicht mit gutem Beispiel voran und bauen Ihren Überstundenberg ab? Sie könnten damit mehr als 70 Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins Lohn und Brot geben.

Wohlgemerkt, das sind nur die Überstunden. Zahlen zur **Mehrarbeit** konnten oder wollten Sie uns nicht liefern. Sie liegen aber nach Schätzungen fünf- bis sechsmal so hoch wie die Zahl der Überstunden. Diese Mehrarbeit wird fast überwiegend durch Freizeit abgegolten. Das bedeutet jedoch, daß die Mitarbeiter, die ihre Freizeitstunden abbauen, dem normalen Dienstbetrieb nicht zur Verfügung stehen.

Ähnlich sieht die Situation bei der **Abstellung** von Mitarbeitern für Sonderkommissionen oder zu einem Zivilstreifenkommando aus. Für die Stelle des abgestellten Mitarbeiters wird kein Ersatz beschafft; die anderen Mitarbeiter in den jeweiligen Abteilungen müssen die Arbeit des abwesenden Kollegen miterledigen. Es kann aber nicht sein, daß eine Abteilung durch die Abstellung eines Mitarbeiters für eine Sonderkommission bestraft wird. Hier muß eine flexiblere Regelung gefunden werden, ähnlich derjenigen für die Einsätze in der „Bäderdienst-Task-Force", bei der Ersatz aus der PD für Aus- und Fortbildung in die Dienststellen umgesetzt wird.

Der F.D.P.-Fraktion liegt eine rasche **Verbesserung der Personalstruktur** besonders am Herzen. Der zu trauriger Berühmtheit gelangte „Obermeisterbauch" muß abgebaut werden. 550 Polizeiobermeister mit mehr als 10 Dienstjahren und 198 Polizeiobermeister mit mehr als 20 Dienstjahren wurden bei der Beurteilung mit „gut" bewertet, Holger Astrup. Sie haben sich aufgrund ihrer guten Beurteilung ihre Beförderung wie jeder andere Mitarbeiter der Landesverwaltung verdient. So sind auch die 154 zusätzlichen Beförderungsstellen, die der Innenminister im Haushaltsentwurf 1997 bereitgestellt hat, kein Gnadenakt, sondern ein Akt der Gleichbehandlung mit anderen Teilen der Landesverwaltung. Wenn der Innenminister in den vergangenen Jahren die mit „gut" benoteten Hauptmeister regulär befördert hätte, hätte er sich solche Feuerwehraktionen allerdings ersparen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antworten auf die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion haben – leider – nur in einigen Bereichen Licht ins Dunkel gebracht. Zuviele Fragen sind unzureichend, ausweichend oder überhaupt nicht beantwortet worden. Auch diejenigen **Antworten** auf Fragen, die öffentlich nicht beantwortet werden konnten, fehlen noch für eine umfassende **Bewertung**. Wir werden deshalb das Angebot der Landesregierung annehmen, die noch offenen Fragen in einer nichtöffentlichen Sitzung des Innenausschusses zu erörtern.

Eines ist für meine Fraktion jedoch sehr deutlich geworden: Die Landesregierung hat die Probleme der Polizei nicht erkannt, oder sie will sie nicht erkennen. Wer aber Probleme verschleiert, der kann sie auch nicht lösen.

Die F.D.P.-Fraktion wird deshalb auch in Zukunft ihr Augenmerk auf den Bereich der Polizei und der inneren Sicherheit richten und für die berechtigten Interessen der Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein eintreten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne möchte ich jetzt die Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung, Teilnehmer des Kurses des Berufsfortbildungswerkes Kiel und die Schwesternschülerinnen und angehenden Pfleger aus Schleswig-Holstein begrüßen.

(Beifall)

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Zahn.

Peter Zahn [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie ergänzen, Frau Präsidentin. Wir können auf der Tribüne auch noch zahlreiche Polizeibeamte und Vertreter der Gewerkschaft der Polizei begrüßen.

(Beifall)

Im Gegensatz zu den Vertretern der Opposition – nicht unbedingt zu Ihnen, Herr Kubicki – möchte ich sagen, daß der Umfang der Fragen und vor allen Dingen der Umfang der Antworten auf diese Große Anfrage – zusammen mit den Antworten auf die Große Anfrage der SPD aus dem Jahr 1993 zu der sozialen Kälte und zu den sozialen Diensten, Polizei und innere Sicherheit – einen kleinen Polizeialmanach ergeben haben. Das liegt weniger an den Fragen

(Peter Zahn)

als an den Antworten, die ich – ganz anders als Sie – als sehr ausführlich, umfangreich und informativ bewerte.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich können nicht alle Fragen befriedigend beantwortet werden. Manche Antworten können nicht über eine Klarstellung hinausgehen. Viele Fragen, die Menschen im Alltag betreffen, sind manchmal nicht befriedigend zu beantworten, weil nicht genügend Geld- und Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Um so mehr sagen wir als SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön an die Verwaltung, insbesondere an das Innenministerium und die Abteilung Innere Sicherheit, an die Polizeikräfte und Dienststellen, die damit zu tun haben. An dieser Stelle einen herzlichen Dank für diese Arbeit!

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

Der Innenminister hat seine drei Leitpunkte genannt: Präsenz, Prävention und Motivation. Zu diesen drei Punkten stehen wir voll und ganz. Sie sind die polizeipolitischen Zielsetzungen dieser Landesregierung und auch der SPD-Fraktion. Über diese Punkte kann man nicht streiten. Diese Leitpunkte sind auch in den Antworten auf die Große Anfrage erkennbar und ziehen sich wie ein roter Faden durch diese Antworten.

Zur Präsenz gehört ohne Frage die Tatsache, daß die Umorganisation der Polizei durch das Polizeiorganisationsgesetz gelungen ist, daß wir Schwerpunktdienste eingesetzt haben, daß das Schutzbereichkonzept umgesetzt worden ist, daß sich die Ausbildung insgesamt verändert hat, daß die Zusammenlegung der Führung in S und K mittlerweile von allen Bereichen anerkannt wird und daß wir mit zusätzlichen Einrichtungen, wie dem sogenannten Zivilen Streifenkommando – ZSK – ebenfalls versucht haben, in diesen Bereichen die Präsenz zu verstärken.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir als SPD-Landtagsfraktion unterstreichen, daß die Landespolizei das große Vertrauen der Bevölkerung genießt. Wir sagen das immer deutlich. Einzelne Vorgänge dürfen nicht auf die Polizei allgemein übertragen werden. Dies wäre eine völlig falsche Beurteilung der Arbeit der Polizei.

Die hier erwähnten Bevölkerungsumfragen in Heide, Kiel und Neumünster ergänzen das gute Ergebnis. Auch bei der Umfrage in Lübeck wurden ähnliche Ergebnisse erzielt. Diese Ergebnisse sind für uns als Sozialdemokraten tragbar.

Die **Prävention** ist hier zu Recht als beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland dargestellt worden. An diesem Modell haben sich inzwischen 28 Gemeinden beteiligt. Dieses Modell wird mittlerweile auch in anderen Bundesländern mit Interesse verfolgt. Die schleswig-holsteinische Polizei soll in diesen Bundesländern mit Rat und Tat zur Seite stehen, um zu versuchen, dieses Modell auch in anderen Teilen unseres Landes zu vermitteln. Ich denke, daß die Berücksichtigung von präventiver Arbeit in bezug auf die Arbeitsplatzbewertung deutlich gemacht wird, Herr Kollege Kubicki. Ihre dementsprechende Forderung läuft offene Türen ein. Es ist eine beschlossene Sache, daß diese Punkte zukünftig in die Personalverteilungskonzepte einfließen werden.

Ich denke, daß die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Polizei insgesamt gut sind. Natürlich ist immer das Bessere der Feind des Guten. Das wissen wir. Aber im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sind 635 Millionen DM für die innere Sicherheit und die Steigerung um 2,7 % in diesem Haushalt ein akzeptables Ergebnis im Hinblick darauf, was wir zur Zeit in diesem Lande erleben müssen.

(Beifall bei der SPD – Holger Astrup [SPD]: Ein hervorragendes Ergebnis!)

Es können sicherlich nicht alle Wünsche erfüllt werden. Das muß man freimütig zugeben. Man muß auch innerhalb der inneren Sicherheit die Prioritäten setzen. Der Innenminister und auch die SPD-Landtagsfraktion unterstützen die Priorität, daß das **Personalstrukturkonzept** für das Jahr 2000 mit einem Volumen von insgesamt 26 Millionen DM durchgezogen wird, insbesondere im Bereich der Beförderung der A 8- und der A 9-Stelleninhaber, sprich „Obermeisterbauch", und im Bereich der Beförderung von A 10- und A 11-Stellen, also im Bereich des „Oberkommissarbauchs". Wenn dies in den nächsten vier Jahren gelingen wird, bin ich nicht bange, daß wir diese Problematik endlich – sie ist im Bereich der Obermeister eine Altlast aus früheren Jahren; das darf man nicht übersehen – lösen können.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Wir wollen schon jetzt den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen des Landes eine Perspektive vermitteln.

Angesichts der angespannten Haushaltslage sind zur Zeit Polizeiverstärkungen nicht realisierbar. Das geben wir hier offen zu; das ist eine klare Aussage. Statt dessen setzen wir uns für die weitere Qualifizierung der Polizeibeamten ein. Deshalb stehen wir – das habe ich eben schon erwähnt – für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn, wie sie auch in den Regierungserklärungen von Björn Engholm und Heide Simonis mehrfach erwähnt worden ist.

An dieser Stelle gilt mein Dank – das will ich auch in Anwesenheit der Betroffenen sagen – denjenigen, die sich innerhalb der Gewerkschaft der Polizei und anderer Berufsverbände um diese Dinge gekümmert haben. Ohne deren Mitwirkung und – sagen wir ruhig – Druck wäre vieles in diesem Lande nicht so positiv verlaufen. Wir stehen in dem Prozeß der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn nicht schlecht da. Das sollte man an dieser Stelle auch einmal würdigen.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Zahn)

Im Hinblick auf die Personalverstärkung muß in Richtung der Christdemokraten noch einmal deutlich gesagt werden: Alle Versuche, Hilfskräfte in irgendeiner Art für die **Polizei** anzuwerben, sei es aus dem Bereich Bundeswehr oder aus anderen Bereichen, sind mit uns nicht zu machen. Wer den Beruf des Polizeibeamten stärken will, wer das Kienbaum-Gutachten umsetzen will – was wir hier in diesem Parlament alle wollen –, kann nicht gleichzeitig, weniger oder halbausgebildete Persönlichkeiten – egal, wer sie sind und woher sie kommen – für die Arbeit der Landespolizei einsetzen. Dies wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Grenzschützer sind also nichtausgebildete Persönlichkeiten!)

Wir begrüßen außerordentlich den Fortschritt in der Umsetzung der **Technik**. Man kann immer sagen: Es hätte auch schon eher kommen können. Das ist klar. Aber COMPAS ist das Modell für die Landespolizei bis zum Jahr 2001. Das, was wir dort insgesamt umsetzen, fast 60 Millionen DM, ist eine herausragende Leistung. Hier werden alle Kräfte gebraucht, das Modell COMPAS umzusetzen, auch dort, wo es Insellösungen gibt und wo elektronische Schreibmaschinen nicht mehr gebraucht werden. Dies ist zu fördern und wird im Landeshaushalt berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang muß ich dem widersprechen, Herr Kollege Kubicki, was Sie über die Unterbringung der Polizei gesagt haben. Man kann natürlich hier hergehen und aufzählen, was noch nicht funktioniert und was noch nicht fertig ist und was auch nach unserer Meinung noch nicht ausreicht, wie die Unterbringung des Bezirksreviers im Eichhof, des 5. Reviers in der Hansestadt Lübeck

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

oder anderer Bereiche. Auch ich hätte hier eine lange Latte von Problempunkten aufzuzählen. Ich bitte Sie, einmal zu würdigen, was in den letzten Jahren an Neubauten durch Geld des Landes, aber auch durch Investorenmodelle geschaffen worden ist. Das 2. Polizeirevier in Lübeck, Investitionen in Tornesch, Ahrensburg, Halstenbek-Remmingen und Eutin-Hubertushöh, zeigen, daß diese Landesregierung in jedem Haushalt mit mehreren Millionen DM investive Maßnahmen finanziert, Bauten der Landespolizei ausbauen will und wird.

Dazu gehört auch das Bauherrenmodell – so nenne ich es einmal –, wie wir es bereits mehrfach im Lande durchführen. Ich unterstütze dies ausdrücklich für die SPD-Fraktion. Es hilft uns, Polizeigebäude schneller, als dies mit Haushaltsmitteln möglich wäre, zu errichten und mit Hilfe privater Investoren schneller Möglichkeiten zu realisieren. Dies muß fortgesetzt und unterstützt werden.

Herr Kubicki, ich muß noch einen Punkt aufgreifen, den Sie angesprochen haben, nämlich das Schutzwestenproblem. Ich teile Ihre Ansicht nicht. Ich meine, daß das Innenministerium und die Polizeiführung mittlerweile insgesamt dafür gesorgt haben, daß die Schutzwesten in den Polizeifahrzeugen und für die einzelnen Beamten, die dies möchten und dies über ihre Kleidergeldkasse finanziert haben wollten, vorhanden sind. Lassen Sie uns nicht fordern, daß jeder Polizeibeamte persönlich eine Schutzweste hat. Das bedeutet, daß wir intensiv darüber nachdenken müßten – eigentlich müßten wir so entscheiden; das ist meine persönliche Meinung –, eine Tragepflicht einzuführen. Wer aber will das,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

den Beamten eine Tragepflicht auferlegen? Dies bedeutet nämlich automatisch, daß beim Nichtanlegen der Sicherheitswesten erhebliche versicherungsrechtliche Bedenken auftreten könnten, wenn es zu einem Problem kommt. Aus diesem Grund hat der Innenminister bisher ausdrücklich darauf verzichtet und es bei dem ausreichenden Satz der Beschaffung der Schutzwesten belassen.

Der Ausbau der **Fernmeldetechnik** ist ein wichtiger Programmpunkt. Wir wissen, daß hier noch viele Millionen DM beschafft werden müssen. Die Funktionalität von Einsatzleitstellen ist ein wichtiger Punkt und muß konsequent weiter ausgebaut werden.

Gleichzeitig begrüßen wir die Verstärkung und die bessere Ausstattung der SEKs, der **Spezialeinsatzkommandos**, des MEK, des **Mobilen Einsatzkommandos**, und die Arbeit der bundesweit tätigen **Ersten Hundertschaft**. Hier möchte ich ein deutliches Lob aussprechen, wie wir es auch bei der Verabschiedung des früheren Leiters der PD AFB, Herrn Schipper, von anderen Bundesländern respektive vom Bonner Inspekteur der Bereitschaftspolizeien gehört haben – Herr Füllner war dabei; er hat ausdrücklich gesagt: Wenn die Schleswig-Holsteinische Einsatzhundertschaft mit ihren Einsatzmöglichkeiten und fünf Zügen kommt, wird sie von allen anderen Bundesländern außerordentlich begrüßt. Sie wird begehrt als eine hervorragend ausgebildete und deeskalierend tätige Einsatzhundertschaft. Das sollten wir dankbar anerkennen und Herrn Unger und seinen Polizeibeamten sagen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Für die „Bäderdienst-Task-Force" – der Innenminister sucht immer noch nach einem neuen Ausdruck; sein Preis für einen besseren Ausdruck steht auch noch an – wird die Einsatzhundertschaft benötigt, um spezielle Tätigkeiten durchzuführen, Präsenz in den Bäderorten zu zeigen, wie auf Sylt, wo es besondere Probleme in Westerland gibt, wie in Timmendorfer Strand, wie in Grömitz oder in St. Peter-Ording.

Natürlich wissen wir, daß das **Schengener Abkommen** – wir werden morgen darüber reden; deshalb streife ich es hier nur kurz – auch für uns in Schleswig-Holstein deutlich gemacht hat, daß die Brückenfunktion für Schleswig-Holstein besondere Probleme mit sich bringt und für uns bedeutet, Ausgleichs-

(Peter Zahn)

maßnahmen zu ergreifen. Ich denke, daß wir morgen darüber reden werden und auch in Zukunft noch darüber reden müssen.

Als SPD-Fraktion begrüßen wir außerordentlich die Initiativen des Innenministers zum Thema **Sicherheitspartnerschaft** im **Ostseeraum**.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Hier wird ausdrücklich gezeigt, daß mit Estland, Litauen, Kaliningrad und neuerdings, seit wenigen Tagen, auch mit Lettland vernünftige Aspekte und Ansätze gesucht werden, um für die innere Sicherheit im Ostseeraum ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Das wird von der SPD-Fraktion außerordentlich unterstützt.

Im Zusammenhang mit der Kriminalität – lassen Sie mich das abschließend sagen – müssen wir anerkennen, daß die Öffnung der Ostgrenzen – so sehr uns das gefreut hat – für uns ein gesellschaftspolitisches Problem vergrößert hat, nämlich die Bekämpfung der **Kriminalität**, die sich eindeutig durch die Öffnung der Grenzen ergeben hat. Darüber kann man nicht schweigen. Dies sind Fakten. Ich denke, daß man sich in dieser Richtung Gedanken macht und noch sehr viel mehr tun muß.

Lassen Sie mich sagen, daß wir neben dieser internationalen Herausforderung die Probleme in unserem Land nicht vergessen dürfen, die Bekämpfung der Kleinkriminalität, die für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, das sogenannte subjektive **Sicherheitsempfinden**, von großer Bedeutung ist. Besonders die Jugendlichen, Auszubildenden sind hinsichtlich dieses Feldes der Delikte besonders anzusprechen. Dies kann die Landespolizei, dies kann eine Regierung allein nicht tun. Hier müssen Elternhaus, Familie, Schule und Ausbildungsstätte gemeinsam im Vorfeld präventive Arbeit leisten, um Jugendliche auf den richtigen Weg zu bringen.

Ich komme zum entscheidenden Punkt. Wir müssen feststellen, daß sich – gegenüber der Großen Anfrage von 1993 – die **soziale Kälte** in Deutschland deutlich vergrößert hat. Dies muß unterstrichen werden. In der Beantwortung der Großen Anfrage wird das ausdrücklich gesagt. Immer mehr Menschen sind in Armut und Not geraten, und diese Politik der sozialen Kälte gerade auch der Bundesregierung in Bonn wirkt sich auf die öffentliche Sicherheit aus.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich hier ganz eindeutig: Weil es immer mehr Menschen gibt, die weniger Chancen haben, sich mit legalen Mitteln im Leben durchzusetzen, weichen sie – diese Zahlen sehen wir an den Größenordnungen – auf illegale Möglichkeiten aus. Deshalb ist eine gute Sozialpolitik immer noch die beste Prävention gegen Kriminalität. Daran sollten wir uns auch in Zukunft halten.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns auf eine intensive Debatte im **Innenausschuß**, wo sicherlich viele Fragen angesprochen werden. Ich nenne beispielhaft die Diskrepanz bei den Überstunden. Darüber müssen wir uns einmal mit den Fachleuten unterhalten. Es gibt in der Tat einen feinen Unterschied zwischen Mehrarbeitsstunden im Rahmen des Schichtdienstes und Stunden innerhalb des angeordneten Schichtdienstes, insbesondere bei Sonderkommissionen, etwa der berühmten Einsatzhundertschaft und anderen Dingen.

Bezüglich des BSL-Gutachtens und seiner Umsetzung befinde ich mich mit Ihnen auf einer Linie. Das gleiche gilt für die bisherigen Erfahrungen aus der Umsetzung des Polizeiorganisationsgesetzes und die Möglichkeiten, dies demnächst zu ergänzen.

Herzlichen Dank für dieses umfangreiche Werk, das aus dem Innenministerium und der Landespolizei heraus an uns herangetragen wird.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Es muß kritisch gewürdigt werden. Es wird uns weiterhelfen, den Bereich innere Sicherheit in diesem Land zu stärken. Wir als SPD-Fraktion sind bereit, dies mitzutragen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Füllner das Wort.

Meinhard Füllner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hatte 1990 auch eine **Große Anfrage** zur Lage der Polizei eingebracht. Im Ergebnis hat das mit der Beantwortung durch die Landesregierung dazu geführt, daß der damalige Innenminister, Herr Bull, daraus eine umfassende Broschüre gemacht hat, weil die Fragestellungen und die Beantwortungen in der Tat ein sehr gutes Bild der damaligen Lage der Polizei in Schleswig-Holstein zutage gefördert haben.

Ein solcher Ertrag, Herr Innenminister – und ich spreche auch Sie an, Herr Kubicki –, liegt uns diesmal nicht vor, auch nicht ansatzweise. Das liegt auch daran – und das will ich sehr kritisch anmerken, sehr verehrter lieber Herr Kubicki –: Wer nach Erbsen fragt, dem wird niemand etwas über deren Nährwert oder über die jeweilige Marktsituation der Erbsen erzählen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

– Sie haben sehr viel nach Erbsen gefragt, und das ist der Nachteil dieser Großen Anfrage. Es fehlt dieser Großen Anfrage die bei Ihnen sonst so beliebte „politische Dimension". Es fällt einem schwer, etwas für eine große Rede daraus zu saugen, weil die vielen

(Meinhard Füllner)

kleinen Erbsen, die man da zusammentragen muß, keine bedeutungsvollen politischen Aussagen möglich machen.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

– Herr Kubicki, lassen Sie sich eines sagen, was Sie auch selbst gespürt und zum Ausdruck gebracht haben: Diese Große Anfrage war fast eine Steilvorlage für die Landesregierung, sozusagen eine Erfolgsstory „Polizei in Schleswig-Holstein" deutlich zu machen und die Antworten so zu wählen, daß daraus letztlich etwas Positives wird.

Herr Innenminister, nach dem Bericht ist ja nun alles wirklich vom Feinsten. Sie haben – und haben es hier wiederholt – die Lage der Polizei als gut bezeichnet; eigentlich gibt es, wenn man diesen Antworten folgt, gar keine Probleme. Und als hätte die Ministerpräsidentin das Vorwort noch korrekturgelesen: Daß alles nicht noch besser ist, liegt nun einmal an der Bundesregierung, deren „soziale Kälte" – Herr Zahn hat dies wiederholt – die Menschen in Schleswig-Holstein in die Kriminalität treibt. So einfach kann man sich das schließlich auch machen!

(Beifall bei der CDU)

Nur: So einfach ist das alles nicht!

Herr Innenminister, die Wahrheit liegt ja schon in dem Hauptkapitel, das man politisch werten muß, nämlich in der **Kriminalitätsentwicklung in Schleswig-Holstein**. Es ist, bezogen auf die Zahlen von 1995, ja nun einmal nach wie vor die traurige Wahrheit, daß Schleswig-Holstein von allen alten Flächenländern die höchsten Belastungszahlen aufweist. Mit einer Steigerungsrate von 5,6 % liegt Schleswig-Holstein immerhin 3,6 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt, und mit einer Häufigkeitszahl von 10.195 liegen wir immerhin doppelt so hoch wie zum Beispiel Bayern oder das Saarland.

Nun wissen wir, daß all diese Zahlen sehr differenziert zu analysieren sind. Dennoch, Herr Innenminister: Mich beunruhigt, daß es Sie nicht beunruhigt, daß wir eine solche Entwicklung in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall bei der CDU)

Jedenfalls haben Sie hier in Ihrer Eingangsrede eine solche Beunruhigung nicht zum Ausdruck gebracht. Wir erwarten von Ihnen eigentlich eine etwas kritischere Auseinandersetzung mit diesen Zahlen der Kriminalitätsentwicklung in Schleswig-Holstein. Nur dann, liebe Frau Kähler, könnte der Innenminister auch in Richtung Ihrer Fraktion eine Sensibilisierung für eine Priorität der Polizei erreichen – nur dann, wenn er die Zahlen wirklich kritisch auf den Tisch legt und auch interpretiert.

Nun wissen die Bürger auch: Mit einer bestimmten Grundlast an Kriminalität müssen sie leben, muß sicherlich jede Gesellschaft, abhängig von der jeweiligen sozialen Situation, leben. Aber die Bürger erwarten vom Staat auch – und darauf haben wir in jeder Debatte über die Polizei und die innere Sicherheit hingewiesen –, daß er alles daransetzt, ständig die objektive und auch die subjektive Sicherheit zu verbessern und Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden.

Dieser Bericht macht allerdings in erschreckender Weise deutlich: Diese Landesregierung hat kein geschlossenes, in sich schlüssiges **Konzept**, um den neuen Herausforderungen im Bereich der **inneren Sicherheit** gerecht zu werden. Zwar kann man bei der sogenannten Alltagskriminalität möglicherweise mit präventiven Räten etwas bewegen, Herr Innenminister, aber niemand glaubt ernsthaft, daß dies zur Bekämpfung gerade der Bereiche ausreicht, die jetzt – wie die Gewaltkriminalität und die Wirtschaftskriminalität – hohe Wachstums- und überproportionale Steigerungsraten aufweisen.

(Zuruf von der SPD: Das steht auch weder in der Antwort, noch hat er das behauptet!)

Das gilt auch für die Rauschgiftkriminalität und all die Erscheinungen, die damit im Zusammenhang stehen.

Auf die Frage, welche **Maßnahmen** die Landesregierung plane, zählen Sie ein ganzes Spektrum auf. Ich will das gar nicht negativ betrachten. Es sind zum Teil durchaus richtige Antworten: neue Ermittlungsgruppen, präventive Räte, zivile Streifenkommandos und vieles andere mehr – zum Teil ganz erfolgreiche Einzelantworten. Das sollte man schon zugestehen. Doch zur Wahrheit, Herr Innenminister, gehört auch: Alle Maßnahmen, die Sie mit allen Ermittlungsgruppen und neuen zivilen Streifendiensten und all dem, was Sie hier aufgezählt haben, durchgeführt haben, haben Sie aus der Mangelsubstanz herausgenommen. Sie haben damit an anderen Stellen Löcher aufgerissen, die Sie in diesem Bericht nicht beschreiben.

Ich finde, zur Wahrheit und zur Lagebeurteilung gehört auch, daß man dann auch diese Mängel aufschreibt und nicht nur das beschreibt, was man aus dem Mangel heraus noch gezogen und neu geformt hat. Es geht auch um das, was an Mängeln dadurch entstanden ist! – Ich sehe dort hinten gerade Herrn Rehr sitzen; der wäre ja arbeitslos, wenn das alles noch vom Feinsten wäre und wenn nicht aus gewerkschaftlicher Sicht doch ständig Kritik zu üben wäre. – Nun können wir aus unserer finanzpolitischen Mitverantwortung heraus auch keine zusätzlichen Beamten aus dem Hut zaubern, aber wir wollen wenigstens den Status quo garantieren.

Meine Damen und Herren, zu einer sauberen Analyse gehört – das will ich noch einmal unterstreichen –, daß auch die Probleme beschrieben werden. Da liegt der große Mangel dieser Großen Anfrage und der Beantwortung durch die Landesregierung.

Einerseits sehe ich auch: Mit einer noch wirtschaftlicheren Organisation und Handhabung der polizeilichen Ressourcen läßt sich die **Effizienz** polizeilicher

(Meinhard Füllner)

Arbeit sicherlich noch verbessern. Ich denke, um nur zwei Beispiele zu nennen, an die Entlastung der Polizei von sogenannten polizeiuntypischen Aufgaben oder auch an die Verlagerung von bestimmten Aufgaben in die Privatwirtschaft, soweit es nicht hoheitliche Aufgabenerfüllung betrifft. Auch die Veränderung von **Prioritäten** innerhalb der polizeilichen Aufgabenstellung sollte noch einmal intensiver diskutiert werden. Doch das reicht mit Sicherheit nicht aus. Ich bin der Überzeugung, daß wir sehr viel intensiver als bisher auch über neue Antworten nachdenken müssen, die in dieser Großen Anfrage nicht oder nur unzureichend angesprochen worden sind. Auch wenn die Landesregierung und Sie, Herr Innenminister, sagen, Schleswig-Holstein sei nicht ein Schwerpunkt der organisierten Kriminalität, ist die Entwicklung in diesem Bereich doch immerhin eine beachtliche Quelle für das zunehmende Unsicherheitsgefühl der Bürger. Ich denke, wir müssen auch die Perspektive dieser Entwicklung, den Trend dieser Entwicklung im Auge haben, und das ist ein Wachstumsbereich; dies werden sicherlich auch Sie unterstreichen.

Die organisierte Kriminalität operiert über Länder- und Staatsgrenzen hinweg. Es ist für mich deshalb völlig unverständlich, daß es immer noch große Defizite in der Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern gibt. Dies gilt auch für die **Zusammenarbeit mit Hamburg**. Ich will das hier stichwortartig ansprechen, weil Sie, was die Zusammenarbeit mit Hamburg betrifft, immer etwas anderes sagen. Wir haben mehrere Besuche bei Polizeidienststellen durchgeführt und haben dort doch beachtliche Klagen darüber gehört, daß es in vielen Bereichen der Zusammenarbeit wirklich noch hakt. Da muß etwas verbessert werden, und darüber sagt dieser Bericht nichts.

Ungläubig sehen die Bürger, daß es auch keinerlei Bewegung im Sinne einer weiteren **Angleichung** der polizeirechtlichen Regelungen und Eingriffsbefugnisse auf **Bundesebene** gibt. Es ist für mich – ich habe das hier oft beschrieben – unerklärlich, daß sich in der Harmonisierung der polizeirechtlichen Regelungen überhaupt nichts bewegt und daß die Vielfalt der 16 Bundesländer immer noch so ist, wie sie vor fünf oder sechs Jahren gewesen ist. Ich denke, wir müssen da einen Schritt weitergehen, aber auch hier gibt es keine erkennbaren Initiativen der Landesregierung.

Abgesehen davon sollten wir in Schleswig-Holstein auch noch einmal darüber diskutieren, ob nicht Anlaß besteht, wieder einmal über das Landesverwaltungsgesetz zu beraten. Dabei sollten wir uns die polizeirechtlichen Eingriffsbefugnisse noch einmal besonders vornehmen und sollten prüfen, ob das rechtliche Handwerkszeug der Polizei noch ausreicht. Wir sagen ganz eindeutig: Es reicht nicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir können Eingriffsbefugnisse nicht nur auf tatsächliche Verhältnisse beziehen, sondern die Polizei muß bei ihrer Arbeit auch präventiv tätig werden können.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden ja morgen im Zusammenhang mit dem **Schengener Abkommen** und mit den Konsequenzen, die wir in Schleswig-Holstein daraus ziehen müssen, darüber diskutieren. Ich hoffe, Frau Kähler, es gibt eine konstruktive Diskussion, die uns in dieser Sache gemeinsam weiterführt.

Wenn wir über **Harmonisierung** reden, gilt das nicht nur in nationaler Dimension, sondern auch für die europäischen Strukturen. Wir haben ja nicht nur die deutsche Einheit, sondern auch das zusammenwachsende **Europa**. Es geht also auch um die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn, und ich begrüße für meine Fraktion ausdrücklich Ihre Bemühungen, Herr Minister, im Rahmen der Ostseeanrainerstaaten zu kooperativen Lösungen zu kommen. Dies ist ein Weg, der beschritten werden muß; das ist positiv zu bewerten.

Aber wir sollten hier bei uns anfangen, und dabei haben wir den Blick auf die **Zusammenarbeit mit Dänemark** zu richten. Sogar die liberalen Dänen haben erkannt, daß Verbrechensbekämpfung nicht mit den Instrumenten von gestern zu leisten ist, Frau Spoorendonk. Dort gibt es den sogenannten Lauschangriff, den Sie scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Dort gibt es sogar eine Entwicklung, die darauf hinausläuft, den richterlichen Genehmigungsvorbehalt wesentlich zu erleichtern. Ich denke, dies muß auch für uns Veranlassung sein, noch einmal darüber nachzudenken, ob wir nicht bei den rechtlichen Rahmenbedingungen für polizeiliches Handeln ein Stück weiterkommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann hier jetzt nur einige Beispiele nennen. In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Weiterentwicklung der Küstenwache. Dieses Thema kommt in der Antwort auf die Große Anfrage zu kurz. In dieser Hinsicht hat sich die Landesregierung – Sie, Herr Innenminister, haben ja an dieser Diskussion aktiv mitgewirkt – nur auf die denkbar minimale Form der Kooperation verständigen können. Aber dieses Thema muß nach meiner Meinung auf der Tagesordnung bleiben. Es macht für mich keinen Sinn, uns auf diese minimale Form der Zusammenarbeit zu beschränken. Die **Küstenwache**, die vielen, vielen schwimmenden Einheiten, die sich im Rahmen ihrer verschiedenartigen hoheitlichen Aufgabenerfüllung auf der Ostsee und auf den Gewässern bewegen, müssen zu einer besseren **Kooperation** und Zusammenarbeit als bisher kommen. Dieser Punkt bleibt für uns auf der Tagesordnung.

Wenn es um Innovation geht, dann sollte sich die Landesregierung nicht wie bisher verschließen – ich nehme damit das auf, was Herr Zahn schon gesagt hat –, über neue personelle Strukturen der polizeilichen Mitarbeit zu diskutieren. Es macht aus unserer Sicht durchaus Sinn, über einen **freiwilligen Polizeidienst** oder über eine Wachtpolizei, wie sie in anderen Bun-

(Meinhard Füllner)

desländern schon mit Erfolg praktiziert wird, Herr Zahn, zumindest einmal zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Verständnis dafür, daß die Gewerkschaft aus verbandspolitischer Sicht große Bedenken dagegen hat. So etwas paßt jetzt natürlich nicht in den Rahmen der zweigeteilten Laufbahn. Aber ich denke, es lohnt sich trotzdem, einmal darüber zu diskutieren. Das muß nicht bedeuten, daß diese polizeilichen Mitarbeiter – bei welcher Form der Anbindung auch immer – unausgebildet sind und wie völlige Laien dort herumlaufen. So etwas kann auch nicht gemeint sein.

Ihre haushaltsbedingte Personalplanung macht das Dilemma ja deutlich. Einerseits gibt es einen anerkannten Personalbedarf der Polizei – zum Teil ist die Notwendigkeit dramatisch –, andererseits setzt der Haushalt ganz klare Grenzen. An dieser Stelle möchte ich auch einschieben, daß wir das **Personalstrukturkonzept** mit den vorgesehenen Beförderungen und der Verbesserung der sozialen Situation der Polizei begrüßen. Dieses Konzept ist überfällig, und wir tragen es in vollem Umfang mit. Das trägt auch zur inneren Motivation, zur persönlichen Motivation der Beamten insgesamt bei.

(Beifall bei der CCDU)

Aber die **Personalplanung** sieht bis zum Jahre 2000 eine Senkung des Personalbestandes von jetzt 8373 auf dann 8175 Mitarbeiter vor. Diese Planung wird dem tatsächlich notwendigen Bedarf nicht ansatzweise gerecht. Das muß objektiverweise gesagt werden. Trotz der angespannten **Haushaltssituation** muß erreicht werden, den Personalbestand aufrechtzuerhalten. Wir bieten Ihnen hier jedenfalls unsere konstruktive Mitarbeit an.

Wir wollen neben dem Bildungsbereich gerade auch im Bereich der inneren Sicherheit einen Schwerpunkt setzen und müssen versuchen, für die Polizei und die innere Sicherheit im Lande Schleswig-Holstein eine landespolitische Priorität zu Lasten anderer Bereiche zu setzen, die heute an anderer Stelle vielfach beschrieben worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Wie groß der Belastungsdruck vor Ort teilweise ist, haben übrigens die Vorfälle bei der Erfassung der Kriminalstatistik gezeigt. Ich möchte darauf nicht besonders eingehen, sondern nur erwähnen, daß dies auch deutlich gemacht hat, wie hart der Kampf um jede Planstelle ist. Dieser Vorfall ist erledigt, wir brauchen darüber nicht mehr zu diskutieren, aber er hat doch nach meinem Eindruck in dramatischer Weise deutlich gemacht, wie die Situation in den Dienststellen vor Ort ist.

In diesem Zusammenhang – und auch vor dem Hintergrund der Kritik an dem sogenannten Schipper-Papier; dieses Stichwort möchte ich ebenfalls noch einmal aufgreifen – habe ich die Frage, nach welchen Kriterien Sie, Herr Innenminister, angesichts der knappen personellen Ressourcen eine regional gerechte Personalzuteilung realisieren wollen. Diese Frage ist jetzt nicht kritisch gemeint, sondern mich interessiert einfach, ob das Schipper-Papier in seinen Grundzügen bei der Personalzuteilung noch Realität ist oder ob es dafür inzwischen neue Kriterien gibt.

Ein anderes Problem in diesem Zusammenhang ist natürlich auch die besondere Situation der Beamten im **Hamburger Randbereich**. Wir haben in vielen Gesprächen erfahren, daß es dort gerade für junge Beamte beträchtliche soziale Probleme gibt, die nicht nur die Wohnungsuche betreffen, sondern auch die Lebenshaltungskosten insbesondere für junge Beamte. Dieses Thema haben wir aber auch schon oft diskutiert.

Ich habe die Personalentwicklung aber deshalb noch einmal angesprochen, Herr Innenminister, weil ich Ihre Begründung, wie Sie dieses Minus von 198 Beamten kompensieren wollen, abenteuerlich finde. Sie kalkulieren ein großes Einsparpotential durch die Einführung der EDV ein. Ich prophezeie Ihnen: Sie werden durch COMPAS und PERMIS nicht einen einzigen Beamten einsparen; das ist die Erfahrung aller derjenigen, die die EDV eingeführt haben. Das gilt für alle Bereiche.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde das auch gar nicht schlimm, denn der Mehrwert in Form eines Zuwachses an Effizienz soll schließlich der inneren Sicherheit zugute kommen und nicht dem Sparen im Haushalt. Dies muß der Gewinn für die Polizei sein, sicherer, besser und effizienter Verbrechensbekämpfung zu betreiben. Wenn wir dies durch die Einführung bei der Polizei erreichen, dann haben wir einen großen Gewinn erzielt. Aber ich bezweifele, daß Sie dadurch auch nur einen einzigen Beamten einsparen werden.

Bei dem Stichwort „Datenverarbeitung" muß in einer Debatte über die Arbeit der Polizei auch ein Wort über das **COMPAS-System** gesagt werden. Es ist für die polizeiliche Arbeit auf Sicht eine Katastrophe, daß die Landesregierung nicht rechtzeitig die Weichen umgestellt hat. Dann nämlich hätte der Landesrechnungshof nicht Anlaß für so eine drastische Kritik gehabt, Herr Innenminister. Ich halte es für schlichtweg skandalös, daß die Innenministerkonferenz – und offensichtlich auch Sie – nicht bundesweit gültige Standards im Softwarebereich vereinbart hat, die ein Mindestmaß an Kompatibilität sicherstellen. Ebensowenig kann ich einsehen, warum Sie sich für das Betriebssystem Unix entschieden haben – ich teile insofern die Bedenken des Landesrechnungshofes –, während sich andere Bundesländer für Windows entschieden haben. Windows ist nun einmal ein Betriebssystem mit einer Benutzeroberfläche, das sich langsam in allen Verwaltungsbereichen allgemein durchgesetzt hat, weil es auch anwenderfreundlich ist und weil es auch für die Anwenderprogramme, die Anwendersoftware eine gute Benutzeroberfläche bietet. Wenn aber nicht alle Behörden, die im Bereich

(Meinhard Füllner)

der inneren Sicherheit tätig sind, Datenaustausch betreiben können, dann sollten wir uns diese teure Ausrüstung sparen. Ich denke, wir werden noch einmal eine gründliche Debatte über Datenverarbeitung im Bereich der inneren Sicherheit – der Polizei, der Staatsanwaltschaften, der Kriminalpolizei – führen müssen.

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zur **Präventionsarbeit** sagen. Dieses Thema hat für Sie eine hohe Priorität – für uns auch –, aber dies darf nicht zur Alibifunktion für andere Mängel in der Polizei werden. Ich habe auch Zweifel, ob denn Präventive Räte überall Sinn machen,

(Ursula Kähler [SPD]: Das ist ein Mosaikstein!)

wenn Sie eine allgemeine präventive Zielsetzung verfolgen, Frau Kähler. Dort, wo dies zielgerichtet eingesetzt wird, finde ich es in Ordnung. In Lübeck gab es doch beachtliche Erfolge. Bei ganz klaren Strategien zur Deliktsbekämpfung sind dort Erfolge erzielt worden, aber so etwas erfordert ja auch sehr viel Man- und Ladypower, wenn dort Personen aus allen gesellschaftlichen Gruppen mitwirken. – Das war eben doch ein Beitrag zur Gleichstellung, Frau Erdsiek-Rave, der Sie eigentlich erfreuen müßte.

Im übrigen begrüßen wir es, daß die Landesregierung den Vorschlag aufgenommen hat, ein **Info-Mobil** einzurichten. Das war unser Vorschlag in der Haushaltsdebatte vor zwei Jahren. Wir freuen uns darüber, daß Sie diese Anregung aufgenommen haben, denn das kann durchaus mit dazu beitragen, Herr Zahn, die Schwellenängste vor dem Zugang zur Polizei niedrig zu halten.

Ich möchte jetzt noch ein Wort zur **Bereitschaftspolizeiabteilung** sagen. Ich teile Ihre Bewertung, daß dort ein sehr hoher Ausbildungsstandard herrscht, eine hohe Motivation und eine hohe Leistungskraft vorhanden sind. Die Erste Hundertschaft hat bei ihren Einsätzen wirklich gute Erfolge erzielt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Aber wir müssen trotzdem noch einmal über die sonstigen Ausrüstungen und die materielle Situation der Bereitschaftspolizei reden, und wir müssen auch darüber reden, wie sich dieses Konzept mittel- und langfristig bewährt, nach dem diese – wie es so schön heißt – „vorstrukturierten" Hundertschaften dort bestehen, und ob sich auch die Rekrutierung aus dem Einzeldienst in „großen Lagen", die wir in den letzten Jahren glücklicherweise ja nicht gehabt haben, bewährt, was die Ausrüstung, die Motivation, die Ausbildung der Polizeibeamten aus dem Einzeldienst betrifft. Ich habe da meine Zweifel und meine, daß wir dies in Ruhe beobachten und darüber auch einmal werden diskutieren müssen.

Meine Damen und Herren, hier leuchtet die rote Lampe auf. Ich habe auch noch einige Anmerkungen zur Ausrüstung zu machen, kann das aber leider nur in Form von Stichworten aus der Vielfalt der Punkte in meiner Liste tun. Auch ich habe meine Zweifel – wie sie Herr Kubicki schon geäußert hat –, daß das, was Sie hier in bezug auf die **Wasserschutzpolizei**, auf die schwimmenden Einheiten beschrieben haben, in der Dimension so richtig ist. Wir wissen auch, daß viele Boote wirklich nicht in einem guten Zustand sind. Die Antwort, daß Anschaffungen mittelfristig nicht erforderlich sind, ist sicherlich sehr positiv.

Sie sollten vielleicht auch noch einmal die Frage beantworten, inwieweit sich die Digitalisierung der Netze kostenmäßig auf die Neuanschaffungen bei den **Funkanlagen** auswirken wird. Das kann ich hier nur stichwortartig erwähnen. Ich denke, wir müssen noch einmal darüber reden, ob das Schutzbereichskonzept wirklich für die Fläche das bringt, was Sie hier beschrieben haben.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich denke, wir müssen auch noch einmal über die Autobahnpolizei und die Verkehrsüberwachungsbereitschaft in Neumünster reden. Das sind alles Fragen, die geregelt werden müssen.

Frau Schwarz hat mich gebeten, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß in dem Bericht über den baulichen Zustand vieler Polizeidienststellen etwas gesagt worden ist, daß Schleswig da aber überhaupt nicht erwähnt wird. Das sollten Sie vielleicht noch nachholen.

(Unruhe)

Ich stelle resümierend fest:

Erstens: Die Beamten in Schleswig-Holstein, Frau Kähler, machen aus der Situation, die ich hier kritisch betrachtet habe, das Beste. Unsere hohe Anerkennung gilt den Beamten der Polizei in Schleswig-Holstein, die trotz des Mangels eine hohe Motivation haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zweitens: Der erforderliche Modernisierungsprozeß geht sehr schleppend voran. Dies ist nicht nur mit der Haushaltssituation zu begründen; dies hat seinen Grund auch in politischen Entscheidungen, Herr Innenminister.

Drittens: Ideologische Barrieren verhindern, daß die Polizei den erforderlichen rechtlichen Handlungsrahmen erhält. Ich habe beschrieben, daß wir darüber noch einmal reden müssen.

Der Bericht gibt keine umfassende Antwort zur Lage der Polizei; es handelt sich um Teilausschnitte. Wir müssen noch viel darüber diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt keine Landespolizei, in der alles perfekt ist. Alles andere wäre auch ein Wunder. Aber wir arbeiten daran; das zeigt auch der Haushaltsentwurf 1997.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welcher?)

Ich möchte mich mit der Großen Anfrage der F.D.P. zur Lage der Polizei und der inneren Sicherheit unter anderen Aspekten, aus einem anderen Blickwinkel heraus beschäftigen.

Die **innere Sicherheit** ist ein viel diskutiertes Thema. Sie beschränkt sich meistens – das ist auch in der heutigen Diskussion so – auf die Frage der Polizeistärke, der Ausrüstung der Polizei, auf Verschärfungen im Strafrecht und auf die Kriminalstatistik. Die gesellschaftliche Situation hingegen wird ausgeklammert.

Die innere Sicherheit wird von vielen Fraktionen diskutiert. Nach dem, was ich heute mitbekommen habe, hat wohl jede Fraktion – bis auf unsere; vielleicht auch bis auf die SSW-Fraktion; das entzieht sich meiner Kenntnis – bisher eine Große Anfrage zur Lage der Polizei gestellt. Ich denke, die Diskussion um die innere Sicherheit verführt dazu, daß Politik mit den Ängsten der Menschen gemacht wird. Das zeigt sich meines Erachtens auch deutlich in der Drogendebatte.

Für viele Menschen heißt innere Sicherheit nur Kriminalitätsbekämpfung. Die Kriminalitätsstatistiken sind der Schlüssel für die sogenannte innere Sicherheit. Ein Ergebnis der Großen Anfrage ist, daß das subjektive **Sicherheitsempfinden** der Bevölkerung gestärkt werden muß. Die „Kieler Nachrichten" titelten nach einer Umfrage: „Kieler möchten ihre Polizei öfter sehen." Die wichtigste Aussage war auch hier: Die erlebte Kriminalität ist geringer als die vermutete.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger hängt entscheidend von den Medien ab, die sich auf Statistiken berufen; diese können wir unterschiedlich lesen. So weist die Kriminalstatistik für die Bundesrepublik 150 000 Gewaltdelikte im Jahr aus. Das heißt, bundesweit geschieht alle drei Minuten ein Gewaltdelikt. Das löst Angst aus. Das ist bedrohlich und verlangt nach einem starken Staat.

Rechne ich die Zahl der **Gewaltdelikte** auf jeden einzelnen um – Sie können sich selbst fragen, ob der Ruf nach dem starken Staat dann in dieser Form noch angemessen scheint –, dann heißt das Ergebnis: Das Risiko, Opfer eines Gewaltdeliktes zu werden, liegt für den einzelnen bei 0,1875 %. Konkret heißt das: Ein Bürger kann 533 Jahre alt werden, bis ihn ein Gewaltdelikt trifft. – Das soll keine Verharmlosung darstellen, sondern nur deutlich machen, daß Statistiken nicht für alle Probleme die richtige Lösung und Problembeschreibung darstellen.

In der Öffentlichkeit besteht vor allem Angst vor der sogenannten **Kleinkriminalität**. Diese trifft die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar in ihrem Bereich. Körperverletzung, Kfz- und Wohnungsaufbrüche, Handtaschenraub tangieren die Integrität und die Privatsphäre des einzelnen. Im Gegensatz hierzu stehen die Delikte im Bereich der Wirtschaftskriminalität, zum Beispiel die Steuerhinterziehung. Diese haben zwar einen bedeutend höheren volkswirtschaftlichen Schaden. Aber sie berühren nicht den einzelnen. Sie verletzen keine individuellen Bereiche. Sie sind nicht bedrohlich. Sie lösen nicht den kalten Schweiß oder Schmerzen aus. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen diese Straftaten angstfrei in der Medienberichterstattung wahr, unabhängig vom Schaden für diese Gesellschaft.

Fragen wir nach der Lage der inneren Sicherheit, so müssen wir zwei Dinge zur Kenntnis nehmen. Erstens: Kriminalität und Gewalt gibt es in jeder Gesellschaft. Zweitens: Kriminalität, gerade die den Bürgerinnen und Bürgern angstmachende Kleinkriminalität, hat gesellschaftliche Ursachen.

Diese Kriminalität verschwindet auch nicht durch mehr Präsenz der Polizei oder Erhöhung ihrer Eingriffsbefugnisse. Dieser Ansatz führt nur dazu, daß sich Kriminalität verlagert. Werden mehr Polizeistreifen in Fußgängerzonen eingesetzt, so erhöht sich die Kriminalitätsrate in Wohngebieten. Das zeigt sich auch ganz deutlich in der Drogenpolitik, beispielsweise in Hamburg. Die Verdrängung des Drogenmilieus im Bahnhofsbereich hat dazu geführt, daß es sich in die Wohnbereiche verlagert hat. Ein Sicherheitskonzept, das bloß auf mehr Personal, mehr Kompetenzen und höhere Strafen setzt, bekämpft nicht die Kriminalität, sondern die Menschen und die verbürgten Grundrechte.

Sozialpolitik und eine gesellschaftliche Ausgewogenheit können zu einer Verringerung der Kriminalität führen. Junge sozial ausgegrenzte und benachteiligte Menschen sind verunsichert, haben oft keine Perspektive und nichts zu verlieren, weil sie eben auch nichts zu gewinnen haben. Wer keine Perspektive hat, wird schneller straffällig. Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und Hoffnungslosigkeit sind Ursachen für Kriminalität.

Die Abkehr von der Repressionspolitik kann zu einer Erhöhung der inneren Sicherheit führen und weiten Teilen der Kleinkriminalität die Grundlage entziehen. Als Beispiel sei die Drogenpolitik genannt. Drogensüchtige werden zu Kriminellen abgestempelt. Geleugnet wird die Tatsache, daß diese Menschen krank sind und der gesellschaftlichen Hilfe bedürfen. Ich frage Sie: Wer ist eigentlich der Kriminelle? Wer schadet der Gesellschaft mehr: der Drogensüchtige oder derjenige, der ihn in die Beschaffungskriminalität drängt?

Diese **Beschaffungskriminalität** ist ein Großteil der Kleinkriminalität. Die Beschaffungskriminalität, die ich vorhin beschrieben habe, verängstigt und betrifft uns alle. Die Ursachen dieser Kriminalität, die wir direkt spüren und die uns verängstigt, könnten wir zu

(Matthias Böttcher)

großen Teilen beseitigen, wenn wir nur wollten. Die Repressionspolitik hat versagt und führt zur indirekten Erhaltung des illegalen Drogenhandels. Es ist Unsinn – dies ist hier heute morgen auch behauptet worden –, wenn der Drogenbeauftragte der Bundesregierung behauptet, daß durch die Entkriminalisierung des Eigenverbrauchs die Drogenmafia Deutschland als Schlaraffenland ansieht.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Die Repressionspolitik hat zum Schwarzmarkt geführt. Auf dem Schwarzmarkt können horrende Preise für Drogen verlangt werden; denn die Nachfrage ist da. Die Nachfrage wird auch nicht geringer und damit die Preise, wenn das Angebot verknappt wird. Sie schafft das Klima und die marktwirtschaftlichen Voraussetzungen für die Drogenmafia. Diese wirtschaftlichen Voraussetzungen beseitigen wir nicht mit mehr Polizei, mehr Strafe und mehr Eingriffsbefugnissen, sondern nur, wenn wir aufhören, uns auf repressive Maßnahmen zu verlassen. Polizei und Justiz sollen immer wieder neue Ängste abbauen und neuen Sicherheitsbedürfnissen entsprechen. Über die Ursachen wird nur noch lamentiert. Eine gesellschaftliche Diskussion darüber, was als strafwürdiges, sozialschädliches Verhalten angesehen wird, findet nicht mehr statt.

Es findet auch keine Diskussion mehr darüber statt, ob das Strafgesetzbuch Allheilmittel ist oder ob es noch andere Möglichkeiten gibt, die gesellschaftliche Mißbilligung von bestimmtem Verhalten auszudrücken. Der Staat verweigert sich einer gesellschaftlichen Diskussion. Auf Dauer besteht die Gefahr, daß er sich vom Rechtsstaat zum Polizeistaat entwickelt.

Das zeigt deutlich auch der gewählte Sprachmodus in dieser Frage. Wenn man die Debatte über die innere Sicherheit verfolgt, fühlt man sich an eine Kriegsberichterstattung erinnert: Bekämpfung der Kriminalität, Verbrechensbekämpfungsgesetz, großer Lauschangriff. Ich frage Sie: Haben wir Krieg in Deutschland? Kriminelle gegen Nichtkriminelle, gegen nicht mehr Kriminelle oder gegen noch nicht Kriminelle? Ist ein Steuerbetrüger auch ein Krimineller, der bekämpft wird, oder ist er ein unterstützungswürdiger Leistungsträger dieser Gesellschaft, sozusagen ein Besserverdiener, den wir vor den Kleinkriminellen schützen müssen?

Dank der Großen Anfrage verfügen wir zwar über eine umfangreiche Sammlung von Zahlenmaterial und statistischen Ausarbeitungen aller möglichen innenpolitischen und polizeipolitischen Eventualitäten; der Aufgabe der Eröffnung der gesellschaftlichen Diskussion über Kriminalität kommt sie aber kein Stück näher. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Thema. Wir werden es morgen diskutieren. Es verbirgt sich, finde ich, ein gewaltiges innenpolitisches Thema hinter dem Stichwort „Änderung des Landesverwaltungsgesetzes". Ich bin gespannt, wie die Diskussion hier geführt wird, weil ich die Tendenz – immer mehr Mißtrauen des Staates gegenüber dem Bürger anstatt Vertrauen in den Bürger – für außerordentlich falsch halte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die umfangreiche und gründliche Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage können wir in diesem Rahmen nicht ausführlich debattieren – natürlich nicht. Das wird Ausschußarbeit sein. Hier und heute können wir uns nur auszugsweise und bruchstückhaft mit der fast 140 Seiten starken Antwort befassen. Ich möchte mich im Namen des SSW für die Ausarbeitung der Antwort auf diese Große Anfrage bedanken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Weil das so ist, sind parteipolitische Grabenkämpfe unangebracht. Wer diesen Tagesordnungspunkt mißbraucht, um Ängste der Bürger zu schüren und die Kriminalpolitik der Landesregierung zu kritisieren, statt kreative Verbesserungsvorschläge zu machen, disqualifiziert sich selbst. Dieser Akt der Auseinandersetzung langweilt die Bürger.

Sicherlich können wir uns alle darüber einig werden, daß es traurig ist, die **Lage der Polizei** und die **innere Sicherheit** im Lande bei gähnend leeren Kassen erörtern zu müssen. Die Antwort beinhaltet Informationen darüber, wie die Arbeit der Polizei effektiver zu gestalten wäre. Solche Maßnahmen sind mit mehr Geld schneller umsetzbar. Ich denke da beispielsweise an das Bürokommunikationssystem COMPAS, das vergleichsweise langsam vorankommt. Wenn man sich die Zahlen vorhandener EDV-Ausstattungen vor Augen führt, stellt man fest, daß der Bedarf auf der Hand liegt.

Einige der gestellten Fragen werden nicht beantwortet. Wegen der erwünschten Geheimhaltung wird auf eine Beantwortung in geschlossener Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses verwiesen. In der kurzen Zeit, die ich hier im Landtag verbracht habe, hatte ich aber mehrmals Anlaß, mich darüber zu wundern, wie offen hier teilweise mit Geheimnissen umgegangen wird. Ich hoffe, daß uns das in Sachen innere Sicherheit nicht passiert. Wo Antworten nicht unbedingt notwendig sind, sollten wir im Interesse angebrachter Geheimhaltung auf entsprechende Auskunft verzichten.

Hinsichtlich der Personalpolitik gibt der **Beförderungsstau** bei den Polizeiobermeistern Anlaß zur Sorge. Ich hoffe, daß wir in der Ausschußbehandlung diesbezüglich Lösungen für die vielen betroffenen

(**Anke Spoorendonk**)

Beamtinnen und Beamten finden können. Fest steht, daß weitere Einstellungen aufgrund der leeren Kassen nicht realisierbar sind.

Immer dann, wenn wir mit erschreckenden Botschaften konfrontiert werden, ertönt der Ruf nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen besonders laut. Das können wir zur Zeit bei den Fällen sexuellen Mißbrauchs von Kindern deutlich feststellen. Leider können wir durch **härtere Strafen** keine **erhöhte Sicherheit** schaffen. Die Frage, ob wir mehr Polizei brauchen, ist also umstritten.

Die Landesregierung führt dazu aus, daß der **Beitritt Dänemarks als Schengen-Vertragsstaat** durch den Wegfall der Grenzkontrollen Ausgleichsmaßnahmen erfordert. Es wird ein Kriminalitätsanstieg erwartet. Die CDU will deshalb das Landesverwaltungsgesetz ändern und die Schleierfahndung einführen. Dazu werden wir uns noch äußern. Hier muß die Frage aber erlaubt sein, was Schengen wert ist. Wozu brauchen wir dieses Abkommen, wenn sich infolgedessen heimlich, still und leise ein Überwachungsstaat herausbildet, der Orwellsche Dimensionen bei weitem übertrifft?

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es mag sein, daß ich übertreibe;

(Meinhard Füllner [CDU]: Maßlos!)

aber die Richtung stimmt bedenklich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Tendenz ist richtig!)

– Das meine ich.

Herr Füllner, Sie sprachen an, daß man in Dänemark den großen Lauschangriff eingeführt hat. Ich fühle mich natürlich nicht verantwortlich für die Politik der dänischen Regierung. Aber meines Wissens ist es so, daß man noch immer die Genehmigung eines Richters benötigt,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist richtig!)

daß man vielleicht abhören kann, wenn vermutet wird, daß es sich um Straftaten handelt, die zu vier bis sechs Jahren Gefängnis führen werden.

Rechtspolitisch ist man in Dänemark im Moment ein bißchen auf dem Holzweg. Das hängt mit dem Rockerkrieg zusammen. Ich denke, da müssen einmal ein paar deutliche Worte gesagt werden. Das steht mir aber nun wirklich nicht zu.

(Meinhard Füllner [CDU]: Doch!)

Steigender Kriminalität muß nicht zwangsläufig mit einem Anstieg der Zahl der Polizeikräfte begegnet werden. Im übrigen ist es mit der Statistik, auch mit der **Kriminalitätsstatistik**, so eine Sache. Ich meine damit: Ich habe viel Sympathie für den Grundsatz, eigentlich nur der Statistik zu glauben, die ich selbst gefälscht habe.

Wir können im Bereich des Kfz-Diebstahls beispielhaft erkennen, daß nicht alles in Ordnung ist. Würde der Einbau von Wegfahrsperren bundesweit vorgeschrieben, dann wäre mit Sicherheit ein rapider Rückgang der Delikte in diesem Bereich zu verzeichnen.

Andere Ansätze sind erforderlich, wenn es um die massive Zunahme der Fälle von Korruption geht. Wir werden abwarten müssen, wie sich die Arbeit der zentralen Stelle „Korruption" beim Generalstaatsanwalt entwickeln wird. Was den Anstieg der Zahl der Umweltdelikte angeht, wären kreative Handlungsansätze wirklich dringend notwendig.

Vielleicht sollte man sich in diesem Zusammenhang auch einmal überlegen, was mit denjenigen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen passiert, die von Amts wegen Schreckliches mitgemacht haben. Ich denke, eine psychologische Beratung wäre angebracht, wie man sie auch bei der Berufsfeuerwehr eingeführt hat.

Große Sorge macht dem SSW die zunehmende **Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen.** Gewalt ist ein Symptom für andere gesellschaftliche Probleme wie für Hoffnungslosigkeit, Ausbildungsschwierigkeiten, Probleme in der Familie, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, fehlenden Kontakt und fehlende Fürsorge. Viele Straftaten haben also soziale Ursachen. Wir müssen die Kriminalpolitik deshalb im Zusammenhang mit der Sozial- und der Bildungspolitik betrachten. Eine solche Sichtweise ist erforderlich, wenn wir die Ursachen der Kriminalität beseitigen wollen.

Die These – das wurde schon von Herrn Zahn angesprochen –, daß eine gute **Sozialpolitik** die beste Kriminalpolitik sei, ist heute allgemein anerkannt. Leider wird diese Aussage von der Politik nicht hinreichend ernst genommen. Der sogenannte Sozialstaat Deutschland entwickelt sich zunehmend zum Armenhaus der sozial Schwachen in unserer Gesellschaft. In unserer Ellbogengesellschaft, in der Egoismus großgeschrieben wird, lassen wir diejenigen, die unserer Hilfe bedürfen, mit offenen Augen vor die Hunde gehen. Die Kluft zwischen Reich und Arm wird immer größer. Wollen wir dieser Entwicklung in unserer Gesellschaft Rechnung tragen, dann müssen wir erkennen, daß wir eine ganz besondere Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen haben, der wir uns stellen müssen. Wir stellen uns dieser Verantwortung nicht hinreichend, wenn wir Sechzehnjährigen lediglich ein Wahlrecht einräumen. Morgen werden wir noch Gelegenheit haben, uns dazu zu äußern.

Nördlich der Grenze funktioniert die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Schulen, sozialen Einrichtungen und Polizei sehr gut. Man nennt es die SSP-Zusammenarbeit. Ein Schritt in diese Richtung ist in Schleswig-Holstein die Bildung von **Räten für Kriminalitätsverhütung** gewesen. Diese kriminalpräventiven Räte sind regional vorhanden und können dem jeweiligen Problem vor Ort begegnen. Hier geht es also um Zusammenarbeit und nicht darum,

(Anke Spoorendonk)

daß jetzt weitere Aufgaben auf die Kommunen oder woandershin abgewälzt werden sollen. Ich hoffe, daß das in den Kommunen auch so verstanden wird.

Grundsätzlich müssen wir jetzt aber akzeptieren, daß Einsparungen im Jugendbereich angesichts der besorgniserregenden Entwicklung nicht vorgenommen werden dürfen. Das muß bei der Verabschiedung des Landeshaushalts berücksichtigt werden. So gehören beispielsweise Streetworker nicht abgeschafft, sondern finanziell unterstützt. Ich denke dabei ganz konkret – einige von Ihnen werden das wissen – an ein Projekt im Kreis Rendsburg-Eckernförde, in Rendsburg-Büdelsdorf, bei dem sich Streetworker mit rechtsorientierten Jugendlichen befassen. Es ist ganz wichtig, daß gerade solch ein Projekt weitergeführt werden kann.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte anregen, die Antwort auf die Große Anfrage nicht nur dem Innen- und Rechtsausschuß, sondern auch dem Sozialausschuß und dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wir sollten uns hier nicht mit Kritik am Vorhandenen begnügen, sondern in kreativer Weise überdenken, wie wir von hier aus mit unseren Möglichkeiten eine besssere Vorsorge betreiben können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf mich sehr herzlich für diese sachliche Debatte bedanken. Ich glaube, daß das auch dem Anlaß angemessen ist, den wir hier miteinander diskutieren. Wenn trotzdem beklagt wird, die Antwort sei zu wenig ausführlich, dann bitte ich, sich allein einmal den Umfang zu betrachten. Wenn man die **Fragestellungen** einmal abzieht, dann bleibt – so glaube ich – ein ganz schönes Paket an inhaltlicher **Antwort** übrig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das allein ist es ja nicht!)

Dann sehe ich auch einmal die Zeit, die wir dafür zur Verfügung hatten; es waren ganze drei Monate unter Einbeziehung der Weihnachtszeit. Schließlich muß man auch einmal sehen, daß wir im Land 8000 Gesprächspartner haben – für Sie, für mich, für uns alle. 8000 Gesprächspartner haben natürlich jede Menge Wünsche. Wer hat die in unserem praktischen Leben nicht, bei dem, was wir hier Tag für Tag machen? So haben die natürlich auch die Polizeibeamtinnen und -beamten. Von daher ist in diesen Gesprächen, die ich übrigens auch führe – wie Sie wissen –, sehr viel Nützliches, auch an Anregungen für das, was wir tun können und auch tun müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aber es gibt auch viel Wünschenswertes, was eben einfach nicht machbar ist. Auch das wissen wir.

Ich habe mich insbesondere bei dem Beitrag von Ihnen, Herr Kubicki, in Ihrem eigenen Zitat bestätigt gefühlt. Ich habe den Eindruck, Sie haben auch in der Bewertung der Antworten zuviel Bäume gezählt und zuwenig Wald gesehen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe noch gar nicht bewertet!)

– um Ihr Zitat aufzugreifen.

Lassen Sie mich einfach einmal im Telegrammstil so ein paar Bäume abarbeiten. Wir werden ja hoffentlich im Ausschuß noch Gelegenheit haben, das eine oder andere ein bißchen gründlicher zu behandeln, auch Fragen im einzelnen aufzuklären, bei denen Sie offenbar eine Ulme nicht von einer Buche unterschieden haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es ist ja schwierig: Wenn man einen Wald betrachtet, muß man eigentlich auch wissen, wie die Bäume im einzelnen zu bewerten sind. Das tun wir dann alles im Ausschuß.

Die Schutzwestendebatte führe ich nicht mehr; dazu habe ich mich genügend geäußert. Wir haben im Land über 3000 **Schutzwesten** und damit alle diejenigen, die Streifendienst haben, damit auch ausgestattet.

Die **durchstichsicheren Handschuhe** sind ein schönes Thema. Davon gibt es in der Kriminalpolizei, in der Landespolizei 1000 Paar. Möglicherweise gibt es da noch irgendeine bessere „nadelabweisende" Version. Für Anregungen bin ich dankbar.

Dienstzufriedenheit und -beurteilung! Wir haben aus der letzten Beurteilungsrunde insgesamt 1 % Widersprüche, und über 90 % unserer Polizeibeamtinnen und -beamten sind überdurchschnittlich beurteilt worden. Da gibt es dann natürlich auch die 10 %, die nicht überdurchschnittlich beurteilt worden sind und die dann möglicherweise zu Ihren Gesprächspartnern gehören.

BSL-Gutachten! Das ist abgearbeitet worden, und es wurden Ergebnisse vorgelegt. Unter anderem sind es 143 Stellen, die wir als Konversionsstellen für die Polizei wieder zur Verfügung stellen können, weil es Arbeiten sind, die nicht von Polizeivollzugsbeamten durchgeführt werden müssen, sondern auch von anderen erledigt werden können. Das ist eine – wie ich finde – vorzeigbare Bilanz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

Doppelarbeit vom Ministerium und PD AFB in Eutin! Es würde dabei bleiben müssen, daß Grundsatzfragen der **Aus- und Fortbildung** auch im Ministerium bearbeitet werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich schließe nicht aus, daß wir hier noch mehr delegieren können, als wir schon delegiert haben. Dazu wird Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, die im Augenblick läuft, auch Anlaß geben.

„Beschaffung kontrolliert sich selbst" – das müssen Sie mir noch einmal genau erklären. Wir haben gerade vor dem Hintergrund der Korruptionsskandale der letzten anderthalb bis zwei Jahre auch in Nachbarländern ein vierstufiges System der **Kontrolle bei der Beschaffung in der Polizei** angelegt, das übrigens auch in anderen Ländern eine ganze Menge Nachahmer gefunden hat. Ich bin gern bereit, das einmal näher zu erklären. Das gehört somit in den Bereich von „Ulme und Buche". Da müssen wir einfach noch ein Stückchen mehr nacharbeiten. Das ist dann auch in solch einer Antwort nicht alles im einzelnen zu erklären.

Ähnliches gilt für die von Ihnen angesprochene Überstundenproblematik und für das, was Sie sonst noch an Kleinigkeiten aufgezählt haben, die ich in ihrer Bedeutung gar nicht unterschätzen will, weil sie insgesamt eben auch einen Bestandteil der Motivationslage der Polizei darstellen.

Herr Füllner, Sie haben vermißt, daß ich etwas zu den **PKS-Zahlen** in der Auswertung sage oder gesagt habe. Hier muß an Ihnen die gesamte Diskussion um die polizeiliche Kriminalstatistik im letzten Jahr vorbeigegangen sein, die vehement geführt wurde. Ich glaube, bis in dieses Hohe Haus hinein haben wir über die PKS vom März 1996 diskutiert, die übrigens noch vor der Landtagswahl fristgerecht auf den Tisch des Hauses gelegt worden ist.

Ich habe von dieser Stelle aus oder auch woanders zum Beispiel zwei Dinge sehr deutlich gemacht: Wie reagieren wir besser gegen Gewaltkriminalität, und wie werden wir dem Thema gerecht, daß über 28 % der Straftaten von Jugendlichen unter 18 Jahren begangen werden? Die Jugendpolitik ist ein wichtiger Punkt, und ich werde darauf gleich noch einmal zurückkommen. Wie intensiv haben wir im Innenausschuß über Jugendkriminalität im Zusammenhang mit der Überprüfung der PKS-Statistik von 1995 diskutiert, über den Sinn und den Unsinn, den man mit Statistik machen kann! Ich glaube, Ihr Vorwurf ist hier wirklich ungerechtfertigt.

Den **Status quo** beim Personal erhalten! – Sicherlich, das ist die Philosophie, und wir müssen dann im Innenausschuß möglicherweise diese sehr komplizierten Berechnungen mit Personalplanung und Personalstelleneinsparung bis 2000 noch einmal miteinander durchdeklinieren.

Küstenwache! – Ich glaube, Schleswig-Holstein hat hier einen guten Beitrag geleistet, wie übrigens auch andere Nachbarländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg. Aber die Probleme bei der Küstenwache entstehen nicht durch die Länderbeiträge, sondern die Probleme entstehen, weil sich die verschiedenen Bundesbehörden, die dort versammelt sind – der BGS-See, der Zoll, die Fischereiaufsicht und so weiter –, nicht grün sind und hin und wieder – „nicht grün sind" nehme ich zurück! –

(Heiterkeit der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Koordinierungsschwierigkeiten haben. Wir werden uns jetzt sehr wohl im Zusammenhang mit der neuen BGS-Konzeption überlegen müssen, inwieweit der BGS-See nicht eine sehr wichtige Rolle bei dem spielt, was wir uns bei der Bekämpfung der Kriminalität im Ostseeraum vorgenommen haben. Darauf werden wir in anderem Zusammenhang zurückkommen.

Mit die leichteste Frage wird mir im Zusammenhang mit der Frau Abgeordneten Schwarz gestellt. Ich nehme an, der Herr Abgeordnete Astrup wird sich dieser Fragestellung sofort anschließen; das hat er jedenfalls schon gemacht. Beiden antworte ich sehr gern wie folgt: Die Verhandlungen mit dem Investor sind in vollem Gange, und ich werde dann gern Aktuelles berichten, wenn es dazu zu berichten gibt.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Psychologische Beratung, Frau Abgeordnete Spoorendonk, ist ein ganz wichtiger Punkt, und zwar nicht nur für die Polizeibeamten bei und nach Großeinsätzen, Spezialeinsätzen, von denen sie zurückgekommen sind, sondern auch für die Familienangehörigen. Das haben wir übrigens schon eine ganze Weile sehr ernst genommen. Wir haben vier Psychologen in der Polizei, die hauptamtlich tätig sind, die auch bei Großeinsätzen mit dabei sind, um selber das Einsatzgeschehen beurteilen zu können. Ich halte das für einen enorm wichtigen Ansatzpunkt, und wenn ich mehr Möglichkeiten hätte, würde ich gerade diese psychologische Betreuung, die mit diesem Konzept zusammenhängt, ausweiten.

Das zunächst einmal in einem Schnelldurchgang, in dem ich sehr holzschnittartig zu dem argumentiert habe, was an einzelnen Themen angesprochen worden ist. Ich habe sicherlich nicht flächendeckend alle Fragen beantworten können. Dazu wird uns aber noch die Arbeit im Ausschuß Gelegenheit geben.

Lassen Sie mich noch drei grundsätzliche Bemerkungen machen, die ich gern in diesem Zusammenhang noch ausführlicher diskutiert hätte. Ich will ein wenig über den Wald reden, Herr Kubicki.

Ein Punkt ist die Gewaltkriminalität, die bei Ihnen allenfalls unter dem Gesichtspunkt der Personalverstärkung eine Rolle gespielt hat. Ich bin der Meinung, daß Gewaltkriminalität, daß organisierte Kriminalität, daß internationale Kriminalität zunehmend nicht nur eine Herausforderung für Schleswig-Holstein

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

darstellt – für uns auch, weil wir als Ostseeanrainer in einem bestimmten regionalen Bereich sehr betroffen sind –, sondern für alle Länder und für den Bund insgesamt. Daher kann ich nur sagen, daß es völlig richtig ist, daß wir eine überregionale Zusammenarbeit brauchen. Wir müssen **Europol** so schnell wie möglich in die Schienen bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir müssen auch, was die Ostseeanrainer anbelangt, versuchen, eine Konzeption zu erarbeiten, damit wir schneller und besser miteinander kooperieren. Das gilt nicht nur für das Verhältnis der Anrainer, etwa zu den baltischen Staaten, zu Polen und Russland, in diesem Fall Kaliningrad, und zu den skandinavischen Staaten – ich bin gerade dabei, dort eine Kooperationspartnerschaft aufzubauen –, sondern das gilt natürlich nachher auch für die Kooperation zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Wir befinden uns mit den Kollegen im Gespräch. Es kommt auch darauf an, sehr viel andere und wahrscheinlich auch neuere Instrumente aus dem Kasten zu holen oder zunächst einmal zu definieren.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Dazu gehört zum Beispiel die Datenverarbeitung, die im Bereich Europol ein riesiges Problem ist und die uns natürlich bei Schengen beschäftigen wird, weil die grenzüberschreitende Datenverarbeitung natürlich einen wichtigen Punkt darstellt.

Über ein Thema werden wir uns morgen unter dem Stichwort „Chengen" unterhalten. Bei dem **großen Lauschangriff**, der immer wieder so hochgehoben wird, weiß ich nicht, ob die politische Bedeutung, die er allenthalben erfährt, wirklich in einem Verhältnis zu dem steht, was man davon auch erwarten kann. Immerhin handelt es sich um einen Eingriff in ein Grundrecht. Deshalb halte ich es für gut, daß man sich eine Menge Gedanken darüber macht, ob so etwas überhaupt sinnvoll ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich, daß das **Personalstrukturkonzept** eine breite Unterstützung in diesem Hause findet. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß dies ein wichtiger Punkt für die Motivation unser Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist.

Der letzte Punkt betrifft die **Präventionsarbeit**. Ich halte sie in der Tat für einen wichtigen Punkt, ohne sie überzubewerten. Ich weiß sehr wohl, daß man über Prävention nicht an die Wurzel der Gewaltkriminalität herankommt, aber Präventionsarbeit ist einmal etwas – darauf hatten Sie hingewiesen –, was wir auch bei der Bedarfszuweisung bei der Polizei mit berücksichtigen müssen. Das ist gleichzeitig auch eine Antwort auf die Frage, was mit dem Schipper-Papier passiert. Das Schipper-Papier wird im Augenblick überarbeitet. Da spielt auch das Thema der Präventionsarbeit als ein zusätzlicher Indikator für die Personalbedarfszuweisung eine wichtige Rolle.

Ich möchte aber noch auf etwas anderes im Hinblick auf die Konzeption hinweisen: Die Präventionsarbeit muß sicherlich regional auf die Bedürfnisse der Region zugeschnitten werden, aber für meine Begriffe hat sie eine wichtige Komplementärfunktion für all das, was sonst in der Gesellschaftspolitik nicht stattfindet, zum Beispiel eine gute Sozialpolitik, eine Arbeitsmarktpolitik und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche, was gerade unter dem Gesichtspunkt der Jugendkriminalität eine ganz wichtige Rolle spielt. Last but not least – wir werden im Laufe dieser Sitzung noch einmal darauf zurückkommen – wäre unser Verhältnis zu unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu nennen.

Wenn ich sehe, wie Herr Kollege Kanther wider besseres Wissen mit Statistiken zur Ausländerkriminalität auf Bundesebene nach dem Motto arbeitet, die Ausländer sind diejenigen, die die Statistik hochtreiben, tut er dies wider besseres Wissen, denn der Anteil der Ausländer an der **Kriminalität** entspricht etwa genau ihrem Anteil an der Bevölkerung.

(Thorsten Geißler [CDU]: Was ist mit der organisierten Kriminalität?)

– Über organisierte Kriminalität können wir uns sehr gern unterhalten.

Hier wird ein Klima erzeugt, das gerade vor Ort, gerade dort, wo es darauf ankommt, welches subjektive **Sicherheitsgefühl** unsere Bürgerinnen und Bürger haben, Wut und möglicherweise sogar Haß gegen unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hervorruft. Das ist eine Art von Konfrontationspolitik, die falsch ist.

(Beifall bei der SPD)

Solche kriminalpräventiven Räte vor Ort können in ihrer Zusammensetzung, in ihrer Konzentration auf die eigentliche Problemlage der Region oder des Stadtviertels hervorragend ihre Aufgaben bewältigen. Deshalb bin ich dankbar, wenn gerade diese Präventionsarbeit die Unterstützung des Hauses findet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

– Herr Abgeordneter Geißler, ich bin gern bereit, mich im Ausschuß mit Ihnen über organisierte Kriminalität zu unterhalten. Dazu habe ich auch eine ganze Menge zu sagen. Das würde aber den heutigen Rahmen erheblich sprengen.

Jetzt steht mir noch eine Minute Redezeit zur Verfügung, die ich aber nicht mehr ausfüllen werde.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Kubicki.

(Unruhe)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir stehen eigentlich noch vier Minuten Redezeit zur Verfügung, aber ich will nur eine Minute nutzen und zwei Sätze zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Füllner und denen des Herrn Innenministers, die einfach nicht unwidersprochen stehenbleiben dürfen, sagen.

Herr Füllner, Sie haben mit Ihrer Eingangsbemerkung natürlich recht gehabt, daß Ihnen möglicherweise die Antworten und auch die Anfrage selbst keine Gelegenheit zu einer großen Rede gegeben haben. Das habe ich gemerkt.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Herr Innenminister, ich habe die Ausführungen des Herrn Kollegen Zahn im Ohr – es gibt wirklich viele Gemeinsamkeiten in diesem Bereich – und will Ihnen noch etwas zum Vergleich mit den Bäumen und dem Wald sagen: Wir haben in diesem Fall nicht danach gefragt, wie Sie die Aufforstungspolitik betreiben wollen, sondern wir haben konkret Auskünfte zur **Lage der Polizei** in Schleswig-Holstein angefordert. Das bedeutet nun einmal, daß wir Bäume zählen müssen und uns auch über den Zustand des Waldes Gedanken machen müssen. Er ist in der Tat in einigen Bereichen besorgniserregend.

Ich habe mich bei der Bewertung der Antworten sehr zurückgehalten, weil viele von uns gestellte Fragen nicht so beantwortet worden sind, wie ich mir die Antwort vorgestellt hätte. Wir greifen Ihre Anregung auf und werden im Ausschuß diskutieren. Nach der **Ausschußberatung** werden wir eine Bewertung Ihrer Antworten vornehmen, die möglicherweise auch in konkrete Anträge einmünden wird. Bitte ersparen Sie sich und mir künftig diese nette, charmante und liebenswürdige Polemik; denn dann sparen wir auch ein bißchen mehr Zeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Überweisung – ich bitte doch die Kolleginnen und Kollegen, noch abzustimmen – federführend an den Innen- und Rechtsausschuß und mitberatend – Frau Spoorendonk, habe ich Sie richtig verstanden? – an den Sozialausschuß beantragt.

(Widerspruch)

– Nein, also ausschließlich an den Innen- und Rechtsausschuß! Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Damit schließe ich die heutige Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluß: 18:18 Uhr